

Wollnik, Thomas

Working Paper

Demokratisierung und Wirtschaftslage: Empirische Untersuchungen am Beispiel dreier afrikanischer Länder

Materialien und kleine Schriften, No. 164

Provided in Cooperation with:

Institute of Development Research and Development Policy (IEE), Ruhr University Bochum

Suggested Citation: Wollnik, Thomas (1997) : Demokratisierung und Wirtschaftslage: Empirische Untersuchungen am Beispiel dreier afrikanischer Länder, Materialien und kleine Schriften, No. 164, ISBN 3-927276-50-2, Ruhr-Universität Bochum, Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE), Bochum

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/183518>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MATERIALIEN UND KLEINE SCHRIFTEN

164

Thomas Wollnik

Demokratisierung und Wirtschaftslage

**– Empirische Untersuchungen am Beispiel
dreier afrikanischer Länder –**

Bochum 1997

Hinweis:

Bei der Umsetzung der Bände der Reihe „Materialien und kleine Schriften des IEE“ ins PDF-Format kommt es hin und wieder zu Verschiebungen in den Seitenumbrüchen. Deshalb wird empfohlen, bei einem Zitat aus diesen Bänden immer anzugeben, wenn es sich um die PDF-Version des Bandes handelt.

Die URL der PDF-Datei dieses Bandes lautet:
http://www.ruhr-uni-bochum.de/iee/publ/mat/pdf/mat_164.pdf

Copyright 1997

Herausgeber:

Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik
der Ruhr-Universität Bochum
Postfach 10 21 48, D-44780 Bochum

E-Mail: ieeoffice@ruhr-uni-bochum.de
URL: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/iee>

ISSN 0934-6058
ISBN 3-927276-50-2

Vorwort

In zunehmendem Maße wendet sich die Entwicklungsforschung Fragen zu, die den Boden von Beschreibungen sozio-ökonomischer Entwicklungsprozesse anhand quantitativ meßbarer Daten verlassen. Mehr und mehr rücken qualitative Aspekte in den Mittelpunkt des Interesses, wie das Beispiel der Themenstellung der vorliegenden Diplomarbeit verdeutlicht: Hier wird in vorbereitender empirischer Analyse dem Problem nachgegangen, welches die Zusammenhänge zwischen Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung sind, wobei exemplarisch die drei afrikanischen Länder Malawi, Namibia und Sambia betrachtet werden. Gibt es derartige Zusammenhänge? Können sie empirisch belegt werden? In welcher Richtung wirken diese eventuellen Zusammenhänge und wie deutlich treten sie zutage?

Die vorliegende Arbeit beantwortet diese und ähnliche, damit zusammenhängende Fragen nicht, aber sie zeigt, welche Vorüberlegungen notwendig und angebracht sind, wenn es Ziel ist, diese Fragen zu beantworten. Dabei ist besonders wichtig, daß der hier angesprochene Themenbereich nur ein Beispiel für viele andere ist, bei denen Verbindungen zwischen qualitativen Aspekten der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und etwa ökonomischen Entwicklungsverläufen andererseits hergestellt werden sollen. Bei allen entsprechenden Fragestellungen sind die in dieser Arbeit vorgetragenen Überlegungen von nicht unbeträchtlicher Bedeutung.

Bochum, im Dezember 1997

Werner Voß

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Schaubildverzeichnis	IX
Einleitung	1
Kapitel I: Zur Problematik der Kategorisierung	3
I.1: Die Welt im Wandel	3
I.2: Die Berechnungen der Weltbank	3
I.3: Die Berechnungen des UNDP (UN Development Program).....	5
I.4: Der neue Weltbank-Index.....	5
I.5: Gegenüberstellung der Konzepte	6
Kapitel II: Die Lage der Untersuchungsländer im Vergleich	9
II.1: Der Vergleich als Orientierungshilfe.....	9
II.2: Der statistische Zusammenhang von Lebenserwartung und Bevölkerungswachstum.....	13
Kapitel III: Zum Prozeß der Demokratisierung	15
III.1: Zum Begriff der Entwicklung.....	15
III.2: Entwicklung und Demokratie.....	17
III.3: Transformationsprozesse in Afrika.....	17
III.4: Wirtschaftssystem und politisches System	18
III.5: Zum Problem der Übertragbarkeit.....	20
III.6: Zur Meßbarkeit politischer Verhältnisse.....	22
Kapitel IV: Die Untersuchungsländer - Teil 1: Malawi	25
IV.1: Geographische Grundlagen Malawis	25
IV.2: Politische Entwicklung und Entstehung eines eigenständigen Malawi.....	25
IV.3.1: Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung.....	26
IV.3.2: Landwirtschaftlicher Sektor	30
IV.3.3: Industrie- und Dienstleistungssektor	31
IV.4: Außenwirtschaftliche Beziehungen Malawis.....	32
IV.5: Sozialstruktur und soziale Entwicklung	34
IV.6: Politische Struktur und politische Entwicklung	36
Kapitel V: Die Untersuchungsländer - Teil 2: Namibia	39
V.1: Geographische Grundlagen Namibias	39
V.2: Politische Entstehung und Entwicklung eines eigenständigen Namibias.	39
Kapitel VI: Die Untersuchungsländer - Teil 3: Sambia	51
VI.1: Geographische Grundlagen Sambias	51

VI.2: Politische Entstehung und Entwicklung eines eigenständigen Sambias.....	51
VI.3: Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung.....	53
VI.4: Außenwirtschaftliche Beziehungen Sambias.....	60
VI.5: Sozialstruktur und soziale Entwicklung.....	60
VI.6: Politische Struktur und politische Entwicklung	63
Datenübersicht.....	65
Literaturverzeichnis	91

Schaubildverzeichnis

Schaubild II, 1: Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich	Seite 12
Schaubild II, 2: Säuglings- und Kindersterblichkeit im Vergleich.....	Seite 12
Schaubild II, 3: Lebenserwartung und Bevölkerungsentwicklung	
im Vergleich.....	Seite 13
Schaubild II, 4: Lebenserwartung und Bevölkerungsentwicklung	
im weltweiten Vergleich	Seite 14
Schaubild IV, 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Sektoren.....	Seite 27
Schaubild IV, 2: Entwicklung des BIP (Malawi).....	Seite 29
Schaubild IV, 3: Ethnische Zusammensetzung Malawis.....	Seite 34
Schaubild V, 1: Entwicklung des BIP (Namibia)	Seite 42
Schaubild V, 2: Zusammensetzung des BIP	Seite 43
Schaubild V, 3: Ethnische Zusammensetzung Namibias	Seite 46
Schaubild V, 4: Ausgaben für das Bildungswesen	Seite 47
Schaubild VI, 1: Entwicklung des BIP (Sambia).....	Seite 57
Schaubild VI, 2: BIP pro Kopf (1970-1991)	Seite 59
Schaubild VI, 3: Ethnische Zusammensetzung Sambias.....	Seite 61

Einleitung

Veränderungen des Wirtschaftssystems, des politischen Systems und der Rechtsordnung (insbesondere im Hinblick auf die Lage der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes) haben elementare Bedeutung für die Situation und das Wohlergehen der Menschen.

Solche Systemänderungen haben in den letzten zwei Jahrzehnten besonders im südlichen Afrika stattgefunden.

Im Gegensatz zu anderen Regionen dieser Welt, z.B. Südamerika oder Ostasien, in denen derartige Transformationen ebenfalls vollzogen wurden, hat sich im südlichen Afrika jedoch eine weitgehende Stagnation in puncto Wirtschaftswachstum, als auch bezüglich der Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung eingestellt.

Das subsaharische Afrika gilt derzeit - und nach Einschätzung der Prognosen auch zukünftig - als das Armenhaus der Welt. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage nach der Effizienz und der Steuerbarkeit von Transformationsprozessen auf.

Die vergangenen Entwicklungsdekaden¹ waren durch den Grundgedanken geprägt, daß die Verbesserung des Wirtschaftssystem entwicklungshilfebedürftiger Länder durch einen „trickle down“-Effekt auch zur Beseitigung von Armut und zur Steigerung des Gemeinwohls führen.

Den politischen Strukturen wurde dabei (u.a.) in Anlehnung an die These Löwenthals (1963)², der ein Antinomieverhältnis von politischer Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung sah, nur geringfügig Beachtung geschenkt. Die traditionellen Modernisierungstheorien gingen vielmehr davon aus, daß wirtschaftliches Wachstum und Industrialisierung die Vorläufer und Wegbereiter von Demokratisierung und Umverteilungsprozessen sind.

Doch in mehr als 30 Jahren Forschungsarbeit konnte der kausale Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Demokratisierung nicht bewiesen werden.

Seit Mitte der 80er Jahre nimmt die Anzahl der Untersuchungen zu, die in umgekehrter Reihenfolge, einen positiven Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und ökonomischem Wachstum sehen (u.a. Scully, 1992).

Im folgenden soll aber weniger der monokausale Zusammenhang (ganz gleich der Wirkungsrichtung) dieser beiden Subsysteme erörtert werden, sondern vielmehr der gesamte komplexe Veränderungsprozeß gesellschaftlicher Strukturen und seiner Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Als Untersuchungsländer wurden dabei die südafrikanischen Länder Malawi, Namibia und Sambia ausgewählt.

¹ Im Jahr 1961 proklamierten die Vereinten Nationen, die entwicklungspolitischen Zielvorstellungen in sogenannten „Dekadenstrategien“ zu formulieren und somit auf kalendarische Jahrzehnte zu verweisen.

² Zur These Löwenthals siehe auch S. 20.

In allen drei Ländern fand zwischen 1989 (Namibia), 1991 (Sambia) und 1994 (Malawi) ein politischer Veränderungsprozeß statt.

Während in Namibia der letzte endgültige Prozeß der Entkolonialisierung und der Eigenständigkeitspostulierung stattfand, manifestierte sich in Malawi und Sambia der Wechsel vom Ein- zum Mehrparteienstaat. Alle drei Länder hatten dabei auch einen Regierungswechsel zu verzeichnen, was tatsächlich auf einen Systemwechsel und auf weiterreichende Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen hindeutet.

Neben den Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer politischen Veränderungsprozesse, lassen sich auch bezüglich der ökonomischen Entwicklung Gemeinsamkeiten feststellen. In allen drei Ländern bestehen vergleichbare Anstrengungen von Stabilisierungs- und Liberalisierungsprogrammen mit der Zielperspektive, das Wirtschaftssystem jeweilig adäquat zu verbessern. Darüber hinaus sind alle drei Staaten den Internationalen Pakten über bürgerliche und politische Rechte (CCPR) als auch den Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) beigetreten und haben diese bereits ratifiziert.³

Hinzu kommt, daß die ausgewählten Staaten derzeit innen- und auch außenpolitisch eine gewisse Stabilität haben, die eine solche Beschreibung zuläßt.⁴

³ Die ratifizierenden Staaten unterliegen somit der Pflicht der Abgabe von Berichten über die Umsetzung der genannten Rechte in der nationalen Rechtssprechung.

⁴ Im Gegensatz zu einigen benachbarten Staaten, wie beispielsweise - und ganz besonders - Zaire; aber (durch den Bürgerkrieg in Zaire) auch Burundi, Ruanda und Uganda.

Kapitel I: Zur Problematik der Kategorisierung

I.1: Die Welt im Wandel

In den vergangenen Jahrzehnten galt als das Ordnungsprinzip der Erde 'die Dreiteilung der Welt'. Die erste Welt waren die westlichen Industriestaaten, die zweite Welt die sogenannten Staatshandelsländer (der ehemalige Ostblock) und schließlich die Entwicklungsländer als die Dritte Welt.¹

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre spaltet sich die Erde demzufolge nur noch in Entwicklungsländer und Industrieländer. Der ehemalige, alles bestimmende Ost-West-Konflikt galt als beendet und in der „neuen Weltordnung“ (George Bush, 1990) blieb 'nur' noch das bestehende Wohlstandsgefälle von Norden nach Süden bestehen.²

Die Einteilung in entwickelte und unterentwickelte Länder stammt in seiner Urform aus dem Jahr 1962.³ Als Einstufungsschema in diese Klassenordnung wird das Pro-Kopf-Einkommen des jeweiligen Landes in US-\$ herangezogen.

„An die Stelle der qualitativen zivilisatorischen Unterschiede der Völker tritt das Prinzip gradueller ökonomischer Differenzen und damit das Prinzip der leichten und eindeutigen Vergleichbarkeit auf einer Ebene mit dem Ideal der Gleichheit. Die seit Jahrtausenden gewohnte Unterscheidung der Kulturen (mit sehr unterschiedlichen Wertungen von wirtschaftlicher Leistung und ökonomischem Niveau) verliert bei dieser Wandlung ständig an Geltung.“⁴

Die Gruppe der Entwicklungsländer stellte sich aber von Anfang an als eine sehr heterogene dar. Aus diesem Grund wurden innerhalb dieser Gruppe von verschiedenen Organisationen (wie der Weltbank, der OECD, der UNCTAD⁵) diverse Differenzierungen vorgenommen.⁶

I.2: Die Berechnungen der Weltbank

Als das wesentliche Werkzeug für die Verortung eines Landes gelten die Listen der Weltbank, die alljährlich im Weltentwicklungsbericht und im Weltbank-Atlas erscheinen. Die Weltbank

¹ „Ob diese Einteilung nach geographischen (Osten, Westen, Süden), politischen (Regierungsform) oder wirtschaftlichen Kriterien (BSP pro Kopf) vorgenommen wurde, bleibt undurchsichtig.“ Wagner/Kaiser/Beimdiek (1983), S. 13

² Dazu auch die recht humoristische Bemerkung von F. Nuscheler: „Francis Fukuyama (1992), ein früherer „Eierkopf“ im Planungsstab des US-Außenministeriums, sah gar das „Ende der Geschichte“ kommen, weil sich das westliche Wirtschafts- und Herrschaftsmodell als höchste Entwicklungsstufe menschlichen Zusammenlebens weltweit durchgesetzt habe.“ (F. Nuscheler (1996), S. 23)

³ Vorgelegt durch das Entwicklungshilfekomitee der OECD, DAC (Development Assistance Committee)

⁴ Wendorff (1984), S., 91

⁵ UN Conference on Trade and Development

⁶ Als gemeinsames Kriterium bei der Klassifizierung wird das Einkommen pro Kopf benutzt.

unterscheidet dabei zwischen den vier Kategorien high income-, upper middle income-, lower middle income- und low income-countries. Zusätzlich wird jedem Land eine Rangposition zugeordnet.

In den letzten Jahren sind vermehrt Einwände an den Kriterien der Weltbank und ihrer entsprechenden Umsetzung in Ranglisten aufgekommen. Der dabei älteste Kritikpunkt setzt daran an, daß die Umrechnung der jeweiligen Landeswährung in US-\$ über die offiziellen Wechselkurse zu einer Verzerrung des Gesamtbildes führen. Die Nachteile einer solchen Umrechnung werden darin gesehen, daß die Kurse oftmals willkürlich von den Regierungen festgelegt werden, sie Manipulationen über Börsenspekulationen unterworfen sein können und darüber hinaus der Dollar als Leitwährung selber Schwankungen unterliegt.⁷

Bereits im Jahr 1968 wurde im Auftrag der UN das *International Comparison Program (ICP)*⁸ ins Leben gerufen. Ziel war es, Wege für eine bessere Vergleichbarkeit der Nationaleinkommen zu finden, wobei die errechneten Werte nicht nach den Wechselkursen sondern nach der Kaufkraftparität des jeweiligen Landes umgerechnet werden sollten.⁹

Der Vergleich zwischen Wechselkurs und Kaufkraftparität liefert Aufschluß über das Preisniveau eines Landes. Die Problematik, die sich dabei allerdings unweigerlich einstellt, ist, daß identische Warenkörbe für die verschiedenen Länder herangezogen werden müssen. Es muß zumindest erheblich bezweifelt werden, daß beispielsweise der bundesdeutsche Warenkorb ohne weiteres mit dem eines südafrikanischen Landes verglichen werden kann. (17,8% des bundesdeutschen Warenkorbes (Stand 1985) fallen beispielsweise auf Ausgaben für Wohnungsmieten. Eine adäquate Vergleichbarkeit mit den Wohnverhältnissen und Wohnkosten in vielen anderen, besonders weit weniger entwickelten Ländern, erscheint zweifelhaft).¹⁰

Hinzu kommt das Problem der Gewichtung, wenn die Zahlen der Preisermittlungen und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammengeführt werden müssen. Die OECD geht in ihren Vergleichen davon aus, die Einheiten eines gleichen Produktes auch gleich zu gewichten. Je ungleicher aber die Entwicklungsstände der zu vergleichenden Länder sind, desto kritischer ist das Resultat zu bewerten. Wie kann ein Fernsehgerät in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Fernsehgerät in Malawi gleichermaßen gewichtet werden?

Das ICP rechnet deshalb bei Vergleichen zwischen reichen Ländern mit einer Fehlerquote von 5-10%, bei Vergleichen reicher Länder mit armen Ländern hingegen mit einer Fehlerquote von 20-30%.¹¹

Die Ergebnisse des ICP werden jährlich von der Weltbank im Weltentwicklungsbericht in Tabelle 30 veröffentlicht.

⁷ Vgl. R. Thiel (1996), S. 293

⁸ Ursprünglich *International Comparison Project*

⁹ Kaufkraftparität = Preis für ein bestimmtes Gut j zum Zeitpunkt t im Land (Berichtsland) / Preis des Gutes j zum Zeitpunkt t im Land 0 (Basisland, Vergleichsland).

¹⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Kleines Lexikon Wirtschaft, S. 307

¹¹ Vgl. Summers/Heston (1996), S. 297

I.3: Die Berechnungen des UNDP (UN Development Program)

Als Gegenstück zum ökonomisch orientierten Ranking der Weltbank veröffentlichte der UNDP 1990 erstmals den *Human Development Report*, der die Länder nach einem dreiteiligen *Human Development Index (HDI)* einteilt.¹²

Dieser *Human Development Index* setzt sich zusammen aus:

- 1. der durchschnittlichen Lebenserwartung,
- 2. Einschulungsquote und Alphabetisierungsrate sowie
- 3. dem Einkommen pro Kopf nach Kaufkraftparität.

Im Vergleich zu den Weltbankstatistiken stellte sich heraus, daß einige Länder in den *HDI*-Ranglisten deutlich höher rangierten; der Grund für diese Divergenz wird vor allem darin gesehen, daß die Länder unterschiedlich hohe Anteile ihres Nationaleinkommens für Bildungs- und Gesundheitsausgaben verwenden.

Der wesentliche Nachteil des *HDI* ist, daß ein solcher Index nicht geeignet ist, Zeitreihen zu konstruieren, da kein absoluter Wert ausgewiesen wird, sondern eine Rangstelle (im internationalen Vergleich) durch die Mittelung der Meßwerte eines bestimmten Jahres für die drei Bereiche. Entwicklungen über längere Zeiträume können somit nicht dargestellt werden. Der *HDI* wurde und wird seit seiner Vorstellung noch stetig verbessert und ergänzt. Die bedeutende Leistung des *HDI* liegt darin, den Begriff der „menschlichen Entwicklung“ hervorzuheben und aus dem Schatten einer rein wirtschaftlichen Betrachtung zu ziehen.¹³

I.4: Der neue Weltbank-Index

Ende 1995 erzeugte die Weltbank - als die weltweit immer noch relevanteste Entwicklungsinstitution - mit der Vorstellung eines neuen Index zur Meßbarkeit von Wohlstand bzw. Armut rege Aufmerksamkeit. In einer stillen Form von Selbstkritik räumte sie ein, daß sich die bisherige isolierte Konzentration auf das Sachkapital für die Beschreibung von Lebensstandards und Entwicklungsprozessen als unzureichend erwiesen hat. Als die wesentlichen Bestandsgrößen seien vielmehr das Humankapital und das Naturvermögen eines Landes ausschlaggebend. Der neue Index zielt somit auf eine verstärkte Berücksichtigung von Ausbildungs-, Gesundheits- und Ernährungsstand der Bevölkerung, als auch auf den sinnvollen Umgang mit Naturressourcen.

„Um das kurzfristige Wachstum anzukurbeln, wird häufig die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen beschleunigt. Diese Entscheidung zieht langfristig Verarmung mit sich, wenn die Rückwirkungen auf das nationale Vermögen nicht beachtet und die langfristigen Grundlagen des Wohlstands zerstört werden.“¹⁴

¹² Der HDI geht in seiner Konzeption zurück auf den 1977 vorgestellten Physical Quality of Life Index, vgl. dazu auch Kaiser/Wagner (1988), S. 68 ff sowie Thiel (1996), S. 294

¹³ Vgl. Kaul (1996), S. 298 ff

¹⁴ Fues (1996), S. 301

Die Nachhaltigkeit von Konzepten und Aktionen um ein dauerhaftes Wachstum („sustainable growth“) zu gewährleisten wird zum zentralen Aspekt.

Das Nationalvermögen eines Landes setzt sich nach dem neuen *Index für Wohlstand und Nachhaltigkeit* zusammen aus:

- 1. Menschengemachtem Sachkapital (z. B. Verkehrswege, Immobilien, Maschinen),
- 2. Humankapital (Bildung, Qualifikation und Gesundheit),
- 3. Naturvermögen (wie Rohstoffe, biologisches Artenreichtum und Qualität der Umwelt) und schließlich
- 4. dem Sozialvermögen (gesellschaftliche Institutionen, kollektives Wissen).¹⁵

Die Weltbank hat für 192 Länder das Nationalvermögen berechnet, wobei das Sozialkapital aus Gründen bislang mangelnder Operationalisierbarkeit noch keine Berücksichtigung fand. Sach- und Humanvermögen können über bekannte Datenbestände berechnet werden, die Berechnung des Naturvermögens erfolgt über die geldliche Bewertung der vier Elemente: Wald, Wasser, Land und Bodenschätze.¹⁶

Das Gesamt-Nationalvermögen ergibt sich dann aus der Addition von Sach-, Human- und Naturkapital.

Kritik erfährt dieses Modell insbesondere in puncto der monetären Betrachtung des Naturkapitals. Durch die Orientierung des Land-Preises am nationalen Durchschnittseinkommen werden die Landpreise und somit das Naturkapital der reichen Länder überbewertet.

Auch wenn die Aussagekraft des neuen Weltbankindex (entsprechend der angeführten Kritik) begrenzt ist, liegt sein Verdienst in der Neuorientierung auf das menschliche Gemeinwohl (wie auch der *Human Development Index*) und darüber hinaus auf die Berücksichtigung ökologischer Komponenten.

I.5: Gegenüberstellung der Konzepte

Im folgenden werden die drei Untersuchungsländer, die beiden Vergleichsländer Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland¹⁷, als auch das jeweils reichste und das jeweils ärmste Land einer Rangliste nach den beschriebenen unterschiedlichen Konzepten aufgeführt.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Der Preis pro Hektar Land orientiert sich am durchschnittlichen Einkommen; je nach Güte des Bodens gibt es entsprechende Aufschläge (z.B. für Ackerland) oder Abzüge (z.B. für Wüstengebiete).

Bei Wald und Bodenschätzen wird der Bestand geschätzt und mit dem halben Weltmarktpreis bewertet. Das Wasser wird in Kubikmetereinheiten geschätzt und mit einem US-Cent pro Kubikmeter bewertet. Vgl. Fues (1996), S. 302

¹⁷ Zur Erläuterung der beiden Vergleichsländer siehe auch Kapitel „Die Untersuchungsländer im Vergleich“, S. 10.

Tabelle I, 1: Bruttonozialprodukt pro Kopf (Werte für 1994 in US-\$)¹⁸

Rangposition	Land	Wechselkursparität	Kaufkraftparität
1	Ruanda	80	330
7	Malawi	170	650
28	Sambia	350	860
75	Namibia	1 970	4 320
106	Griechenland	7 700	10 930
127	Deutschland	25 580	19 480
133	Luxemburg	39 600	35 860

Quelle: Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1996, Tabelle 1

Tabelle I, 2: Human Development Index des UNDP

HDI-Rang	Land	HDI	Index der Lebens- erwartung	Erziehungs- index	BIP- Index	BIP-Rang minus HDI-Rang
1	Kanada	0,951	0,88	0,99	0,98	6
18	Deutschland	0,920	0,85	0,92	0,98	-2
21	Griechenland	0,909	0,88	0,89	0,96	19
116	Namibia	0,573	0,57	0,54	0,61	-37
136	Sambia	0,411	0,39	0,67	0,17	9
157	Malawi	0,321	0,34	0,52	0,10	6
174	Niger	0,204	0,36	0,13	0,12	-17

Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 1996, Tabelle 1

¹⁸ Die Weltbank listet lediglich 133 Länder auf; sehr kleine Länder oder Länder mit unverlässlichen Daten werden vernachlässigt.

Tabelle I, 3: Neuer Wohlstandsindex der Weltbank

Rangposition	Land	National- vermögen	Herkunft des Vermögens in %		
			Sach- kapital	Human- kapital	Natur- vermögen
1	Äthiopien	1 400	21	40	39
4	Malawi	2 200	32	42	26
53	Sambia	13 000	18	9	73
153	Griechenland	142 000	14	75	11
159	Namibia	181 000	3	22	75
178	Deutschland	399 000	17	79	5
192	Australien	835 000	7	21	71

Quelle: „Sustainability and the Wealth of Nations“, Appendix 2: Preliminary Estimates, Weltbank, März 1996

Kapitel II: Die Lage der Untersuchungsländer im Vergleich

II.1: Der Vergleich als Orientierungshilfe

Um die Darstellung der drei Untersuchungsländer anschaulich(er) zu gestalten, empfiehlt sich der Vergleich wesentlicher Strukturdaten mit den jeweiligen Daten 'bekannterer' Länder. Als Vergleichsländer wurden hierzu die Bundesrepublik Deutschland und Griechenland herangezogen; die Bundesrepublik einerseits, weil sie zum Kreis der höchstentwickeltesten Länder zu zählen ist, andererseits weil sie als Heimat der Untersuchung die Perspektive des 'Vertrauten' projiziert; Griechenland - als sogenanntes „Take-off-Land“ auf der anderen Seite, weil es durch (relative) geographische Nähe und besonders als eine der typischen (u.a. deutschen) 'Urlaubsoasen' einen gewissen Bekanntheitsgrad suggeriert.¹

Ein solcher Vergleich erleichtert zwar einerseits die Einschätzbarkeit und die Kategorisierung des interessierenden Landes bzw. der interessierenden Länder, gleichzeitig darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, daß die einzelnen Datenbestände nicht isoliert zu betrachten sind oder im wesentlichen Umfang der Interpretation bedürfen.²

Die hohe Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland kann beispielsweise nur kontextuell zum gesamten Wirtschaftskomplex betrachtet werden; die mögliche Interpretation, daß die hohe Schuldenlast der BRD - z.B. im Vergleich zu Namibia - auf größere Defizite der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik als der Namibias hindeuten, wäre eine klassische Fehlinterpretation. Die isolierte Betrachtung beinhaltet in diesem Fall zu viele Unzulänglichkeiten, um ein solch komplexes System wie das der weltweiten Verflechtung wirtschaftspolitischer und marktwirtschaftlicher Aspekte auch nur annähernd zu beschreiben.

Hinzukommend liefern solche Daten keinerlei Aufschluß über die Disparitäten innerhalb eines Landes oder über das Zustandekommen (sowohl im Sinne der Datenqualität als auch bezüglich der Varianz) der Daten.

Der Vergleich soll also lediglich Hilfe für eine grobe Verortung und der strukturellen Dimensionierung liefern.

¹ Länderklassifizierungen nach Einstufung der OECD, in Kaiser/Wagner (1988), S. 71 ff

² Zumindest zum Großteil, denn quantitative Aussagen über Kindersterblichkeit oder Lebenserwartung sprechen eine deutliche Sprache für sich.

Tabelle II.1: Die Untersuchungsländer im Vergleich

	<u>Deutschland</u>	<u>Griechenland</u>	<u>Malawi</u>	<u>Namibia</u>	<u>Sambia</u>
Fläche ^a (in 1.000 km ²)	357	132	118 (davon 24.208 km ² Bin- nengewässer)	824	753
Einwohner ^a (in Mio.) (Stand: Mitte 1993)	80,7	10,4	10,5	1,5	8,9
EW/km² ^a	226	79	112,2	1,9	11,8
BSP/EW ^b in US-\$ (1994)	25.580	7.710	140	2.030	350
Lebenserw. ^b (1994)	76 J (m 73/w 79)	78 J. (m 75/w 80)	46 J. (m 45/w 46)	59 J. (m 58/w 61)	47J. (m 47/w 49)
Säuglings- Sterblichkeit ^b (1994)	0,6%	0,8%	14,0%	6,2%	11,4%
Kinder- Sterblichkeit ^b (1994)	0,7%	1,0%	22,1%	7,8%	20,3%
Bevölkerungs- wachstum ^b	Ø 0,5% (1985-1994)	Ø 0,06% (1990-1995)	Ø 4,5% (1985-1994)	Ø 2,7% (1985-1994)	Ø 3,3% (1985-1994)
Analphabeten ^b	<5% (1995)	7% (1990)	44% (1995)	60% (1992)	22% (1995)

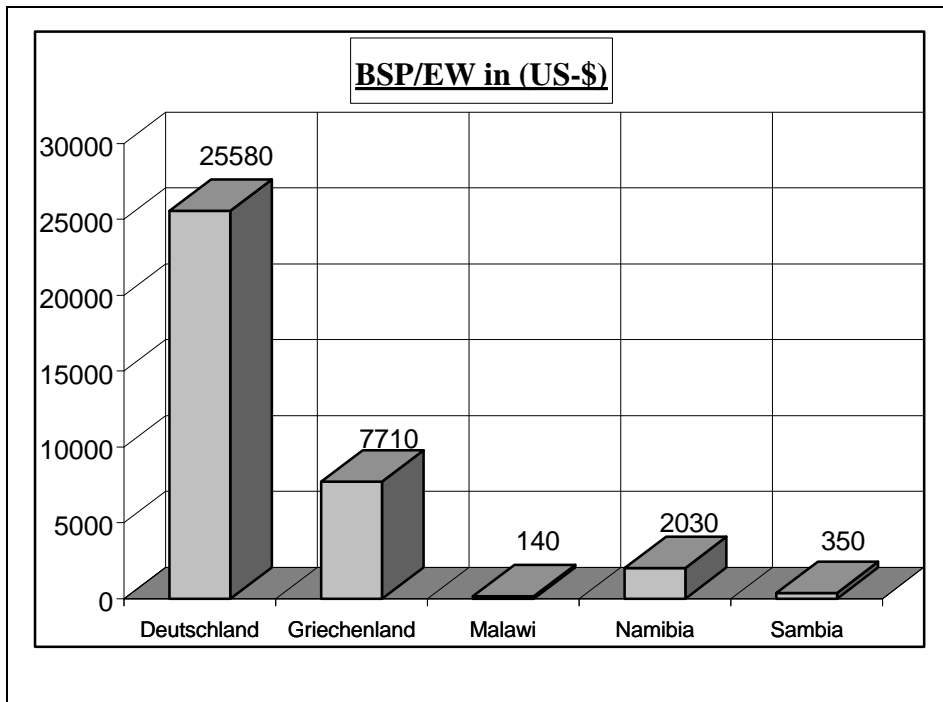
^a nach Angaben des Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1995

^b nach Angaben des Fischer-Weltalmanach 1997

	<u>Deutschland</u>	<u>Griechenland</u>	<u>Malawi</u>	<u>Namibia</u>	<u>Sambia</u>
Religion ^b	37,5% Protestanten, 34,7% Katholiken, Islamisten sowie Diverse	97% Griech.- Orthodox	75% Christen, 10% Naturreligionen, Muslime, Bahai	62% Protestanten, 20% Katholiken, Naturreligionen	72% Christen, 27% Naturreligionen, Muslime, Hindus
BSP 1994 in Mio. US-\$	2075452	80194	1560	3045	3206
BIP 1994 in Mio. US-\$ ^b	2045991	77721	1302	2884	3481
realer Zuwachs (1990-1994) ^b	Ø 1,1%	Ø 1,4%	Ø 0,7%	Ø 4,1%	Ø -0,1%
Arbeitslosigkeit ^b	Ø 9,4% (1995)	Ø 9,5% (1995)	Ø 1,3% (1985)	38% (1995)	k.A.
Inflation (1985-1994) ^b	Ø 2,9%	Ø 15,5%	Ø 18,8%	Ø 10,7%	Ø 92%
Auslandsverschuldung _b	1270,2 Mrd. \$ (1995) ^c	35 596 Mio.\$ (1994)	2 015 Mio.\$	256 Mio.\$ (1991)	6 573 Mio.\$ (1994)
Import ^{b d}	401,5 Mrd. \$	18.742 Mio.\$	214,2 Mio.\$	955 Mio.\$	356,18 Mio.\$
Export ^{b d}	460,5 Mrd. \$	5.219 Mio.\$	205,8 Mio.\$	1.060 Mio.\$	436,64 Mio.\$
Tourismus ^b	13,3 Mio. Auslandsgäste (1994), 10 509 Mio.\$ Einnahmen (1993)	11,1 Mio. Auslandsgäste (1994), 3 335 Mio.\$ Einnahmen (1993)	k.A.	288.000 Auslandsgäste (1993), 93,1 Mio.\$ ^d Einnahmen	174.570 Auslandsgäste (1994), 51 Mio.\$ Einnahmen (1992)

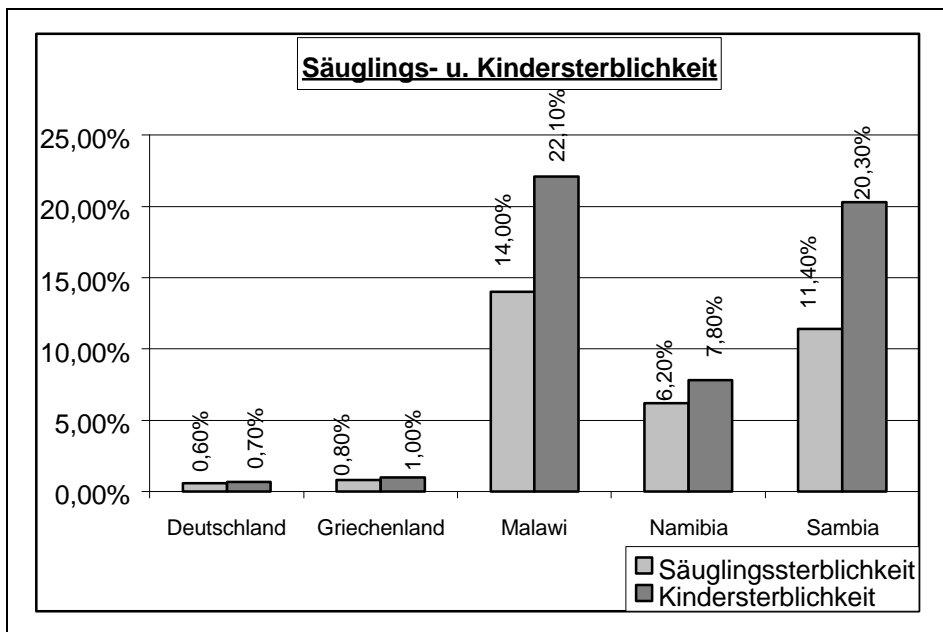
^c Staatsverschuldung

^d nach eigenen Berechnungen



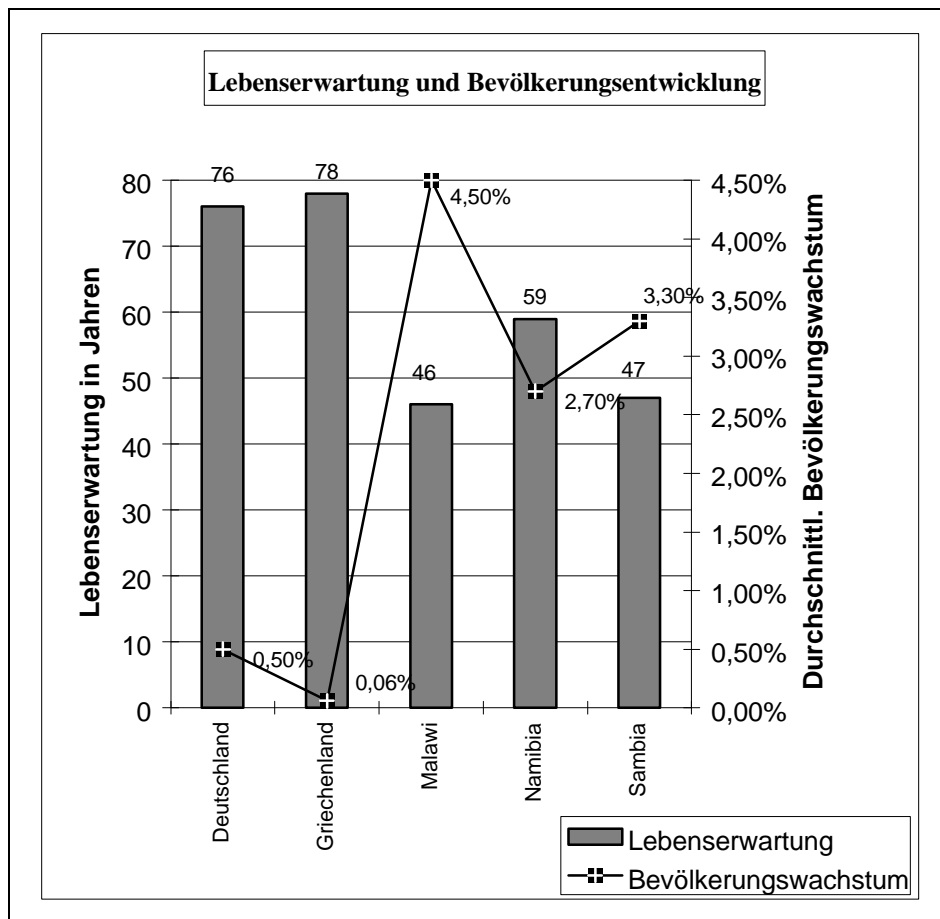
(nach Angaben des Fischer-Weltalmanach 1997)

Schaubild II, 1: Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich



(nach Angaben des Fischer-Weltalmanach 1997)

Schaubild II, 2: Säuglings- und Kindersterblichkeit im Vergleich



(nach Angaben des Fischer-Weltalmanach 1997)

Schaubild II, 3: Lebenserwartung und Bevölkerungsentwicklung im Vergleich

II.2: Der statistische Zusammenhang von Lebenserwartung und Bevölkerungswachstum

Das sich in diesem Fünf-Länder-Vergleich abzeichnende korrelierende Verhältnis von Lebenserwartungshöhe und Bevölkerungswachstumsrate wird in einem weltweiten Vergleich bestätigt.

Die Regressionsgerade in Schaubild II, 4 zeigt deutlich, daß mit einer abnehmenden Lebenserwartung das durchschnittliche Bevölkerungswachstum ansteigt. Das heißt, daß die beiden Variablen in einer „negativen Assoziation variieren“.³

In der weltweiten Gegenüberstellung ergibt sich für diesen Zusammenhang ein Korrelationskoeffizient von -0,40820.⁴

³ Vgl. Kromrey (1991), S. 411 ff

⁴ Eigene Berechnungen nach Angaben des World Data 1995

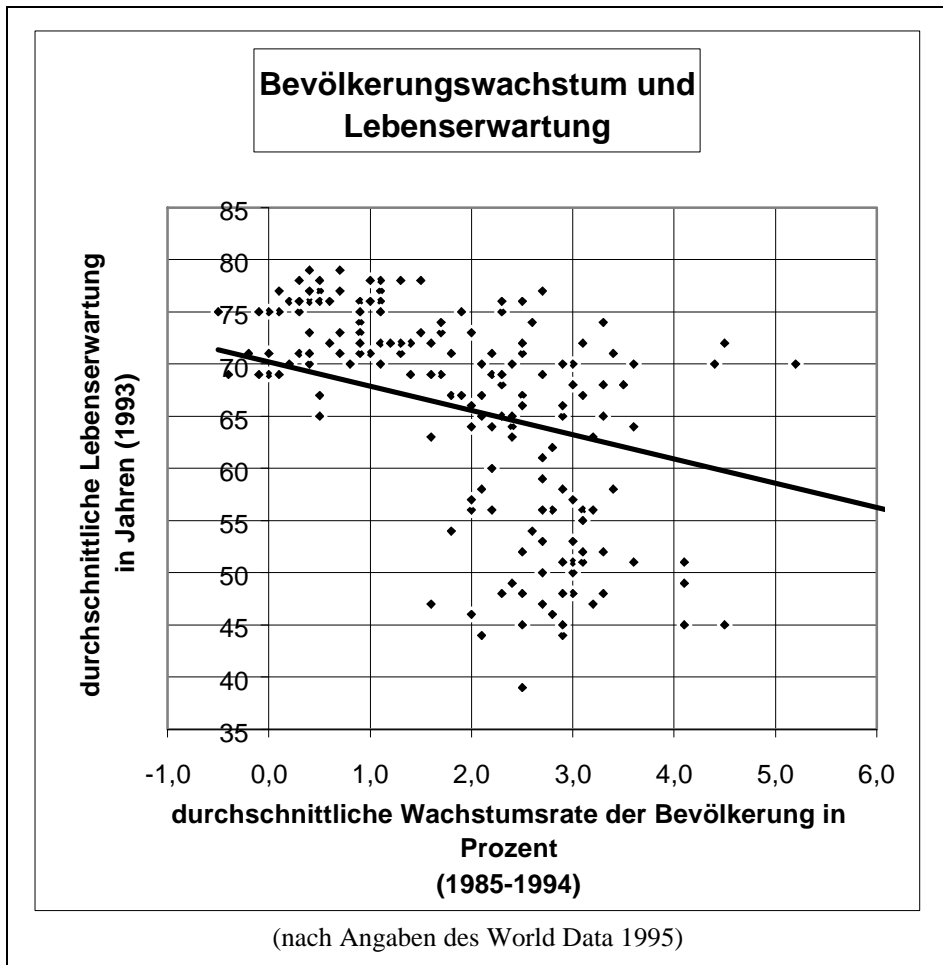


Schaubild II, 4: Lebenserwartung und Bevölkerungswachstum im weltweiten Vergleich

Kapitel III: Zum Prozeß der Demokratisierung

III.1: Zum Begriff der Entwicklung

Das erklärte Ziel dieser Diplomarbeit ist die Darstellung von Entwicklung¹ in den drei ausgewählten Untersuchungsländern Malawi, Namibia und Sambia.

Dazu sind allerdings zunächst einige (Begriffs-) Erläuterungen und Überlegungen unvermeidlich.

Aufgrund der jahrzehntelangen inadäquaten Praxis, die aktuelle Situation und die Entwicklungstendenzen eines Landes rein quantitativ über den Schlüsselindikator Pro-Kopf-Einkommen² (Bruttoinlandsprodukt / Anzahl der Einwohner) darzustellen, erklären zu wollen - oder in Rankinglisten zu kategorisieren -, empfiehlt es sich, eine ganzheitliche Betrachtungsweise anzustreben.

„Wirtschaftswissenschaftler haben üblicherweise die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens als eine brauchbare Näherungsgröße für andere Merkmale der Entwicklung betrachtet. Aber die Unzulänglichkeit des Einkommenswachstums als Indikator besteht darin, daß es die realen Veränderungen Wohlstands von großen Teilen der armen Bevölkerung verdecken kann. Verbesserungen bei der Befriedigung des Grundbedarfs an Ernährung, Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Chancengleichheit, Bürgerrechten und Umweltschutz werden durch die statistischen Maße des Einkommenswachstums nicht erfaßt.“³

Nicht nur die Betrachtung der ökonomischen Struktur und Entwicklung eines Landes, sondern auch die gleichzeitige Analyse des politischen Bereiches mit seinen jeweiligen Gegebenheiten und seinen Auswirkungen und Bedeutungen für die Gesellschaft machen Sinn.

Dieser Ansatz ist aber keineswegs neu. Bereits zu Beginn der 70er Jahre konstruierten Dieter Nohlen und Franz Nuscheler das „magische Fünfeck von Entwicklung“.⁴ Demzufolge ist der Entwicklungsbegriff nur über eine mehrdimensionale Analyse zu definieren:

¹ „Entwicklung in einem umfassenderen Sinn schließt andere (als nur die ökonomische Komponente) wichtige und verwandte Aspekte ebenfalls ein, namentlich größere Chancengleichheit sowie politische und bürgerliche Freiheitsrechte. Das Gesamtziel von Entwicklung besteht deshalb darin, die wirtschaftlichen, politischen und bürgerlichen Rechte aller Menschen zu stärken, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Ethnie, Religion, Rasse, Region und Nation.“ (Weltentwicklungsbericht 1991, S. 37)

² „Einen umfangreichen Krisenkatalog liefert Leibenstein bereits im Jahre 1957, um eine wirtschaftliche Typologisierung vorzunehmen. Für ihn werden die Entwicklungsländer hauptsächlich charakterisiert durch ein geringes durchschnittliches Einkommen pro Kopf.“ (Nach Wagner/Kaiser/Beimdiek, 1983, S. 6)

³ Weltentwicklungsbericht 1991, S. 38

⁴ Vgl. D. Nohlen/F. Nuscheler (1982), S. 54 ff

ENTWICKLUNG	<u>Komponenten</u>	<u>Indikatoren</u>	
	1.Wachstum	BSP pro Kopf	Wachstumsrate des BIP
		Energieverbrauch pro Kopf	
	2.Arbeit	Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Erwerbspersonen in der Landwirtschaft
			Erwerbspersonen in der Industrie
3.Gleichheit	GINI-Koeffizient		
	Verteilung des Grundbesitzes		
4.Wirtschaftliche Unabhängigkeit	Exportquote		
	Importquote		
	Anteil der Rohstoffe am Export		
5.Partizipation	Alphabetisierungsrate		

(nach dem Indikatorenmodell für das Lebensniveau nach Kaiser/Wagner)⁵

⁵ Kaiser/Wagner (1988), S. 67; Das Indikatorenmodell für das Lebensniveau“ nach Kaiser/Wagner basiert auf dem „magischen Fünfeck der Entwicklung“ nach Nohlen/Nuscheler und wurde durch die jeweiligen Indikatoren erweitert.

III.2: Entwicklung und Demokratie

Die klassischen Modernisierungstheorien prägten die These, daß wirtschaftliches Wachstum unweigerlich zu demokratischen Politikstrukturen führt.

Dieser direkte Zusammenhang konnte aber nach mehr als 30jähriger Forschungsarbeit nicht bewiesen werden.⁶ Dennoch hat sich die berechtigte Leitidee durchsetzen können, daß Entwicklung und Demokratie durchaus miteinander zu verknüpfen sind.⁷

Verstärkt wurde diese Prämisse durch das „Wegbröckeln“ des Ost-West-Gegensatzes und dem globalen „Wind of change“ Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre.

Entwicklungspolitische Maßnahmen waren nicht mehr so sehr in die außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen des Kalten Krieges mit ihren jeweiligen ideologischen Beigeschmäckern eingebettet.

„Die Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen politischen Lager konnte reichlich Entwicklungshilfe mobilisieren, mit geschicktem außenpolitischem Lavieren zwischen diesen Lagern der gleiche Effekt erzielt werden. Mit Entwicklungshilfe wurde politisches Wohlverhalten des jeweiligen Empfängerlandes honoriert, „bad governance“ und wenig entwicklungsorientiertes staatliches Handeln waren Rahmenbedingungen, mit denen die Entwicklungshilfe-Administrationen leben mußten. ... Der politische Stellenwert des jeweiligen Landes bestimmte die Höhe der Entwicklungshilfe.“⁸

Das Ende des „Ost-West-Gerangels um strategische Einflußzonen“⁹ verringerte auch das Ausmaß, Despoten und Diktatoren mit Wirtschafts- und Militärhilfe zu versorgen und in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte „schon mal ein Auge zuzudrücken“.

So erreichte die demokratische Revolutionswelle auch den afrikanischen Kontinent. Ein Großteil der afrikanischen Diktaturen und Scheindemokratien brach durch innere Demokratiebewegungen und durch den äußeren Druck der internationalen Gebergemeinschaft zusammen.

III.3: Transformationsprozesse in Afrika

Seit 1989/90 haben in 40 von 54 afrikanischen Staaten erstmalig oder nach langer Zeit wieder diverse pluralistische Wahlen stattgefunden. Etwa die Hälfte dieser Wahlen wurde von den internationalen Wahlbeobachtern als faire und freie Wahlen deklariert.¹⁰ Doch dieses Zeugnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in vielen Fällen lediglich ein demokratisch eingefärbter Rahmen um ein in den Grundzügen unverändertes Bild gespannt wurde, beziehungsweise eine Kleptokratie durch eine andere - ebenso korrupte - abgelöst wurde. In 14 Fällen wurden sogenannte Gründungswahlen durchgeführt; darunter werden im Sinne der Demokratieforschung

⁶ Erdmann (1996), Seite I ff sowie insbesondere Ebd., S. 47 ff

⁷ „Pragmatisch und vorurteilsfrei betrachtet, scheint der Schluß berechtigt, daß das Einkommenswachstum als Maßstab der Wohlfahrt überbetont wurde, daß aber das Einkommenswachstum üblicherweise nicht gegen den Erfolg in anderen Bereichen spricht.“ (Weltentwicklungsbericht 1991, S. 60)

⁸ Hammel (1997), S. 12

⁹ Franz Nuscheler (1996), S 24

¹⁰ Vgl. Tetzlaff (1996), S.328 f

solche Wahlen verstanden, die auf der Grundlage einer neuen oder stark überarbeiteten Verfassung das Regelwerk für den politischen Wettkampf neu festlegen und damit den Weg für einen demokratischen Pluralismus ebnen.

Der politische Wandel wurde begleitet von massiven Auflagen vom Internationalen Währungsfond (IWF) und Weltbank zu marktwirtschaftlich orientierten Strukturreformen.

III.4: Wirtschaftssystem und politisches System

Rainer Tetzlaff stellt 1993 fest, daß „die kapitalistische Produktionsweise die Zwillingschwester der demokratischen Weltrevolution zu sein scheint“.¹¹ Damit ist die Ebene des Nebeneinanders bzw. des Miteinanders von wirtschaftlichen und politischen Strukturen bereits wieder erreicht. Im folgenden soll der Schwerpunkt in diesem Mit- oder Nebeneinander von ökonomischer und politischer Entwicklung liegen und sich weniger dem monokausalen Zusammenhang und der daraus entstehenden Dependenz, wie sie beispielsweise 1963 von R. Löwenthal¹² dargestellt wurde und über Jahrzehnte den (entwicklungs-) theoretischen Rahmen für Entwicklungspolitik lieferte, widmen.

Während das Wirtschaftssystem eines Landes noch relativ einfach erkennbar ist (und in ihrer unweigerlichen Konsequenz die Gesellschaftsform als eine marktwirtschaftlich-kapitalistische oder eine planwirtschaftlich-sozialistische determiniert), stellen sich bei der Bestimmung der politischen Struktur gewisse Probleme ein. Bereits auf rein quantitativer Ebene lassen sich wirtschaftliche Indikatoren - ganz gleich, welche Wirtschaftsordnung zugrunde gelegt wird - relativ problemlos operationalisieren; Maßzahlen, wie beispielsweise Bruttosozialprodukt, Handelsbilanz, Geldmenge und Inflation geben Auskunft über die aktuelle ökonomische Situation und über deren Entwicklung und erlauben auch deren internationale Vergleichbarkeit.

Für die Beschreibung politischer Konfigurationen fehlen nicht nur solche Maßeinheiten (die dann auch den internationalen Vergleich erlauben), sondern bereits bei der Begriffsbestimmung „Was ist das ‘Politische’“ oder „Was ist denn ‘Politik’“ stellen sich Unsicherheiten ein. Natürlich tauchen sofort die zentralen Begriffe der Politikwissenschaft, wie Staat, Macht, Demokratie, Legitimität, Herrschaft, Partizipation usw. auf.

Ob Politik nun die „Verwirklichung von Freiheit“ (nach *Franz Neumann*) bedeutet oder vielmehr „der Kampf um die gerechte Ordnung“ (nach *Otto Suhr*) ist eine nur differenziert beantwortbare Frage.¹³ An dieser Stelle empfiehlt sich der Vorschlag von Ulrich von Alemann, nicht den Begriff ‘Politik’ an sich zu definieren, sondern verschiedene Felder und Rahmen zu benennen - von Alemann nennt sie „Begriffsdimensionen“ -, die dann eine jeweils präzise, aber

¹¹ Tetzlaff (1993), S. 40

¹² „Man kann geradezu sagen, daß in diesen Ländern innerhalb gewisser Grenzen zwischen dem Ausmaß pluralistischer Freiheit und dem Tempo der Entwicklung eine Antinomie besteht - keine absolute Antinomie in dem Sinne, daß diese Länder etwa nur zwischen den Extremen totaler Diktatur oder totaler Stagnation zu wählen hätten, wohl aber eine relative oder graduelle Antinomie: Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt. Das ist in der Natur des Prozesses unvermeidlich.“ (Richard Löwenthal, 1986, S. 266)

¹³ K. Schubert (1991), S. 17

nicht zu enge Begrifflichkeitsbestimmung erlauben.¹⁴ Von Alemann unternimmt eine Dreiteilung in jeweils gegensätzliche Begriffspaare.

In einem ersten Spannungsfeld stehen sich gouvernementale Politik (mit den zentralen Aspekten: Herrschaft, Macht, Hierarchie und Führung) und emanzipatorische Politik (mit der Ausrichtung auf Partizipation, Gleichheit und Demokratisierung) gegenüber.

In der zweiten Dimension unterscheidet er zwischen normativer und deskriptiver Politik, d.h. danach ob Politik die Frage nach gerechter Ordnung stellt oder ob Politik als eine Sammlung gesellschaftlicher Handlungsmuster dazu dient, auftretende Konflikte verbindlich zu regeln.

In der dritten und letzten Dimension, konfliktorientierte Politik versus konsensorientierte Politik, sieht er in ersterer - im Sinne der sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien (z.B. *R. Dahrendorf*) - als stetigen konfligierenden Prozeß die Antriebsquelle für sozialen Wandel, in der Konsensorientierung hingegen - im Sinne der älteren Harmonielehren - ein durch allgemeine Übereinstimmung hervorgerufenen Gemeinwohl.

Auch wenn dadurch letztendlich deutlich wird, daß es keine eindeutige und verbindliche Definition dessen gibt, was Politik ist oder sein soll, so hat die politische Wissenschaft mit dem Begriff der Demokratie zumindest „einen Leitbegriff für die Analyse der politisch relevanten Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft“ (v. Alemann, 1985).

Gleichwohl Demokratie nicht das einzige Kriterium einer politischen Architektur ist, so wird sie somit legitimiert, als „Leitbegriff“ stellvertretend für die anderen strukturbeschreibenden Komponenten als ‘Gütekriterium’ für ein politisches System herangezogen zu werden.

„Democracy is a complex phenomenon. The term ‘democracy’ has been given various meanings and has been applied to qualitatively different structures.“¹⁵

Nach der allgemeinen Definition - und auch im Sinne der landläufigen Meinung - ist Demokratie als ‘Volksherrschaft’ die Bezeichnung für „eine *Herrschaftsform* und/oder *Politiken*, bei der das Volk über sich selbst bestimmt“¹⁶; d. h. daß die Staatsgewalt bei der Gesamtheit der freien und mündigen Bürger liegt.¹⁷

In der westlichen Welt haben sich in den letzten zwei Jahrhunderten diverse Demokratieformen mit mehr oder weniger direkten und indirekten Elementen (plebiszitäre Demokratie respektive repräsentative Demokratie) herausgebildet. Allen gemein ist aber das Verständnis als eine nichttyrannische Staatsform, in der auf dem Wege von Abstimmungen und/oder Wahlen Mehrheitsentscheidungen getroffen und Regierungen gebildet werden.¹⁸

Als *Politik* verstanden, ist Demokratie vielmehr ein gesellschaftspolitisches Gestaltungsprinzip, bei dem durch staatliche Gewalt die Voraussetzungen für die freie Selbstbestimmung des Ein-

¹⁴ Ulrich v. Alemanns (1989), S. 705 ff

¹⁵ R.L. Barsh (1992), S. 120

¹⁶ Lexikon zur Soziologie, Seite 144

¹⁷ dazu auch Josef Thesing: „Demokratie ist eine Staatsform, die den Bürger durch politische Teilnahme und Wahlen ermöglicht, die politische Macht für Zeit an Repräsentanten der politischen Parteien zu übertragen, die nach dem Prinzip des Gemeinwohls Interessen vertreten und Probleme lösen müssen. ... Demokratie ist auch eine Lebensform.“

(Josef Thesing, 1997, S. 69)

¹⁸ O. Rammstedt/R. Klima (1973)

zelen geschaffen werden. In diesem Sinne sollen durch eine Demokratisierung aller Lebensbereiche gesellschaftliche Machtunterschiede abgebaut werden, damit alle in gleicher Weise über sich selbst bestimmen können.¹⁹

Die Vereinbarkeit von Demokratie als Staatsform und Demokratie als politisches Handeln wird im Rahmen der politischen Soziologie anhaltend und kontrovers diskutiert. Funktionalistischer und handlungstheoretischer Ansatz sollten aber nicht komplementär gegenübergestellt werden, da für eine Beschreibung der Praxis beide Aspekte gleichermaßen relevant sind und nicht isoliert betrachtet werden können.

III.5: Zum Problem der Übertragbarkeit

Das westliche Demokratiemodell, das sogenannte Westminster-Modell, kann als „das spezifische Endprodukt der okzidentalen Sozial- und Geistesgeschichte“²⁰ betrachtet werden.

Ein solches politisches Wettbewerbssystem ist somit ein durch eine langjährige Evolution gereiftes Regel- und Normengeflecht, das im Verlauf seiner Entwicklung mannigfaltige Krisen und Rückschläge hinnehmen und verarbeiten mußte; die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland von 1933 bis 1945 ist wohl eines der schillerndsten Beispiele - der jüngeren Historie - für das Versagen demokratischer Leitlinien.

Dennoch haben sich im Verlaufe dieses Jahrhunderts die westlichen Demokratien gemeinsam mit ihrer „Zwillingschwester“, in Form „der kapitalistischen Produktionsweise“²¹ als recht erfolgreich und stabil durchsetzen können.²²

Folglich erscheint es zunächst naheliegend, ein so erfolgreiches System auch dort ‘anzubieten’, wo die politischen Strukturen, z. B. in puncto Rechtsstaatlichkeit, bürgerlichen Freiheiten oder anderen Grundbedingungen entwickelter Demokratien noch einige Defizite aufweisen.

In diesem Zusammenhang hat der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung folgendes Sieben-Stufenmodell zur Demokratisierung entworfen:

¹⁹ Ebd.

²⁰ F. Nuscheler (1996), S. 354

²¹ Tetzlaff (1993), S. 40

²² Allerdings ist es nicht korrekt, die Demokratie als rein „westliche Erfindung“ darzustellen. Auch in anderen Gesellschaftsformen und -strukturen hat es solche Verhandlungssysteme gegeben. Hierzu Russel Barsh (1992), S. 121 f): „Highly responsive political systems have existed among Africa’s pre-industrial peoples, for example the Kikuyu democracy, ..., similar cases may be found among the indigenous peoples of North America and the Andes. Admittedly, these systems may be impractical for a society of several hundred thousand people or more.“

Die sieben Stufen zur Demokratie lt. Wissenschaftlichem Beirat beim BMZ

- 1. Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols
- 2. Wahrung der Souveränität nach innen und außen
- 3. Sicherung individueller Grundrechte (Übergang vom Autoritarismus zur Demokratie)
- 4. Sicherung kollektiver Grundrechte (Artikulation und Aggregation von Interessen)
- 5. Sicherung der Informations-, Meinungs- und Demonstrationenfreiheit als Merkmal einer kritischen Öffentlichkeit
- 6. Politische Partizipation durch Wahlen, Parteienpluralismus, föderale Dezentralisierung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
- 7. Rechtsstaatlichkeit: Bindung staatlichen Handelns an Gesetze und Rechtsweggarantie

(in F. Nuscheler (1996), S.354)

Eine solche 'Betriebsanleitung' zur Einführung von Demokratie stößt allerdings bei zahlreichen Experten auf herbe Kritik. Sie argumentieren, daß der Vorgang einer Demokratisierung nur systemendogen vollzogen und durch Hilfestellungen von außen lediglich unterstützt werden kann. Demokratie kann somit nicht verordnet werden, sondern muß sich in einem Wachstumsprozeß von der Basis aus entwickeln.

„Der Bürger ist es, der durch seine Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und seine aktive Teilnahme die reale Demokratie entstehen läßt. Deshalb braucht Demokratie kulturelle Identität, wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit und politischen Konsens.“²³

Auch in der afrikanischen politischen Kultur - um konkret zu den Untersuchungsländern zurückzukehren - finden sich durchaus demokratische Prinzipien. Als Beispiel sei hier auf die „genuin afrikanische Palaverdemokratie“²⁴ verwiesen.

Alle Demokratiekonzepte - so unterschiedlich sie auch sein mögen - haben als gemeinsame Kernsubstanz die Einhaltung der elementaren Menschenrechte.

In seiner Zusammenfassung über *Demokratie und Demokratieförderung in der Dritten Welt* äußert Erdmann (1996), daß „sich für jede Kultur zeigen läßt, daß es in ihr sowohl herrschaftliche als auch antiherrschaftliche (im Sinne von Herrschaft begrenzenden) Traditionen gibt.“²⁵

Also ist es somit auch denkbar, daß sich auf Basis dieser verschiedenen Kulturen auch verschiedene Demokratierealisationen entwickeln können. Das westliche Demokratiemodell kann in dieser Hinsicht sehr wohl als eine hilfreiche und adäquate Vorgabe, aber keineswegs als das Nonplusultra gelten.

Der Versuch, die westliche Vorstellung und Realisation von Demokratie 'exportieren' zu wollen, würde mit den Worten Nuschelers daran scheitern, daß sie „als künstliche Transplantate abgestoßen werden würden“.²⁶ Oder, wie Johan Galtung es in einer seiner „25 Thesen zur Entwicklung“ festhält:

²³ Thesing (1997), S. 69

²⁴ Erdmann (1996), S. 91 f

²⁵ ders. (1996), S. II f

²⁶ Nuscheler (1996), S. 354

„So wird eine Kultur, der die Entwicklung einer anderen „übergestülpt“ wurde, diese früher oder später als Zwangsjacke empfinden.“²⁷

III.6: Zur Meßbarkeit politischer Verhältnisse

Letztlich aber bleibt die Frage bestehen, wie ein demokratisches Konzept „gemessen“, bzw. zum Zweck der Vergleichbarkeit operationalisiert werden kann?²⁸ Über welches Kriterium oder welche Kriterien läßt sich ein Bewertungsmaßstab für die Güte einer politischen, möglichst demokratisch orientierten Konstruktion aufspannen?

Eine verbindliche Antwort mit universellem Charakter bleiben die bisherigen Theorien und Ansätze noch schuldig - bzw. sie wird auf Umwegen zu erreichen versucht.

Ende der 80er Jahre tauchte ein neuer Begriff auf, der der Forderung nach einer politischeren Entwicklungszusammenarbeit Rechnung tragen sollte. Während die Aspekte der politischen Konditionalität lange Zeit im Schatten wirtschaftspolitischer Reformen und Strukturanpassungsmaßnahmen standen, prägte von nun an der Begriff der „*good governance*“ den entwicklungspolitischen Diskurs.

Zum Erstaunen vieler Beobachter und Experten der entwicklungspolitischen Szene, war es ausgerechnet die Weltbank, die hingegen ihrer Tradition²⁹ nun politische Strukturen als Vorbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung sah.³⁰

Um die politischen Rahmenbedingungen der s.g. Entwicklungsländer besser als bisher berücksichtigen zu können, wurde der *governance*-Begriff von der Weltbank durch die folgenden fünf Merkmalsträger operationalisiert:³¹

²⁷ Galtung (1991), S.28

²⁸ „Da aber „Meßbarkeit“ nicht mit „Quantifizierbarkeit“ identisch ist, wird es im wesentlichen eine Frage der Operationalisierung sein, ob und inwieweit damit Einschränkungen ihrer Anwendbarkeit auf soziale Sachverhalte verbunden sind.“ (H. Kromrey (1991), S. 150)

²⁹ Unter dem Passus „Political Activity Prohibited“ ist in den Statuten der Weltbank (Art. IV, Section 10) festgehalten, daß: „The bank and its officers shall not interfere in the political affairs of any member; nor shall they be influenced in their decisions by the political character of the member. ... Only economic considerations shall be relevant for their decisions...“ (In World Bank: Governance and Development, 1992)

³⁰ In publizierter Form tauchte der *good governance*-Begriff zum ersten Mal 1989 in der Studie „Sub-Saharan Africa, from Crisis to Sustainable Growth“ der Weltbank auf.
Vgl. auch Hammel (1997), S. 13 f

³¹ Hammel (1997), S. 13

- 1. Accountability (Rechenschaftspflicht über die Verwendung öffentlicher Mittel)
- 2. Transparency (Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Ernennungen)
- 3. Predictability (Berechenbarkeit des Verhaltens von Repräsentanten des öffentlichen Sektors)
- 4. Openness (ausreichende Informationen für alle Akteure einer Volkswirtschaft)
- 5. Rule of law (Verbindlichkeit des bestehenden Rechts für alle).

Das „good governance“-Konzept zielt auf eine Rundumerneuerung des staatlichen Handelns ab.

„Von den Partnerländern der EZ wird erwartet, daß sie ihr politisches Haus in Ordnung bringen und eben in Form von „good governance“ die Voraussetzung für Entwicklung und damit auch für die Wirksamkeit der Hilfe von außen selbst schaffen.“³²

Positive Tendenzen führen zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit, negative Tendenzen hingegen werden mit Einschränkungen bishin zu Zahlungseinstellungen (negativ) sanktioniert.³³

Über das Werkzeug der Partizipation³⁴, welche zwangsläufig eine Schwächung der Vormachtsstellung und Privilegien der herrschenden Klassen bedingt und zu größerer gesellschaftlicher Egalität führt, soll eine Demokratisierung von Gesellschaft und Politik als ein konstitutives Ziel von Entwicklung erreicht werden.³⁵

„Was bedeutet der Omnibus-Begriff der Partizipation, der nun plötzlich so Hochkonjunktur bekam? Manche gebrauchen ihn als Synonym für Demokratisierung und verstehen darunter Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen, Stärkung regionaler und lokaler Politikebenen und politische Mitwirkung auch zwischen periodischen Wahlen. Partizipation meint aber mehr, nämlich auch soziale Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft und Abbau von sozialer Ungleichheit.“³⁶

Partizipation ist gleichzeitig Mittel und Ziel zur Erreichung einer nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung. Im Weltentwicklungsbericht 1993 wird der Partizipation die Bedeutung einer neuen Herrschafts- und Lebensform in Form einer Zivilisierung von autokratischen Gesellschaftsstrukturen durch einen Evolutionsprozess der politischen Kultur zugeordnet. Partizipation bedeutet in diesem Sinne also nicht nur das Stattfinden regelmäßiger Wahlen, sondern vielmehr *empowerment*³⁷, d.h. die Mobilisierung autonomer Sozialbewegungen zu einer handlungsfähigen machtbeschränkenden Gegenposition. Im Nyerere-Bericht von 1991 wird die Partizipation als ein absoluter und unumstößlicher Imperativ eingefordert: „Partizipation ist ein Muß.“³⁸

³² Ebd., S. 14

³³ Ein Beispiel für eine solch negative Sanktionierung war die 1992 beschlossene (befristete) Zahlungseinstellung der Gebergemeinschaft an Malawi. Vgl.: Kapitel I.6

³⁴ „... in der Einstellung zur Partizipation kristallisieren sich zentrale politische gesellschaftliche Gestaltungsoptionen.“ (v. Alemann, 1985, S. 683)

³⁵ „Participant Culture verstanden als partizipatorische politische Kultur - als reiner Typ von aktiv in einem politischen System Teilnehmenden“ (Berg-Schlosser, 1985, S. 682)

³⁶ Nuscheler (1996), S. 195

³⁷ Vgl. Friedmann (1992)

³⁸ Beim Nyerere-Bericht handelt es sich um einen 1990 vorgelegten Bericht der 1986 gegründeten und von dem ehemaligen tansanischen Präsidenten Julius Nyerere geleiteten Süd-Kommission. In Deutschland wurde der Bericht 1991 unter dem Titel „Die Herausforderung für den Süden“ veröffentlicht.

Die Gegenwart oder die Abwesenheit von Partizipation in einer politischen Struktur lässt sich einfacher auf die Beobachtungsebene projizieren. Sie dient somit der Reduktion der politischen Gesamtkomplexität, gleichzeitig ist sie als das Kernelement demokratischer Konzeptionen das probate Mittel für eine evolutionäre Transformation.

Die Bundesrepublik fordert in ihren Kriterien zur Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr explizit nach demokratischen Verhältnissen, sondern Partizipation im weitesten Sinne.³⁹

Im folgenden sollen die Veränderungs- und Entwicklungsprozesse in den Untersuchungsländern Malawi, Namibia und Sambia anhand von Ländersurveys zu Bevölkerungsstruktur, wirtschaftlicher als auch politischer Lage und Entwicklung dargestellt werden.

³⁹ Hammel (1997), S. 14

Kapitel IV: Die Untersuchungsländer - Teil 1: Malawi

IV.1: Geographische Grundlagen Malawis

Das Territorium der Republik Malawi erstreckt sich über ein 832 km langes aber nur zwischen 80 und 160 km breites Gebiet in Nord-Süd-Richtung; die Landfläche entspricht in etwa der Größe Portugals. Der Malawisee (oder auch Nyassasee) ist mit einer Gesamtfläche von ca 28.500 km², nach dem Victoriasee und dem Tanganjikasee, der drittgrößte See Afrikas. Etwa 4/5 des Sees gehören zu Malawi, der Rest zu Mozambique. Die Landschaft Malawis ist geprägt durch den ostafrikanischen Grabenbruch, der durch das gesamte Gebiet verläuft und hier eine Breite von rund 80 km hat. Die Hochplateaus beiderseits des Grabens liegen auf einer Höhe von 1000 bis 1500 m (ü.M.), im Süden wachsen die Erhebungen auf bis zu 3.250 m im Zomba- und Mlanjemassiv an.

Malawi grenzt im Norden an Tansania, im Osten an den Malawisee, im Südosten und Süden an Mozambique, sowie im Westen an Sambia.¹

Als Binnenland ist Malawi von den Verkehrswegen der Nachbarländer, bzw. durch die Nachbarländer, insbesondere zur Küste, angewiesen.

Das Klima in Malawi ist sowohl regional als auch temporal sehr verschiedenartig. Zum einen reicht es vom Feuchtsavannenklima des Südens über ein Trocken- und Dornsavannenklima bis zum tropischen und subtropischen Klima im Norden; gleichzeitig sind drei Klimaphasen zu unterscheiden, nämlich die kalte regenlose Zeit von Mai bis August, eine kurze und heiße Trockenperiode von September bis Oktober und schließlich die Regenzeit von November bis April. Die Niederschlagsmengen liegen durchschnittlich bei 900-1.200 mm, auf den Hochplateaus bis zu über 1.800 mm.²

Der Boden Malawis gilt als einer der fruchtbarsten Afrikas.

IV.2: Politische Entwicklung und Entstehung eines eigenständigen Malawi

Das heutige Malawi wurde 1891 zum britischen Protektorat und unter den Schutz der britischen Krone gestellt, 1907 dann amtlich zum Protektorat „Nyassaland Protectorate“ erklärt. Die koloniale Bedeutung von Nyassaland lag überwiegend darin, als Arbeitskräftereservoir für die Minen- und Plantagengebiete in Südafrika und in Nord- und Südrhodesien zu dienen.

„ Um Lohnarbeitskräfte für die Plantagen im Süden des Landes und in anderen Gebieten des südlichen Afrikas zu gewinnen, den marktorientierten Anbau der Afrikaner zu fördern und um den Saatshaushalt zu tragen, hatte man bereits 1892 für die Stämme im südlichen Protektoratsgebiet eine Kopfsteuer eingeführt, die 1904 durch die Hüttensteuer für das ganze Land abgelöst wurde. Die Besteuerung der Bewoh-

¹ Die Grenzen Malawis sind teilweise noch immer umstritten, wie beispielsweise die zu Tansania; vgl. auch Cay Lienau (1981), S. 5

² Vgl. Munzinger-Archiv/IH-Länder aktuell, S. 0

ner, eine der folgenschwersten Maßnahmen für die Entwicklung des Landes und Grundlage für die koloniale Produktionsweise, zwang zu einem Bareinkommen.“³

Dem Land selber kam keine allzu große Bedeutung zu, da keine mineralischen Rohstoffe gefunden wurden und der Transport landwirtschaftlicher Exportgüter schwierig und mit hohen Kosten verbunden war.

Das Phänomen der Wanderarbeit, das während der Kolonialzeit zwangsläufig bedeutsamer wurde, hatte somit erheblichen Einfluß auf die Erwerbsstruktur in Malawi.

„Als (beabsichtigte) Folge der Besteuerung ging nicht nur ein Strom von Arbeitern in die Südregion; es entwickelte sich die große Ausmaße annehmende Wanderarbeit nach Zimbabwe und Südafrika.“⁴

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit (6. Juli 1964) arbeiteten immerhin ca. 30% aller erwerbsfähigen Männer im Ausland.⁵

Der erste massive Widerstand gegen die Kolonialregierung begann sich in den 40er Jahren zu erheben; verschärft wurde die Situation als 1953 weiße Siedler aus

Süd-Rhodesien eine Föderation zwischen Süd-Rhodesien und Nyassaland ins Leben riefen. Die schwarze Bevölkerung befürchtete, nun noch zusätzlich benachteiligt und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet zu werden. Bis zum Ende der 50er Jahre blieben die Proteste allerdings weitgehend wirkungslos.

Im Jahr 1958 wurde der Arzt Dr. Hastings Banda⁶ vom 1944 gegründeten NAC (Nyassaland African Congress) um Unterstützung gebeten.

Banda, der in den U.S.A. und in Großbritannien Medizin studiert hatte, lebte inzwischen seit annähernd 40 Jahren im Ausland. Nach seiner Rückkehr führte er eine erbitterte Kampagne gegen die britische Kolonialverwaltung, wofür er 13 Monate ins Gefängnis kam.

Am 6. Juli 1964 entließ die britische Regierung das Protektorat Nyassaland schließlich in die unabhängige Republik Malawi. Dr. Hastings Banda wurde ihr erster Premierminister.

IV.3.1: Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit im Jahr 1964 ist die malawische Volkswirtschaft als nur sehr gering entwickelt zu bezeichnen.

Die landwirtschaftliche Produktion bildet rund 50% des BIP, wovon wiederum beinahe 70% reine Subsistenzproduktion, also für den direkten Eigenbedarf, war. Sekundärer Sektor und Industrie stellen gemeinsam nur ca. 1/5 des BIP⁷.

³ (Cay Lienau (1981), S. 26 f)

⁴ Günther Taube (1993), S. 369

⁵ Ebd.

⁶ Dr. Hastings Kamuzu Banda, geb. 1906 (nach anderen Angaben 1902); Historiker, Arzt und Politiker; seit 01. Febr. 1963 Regierungschef (Unabhängigkeit 1964); ab 06. Juli 1966 nach Ausrufung der Republik Staatspräsident und Regierungschef, seit 1971 „auf Lebenszeit“.

⁷ Günther Taube (1993), S. 370 f

Tabelle IV, 1: Sektorale Beiträge zum BIP (in %)

	1970	1980	1985	1990
Landwirtschaft	44,0	37,2	36,6	33,3
Industrie	17,5	19,2	18,8	20,5
Gewerb. Industrie	...	11,6	12,3	13,6
Dienstleistungen	38,5	43,6	44,7	46,2

Quelle: World Tables 1992 (Weltbank)

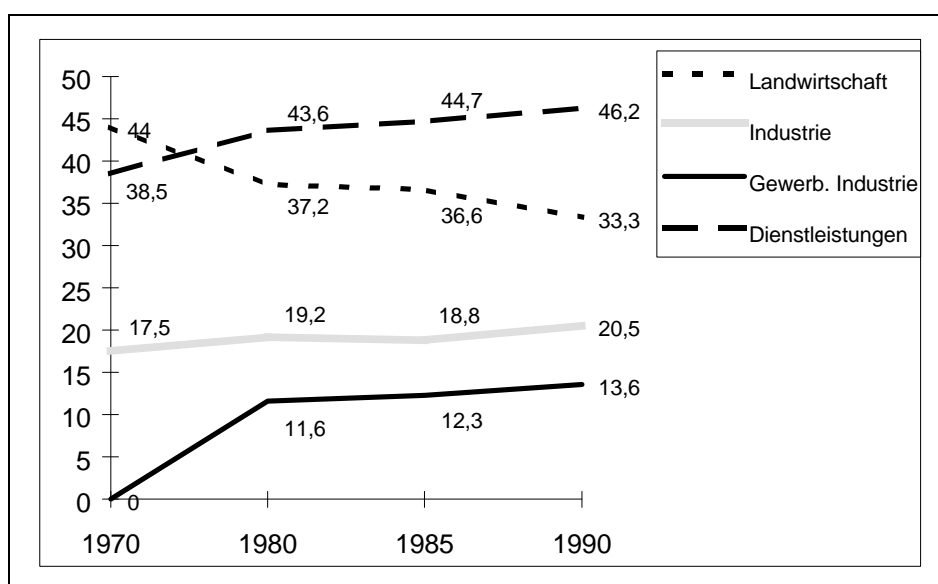


Schaubild IV, 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Sektoren

Nach der Unabhängigkeit orientierte sich die malawische Regierung bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik stark am westlichen Marktwirtschaftsmodell. Dem Ausbau der Privatwirtschaft kam zwar von vornherein eine zentrale Bedeutung zu, gleichzeitig aber achtete die Regierung darauf, die Fäden des ökonomischen Geschehens stets in der Hand zu halten.⁸

Banda selbst gründete eigene Unternehmungen, wie beispielsweise die Press Holding. Führenden Politikern und Beamten wurden sowohl günstige Kredite als auch Land für den Auf- und Ausbau sogenannter landwirtschaftlicher *Estates* (siehe auch Seite 37) zugesprochen.

Auf diese Weise erreichte die malawische Wirtschaft in den ersten Jahren bemerkenswerte Wachstumserfolge. In den Jahren von 1965 bis 1979 stiegen die Pro-Kopf-Einkommen in realen Werten um durchschnittlich 5,5% pro Jahr an. Die Inflationsrate konnte im selben Zeitraum erfolgreich auf durchschnittlich 7,2% pro Jahr begrenzt werden.

⁸ z.B. durch staatlich festgelegte Preisvorgaben für landwirtschaftliche Produkte

Diese ökonomischen Erfolge brachten Malawi den Ruf eines „entwicklungspolitischen“ Musterlandes.⁹ Bei der Darstellung dieser Erfolge darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß besonders die geförderten und subventionierten *Estates* für die positive Entwicklung verantwortlich waren, die überwiegende Mehrheit der Kleinbauern hingegen nur bescheidene Zuwachsraten zu verzeichnen hatte und dementsprechend nur bedingt von der Prosperität profitieren konnte.

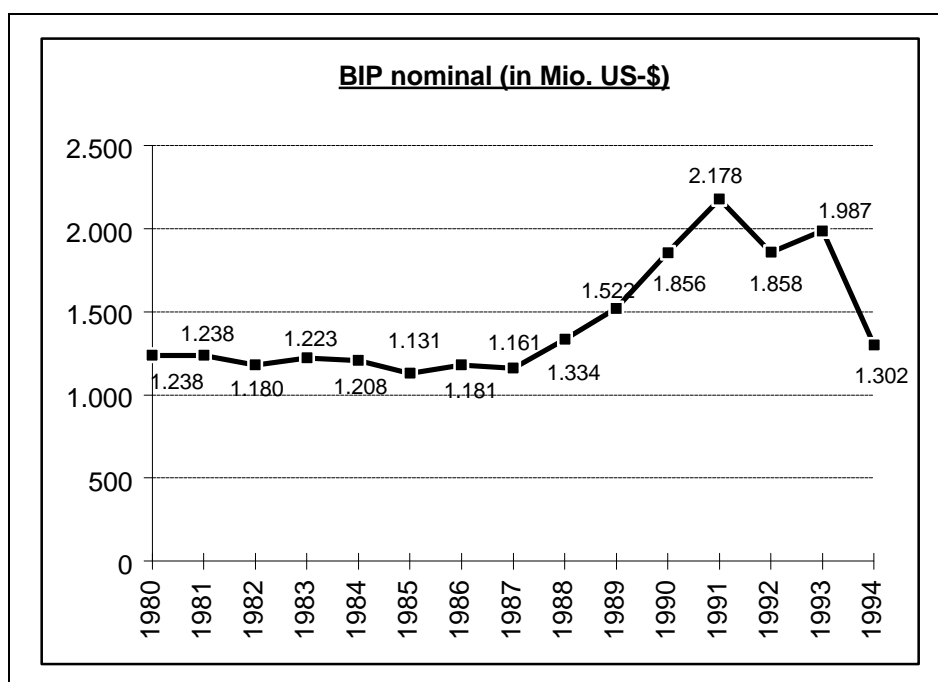
Ende der 70er Jahre änderte sich die wirtschaftliche Situation (und im Schlepptau natürlich auch die anderen damit verbundenen Lebensbereiche) recht rapide.

Als Auslöser können zunächst die zweite Ölpreiskrise, als auch eine ausgeprägte Dürreperiode genannt werden. Während die Ölkrise ein gestiegenes Zinsniveau für internationale Kredite bedingte, zwang die Dürre zu einem gestiegenen Importvolumen der notwendigen Nahrungsmittel. Die Gesamtsituation brachte auch eine Verschlechterung der *'Terms of Trade'* - dem Verhältnis der exportierten Rohstoffe zu den importierten Fertigprodukten - , mit sich; insgesamt also ein Fiasko für die malawische Außenwirtschaft mit der unweigerlichen Folge massiver Leistungsbilanzdefizite.

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Verschlechterung der malawischen Wirtschaftslage war die Abhängigkeit des Binnenlandes von den Nachbarstaaten, insbesondere Mozambique, bezüglich der Transportwege für Im- und Exportprodukte.¹⁰ Ca 90% der Im- und Exportgüter liefen über die Eisenbahnwege zu den mozambiquanischen Häfen. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges im Nachbarland im Jahr 1976 wurde die Lage zunehmend schwieriger, bis die Bahnlinien seit 1984 für Malawi völlig unbenutzbar wurden (bis 1991). Zwangsläufig mußte Malawi auf wesentlich weiter entfernt liegende Häfen in Südafrika und Tansania ausweichen, was unweigerlich noch einmal zusätzliche Devisenausgaben mit sich führte.

⁹ Vgl. Martin (1984)

¹⁰ Vgl. BMZ (1996), S. 5



Quelle: gerundete Daten nach World Data 1995

Schaubild IV, 2: Entwicklung des BIP

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation initiierte Malawi ein Stabilisierungsprogramm, das vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen internationalen Geldgebern kräftig unterstützt wurde. Zu den Reformpunkten gehörten:

- - eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Exportgüter,
- - eine Einschränkung der importierten Güter,
- - eine Abwertung des *Kwacha*, der malawischen Landeswährung,
- - eine Anhebung der Zinssätze,
- - eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen über Steuern und Zölle
- - sowie ein Abbau der staatlichen Subventionen.

All diese Maßnahmen führten zunächst auch zu einer Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt und zu einer Eindämmung der Wirtschaftskrise.

Jedoch geriet die malawische Wirtschaft in den Jahren 1986/1987 erneut in eine Wachstumskrise, welche die Inflationsrate und das Defizit der Leistungsbilanz bis 1987/1988 stark ansteigen ließ. Auch diese zweite Depression konnte (übrigens erneut mit der Unterstützung von IWF und Weltbank) halbwegs überwunden werden, wie Wirtschaftsindikatoren dieses Zeitraums recht deutlich zeigen (siehe auch Tabelle IV, 2), doch die ausgeprägte Dürreperiode im südlichen Afrika 1991/1992 ließ auch Malawi nicht unverschont.

„ Zu diesen ungünstigen Bedingungen trat 1991/92 eine Dürre, die als die größte seit Menschengedenken im südlichen Afrika eingestuft wurde. ... Durch humanitäre Maßnahmen konnte zwar eine größere Hungersnot abgewendet werden, die Langzeitwirkungen sind aber folgenschwer.“¹¹

¹¹ Ebd.

Im Erntejahr 1991/1992 wurden in weiten Teilen Malawis nur ca. 10-20% der sonst üblichen Menge an Mais eingefahren.

Im Erntejahr 1994/95 hat es erneut zu wenig geregnet, so daß wiederum ein Fehlbedarf an Getreideerzeugnissen eingetreten ist. Für das Jahr 1995/96 hingegen wurde mit guten Ernteerträgen gerechnet, da eine üppige Regenzeit eingesetzt hatte.

IV.3.2: Landwirtschaftlicher Sektor

Wie in Tabelle IV, 1 deutlich zu erkennen ist, basiert ein beträchtlicher Teil der malawischen Wirtschaft auf dem primären Sektor (Landwirtschaft, Forst, Fischerei). Im Jahr 1990 lag der Anteil bei immerhin 33%. Die große Relevanz dieses Sektors wird dadurch betont, daß 83% der Bevölkerung in unmittelbarer Abhängigkeit von der Landwirtschaft sind und daß nahezu ausschließlich sämtliche Deviseneinnahmen über den Export landwirtschaftlicher Güter erwirtschaftet werden.¹²

Symptomatisch für die malawische Landwirtschaft ist das Nebeneinander von Kleinbauern und den bereits angesprochenen Estates. Als *Estate* gilt, wer eine Lizenz zum Anbau wichtiger Verkaufs- bzw. Exportgüter hat.¹³ Es wurde bereits angesprochen, daß an zahlreiche führende Beamte und Politiker, die ein „positives“ Verhältnis zu Staats- und Regierungschef Banda haben, als „gewisser Dank für treue Dienste“ eine Lizenz für die Unterhaltung eines Estates vergeben wurde. Auch wurde bereits erwähnt, daß den Estates, sowohl in der Aufschwungphase der 60er Jahre, als auch später verstärkt staatliche Subventionen zugesprochen wurden.

Die Verteilung des landwirtschaftlichen Sektors gestaltet sich heute so, daß ca. ein Viertel der landwirtschaftlichen Anbaufläche zu den Estates gehören, davon wiederum aber nur etwa ein Drittel tatsächlich genutzt werden. 8500 Betriebe gehören inzwischen zu diesem Sektor. Nahezu der gesamte Anbau der exportintensiven Produkte wie Tee, Zucker und besonders Tabak wird von den Estates kontrolliert; die größte tabakanbauende Farm des Landes gehört im übrigen zu Bandas eigener *Press Holding*.

Neben den Estates existieren in Malawi rund 1,3 Mio. Kleinbauern, die für die Produktion derjenigen Güter zuständig sind, die von den Estates nicht oder nur unzureichend erzeugt werden. Verkauft werden müssen die Erzeugnisse (besonders Mais, Baumwolle und Erdnüsse) zu festgelegten Preisen - ein deutlicher Einschnitt in ein marktwirtschaftlich orientiertes Modell zugunsten der staatlichen Kontrollfunktion - an die staatliche *Agricultural Development Marketing Corporation* (ADMARC).

Durch die Zuschreibung großer Teile des Landes an die Estates, und einer stark wachsenden Bevölkerung in Malawi ergibt sich seit Ende der 60er Jahre eine zunehmende Landknappheit. Betrug die durchschnittliche Anbaufläche Ende der 60er Jahre noch 1,54 ha pro Haushalt, so dezimierte sich dieser Wert auf 1,16 im Jahr 1980/81; inzwischen dürfte dieser Durchschnittswert noch weitaus geringer sein, da die Bevölkerung seitdem erheblich angewachsen ist

¹² Vgl. Taube (1993), S. 373 f

¹³ Die Modalitäten für die Lizenzvergabe erscheinen zeitweilig recht undurchsichtig und es wurden wiederholt Vorwürfe der Korruption und der staatlichen Willkür erhoben.

(Bevölkerungswachstum Ø 1985-94: 4,5%)¹⁴, als auch erhebliche Gruppen mozambiquanischer Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen werden mußten.

Eine landesweite Untersuchung ergab, daß 1984/85 rund 55,3% aller Bauern weniger als 1 ha Land zur Bebauung zur Verfügung hatten.¹⁵

Ein Großteil der Kleinbauern produziert primär Mais für die eigene Subsistenz („85% der arbeitsfähigen Bevölkerung lebt subsistent“)¹⁶, wobei es rund einem Drittel aller Haushalte auch in durchschnittlichen Ertragsjahren nicht gelingt, eine ausreichende Nahrungsmenge aus der Eigenproduktion zu gewährleisten. Produktivitätsgewinne konnten in diesem Bereich, im Gegensatz zum *Estate*-Sektor nicht erreicht werden, da Düngemittel oder andere ertragssteigernde Additive für den Großteil der Kleinbauern schlichtweg zu teuer sind (verstärkt durch einen Subventionsabbau für Düngemittel in den 80er Jahren, um den Staatshaushalt zu entlasten). Offiziell ist die Problematik der malawischen Kleinbauern seitens der Regierung zwar erkannt und auch immer wieder betont worden, profitiert hat von den diversen Verbesserungsprogrammen in aller Regel aber nur der *Estate*-Sektor.

Auf verstärkten Druck hin von IWF und Weltbank war die Regierung zu Beginn der 90er Jahre dann bereit, Lizenzen für den Tabakanbau an Kleinbauern zu vergeben. Bis zum Ende des Jahres 1993 sollten 20.000 Lizenzen vergeben werden.¹⁷

IV.3.3: Industrie- und Dienstleistungssektor

Wie Tabelle IV, 1 zeigt, hat der Anteil der Industrie am BIP in den vergangenen 20 Jahren lediglich um bescheidene 3 Prozentpunkte zulegen können. Ca. 3% aller Personen im erwerbsfähigen Alter sind heute im industriellen Sektor beschäftigt.

Die phasenweisen Zuwachsraten der 60er und frühen 70er Jahre - hervorzuheben ist insbesondere der Bausektor - waren nicht imstande, die schwache industrielle Struktur in ihrer Gesamtheit zu stabilisieren und somit nur von kurzer Dauer. Die Gründe dafür liegen besonders in der geringen Kaufkraft der malawischen Bevölkerung, sowie den bereits angesprochen hohen Transportkosten, die eine internationale Wettbewerbsfähigkeit extrem erschweren.

Der mit Abstand bedeutendste Pfeiler der malawischen Industrie ist - eng an den landwirtschaftlichen Sektor angelehnt - die Nahrungs- und Genußmittelbranche in Form von Tabak- und Teefabriken, Konservenfabriken für Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch, Öl- und Getreidemühlen; darüber hinaus existieren einige Baumwollspinnereien und Fabriken zur Herstellung und Verarbeitung von Textilien und Bekleidungsstücken.

Die größten Konzerne Malawis sind die bereits erwähnte *Press Holding*, Privatbesitz von Hastings Banda, sowie die staatliche *Malawi Development Corporation (MDC)*. Daneben existieren der malawische Konzern der *Lever Brothers* und der britische *Lonrho*-Konzern.

¹⁴ Zum Bevölkerungswachstum siehe auch S. 11 ff

¹⁵ Vgl. Taube (1993), S. 374

¹⁶ BMZ (1996), S. 3

¹⁷ Vgl. Taube (1993), S. 375

Den Löwenanteil hat sich aber die Press Holding mit Führung der größten Supermarktkette des Landes, als auch durch beträchtliche Kapitalanteile an den beiden malawischen Banken gesichert. Besonders die Verquickung von landwirtschaftlichem mit Industrie- und Dienstleistungssektor stärken die Vormachtsstellung der Press Holding.

Kritik wurde an der Press Holding in der Vergangenheit u.a. besonders laut, weil die erwirtschafteten Gelder nicht zum Nutzen aller reinvestiert wurden, sondern diverse Prestigeobjekte wie z.B. eine Eliteschule finanziert wurden (bei einer durchschnittlichen Analphabetenquote von 59% im Jahr 1985 (1995: Ø 44%)).¹⁸

Die Industriepolitik Malawis konzentrierte sich von Beginn an auf den formellen Sektor, wohingegen der informelle Bereich wie Klein- und mittelgroßer Handel, handwerkliche Tätigkeiten u.ä. durch Kontrollen auf Wochenmärkten und Festlegung von Markt- und Handelsplätzen, sowie das erwähnte Lizenzvergabesystem teilweise bewußt behindert wurden.

„Die strukturellen Ursachen von Armut, zum Beispiel die Diskriminierung des informellen Sektors, wurden in den Programmen bisher oft zu wenig berücksichtigt. Höheres Wachstum gab es vor allem in der Industrie, bei Dienstleistungen und landwirtschaftlichen Exportprodukten, ohne daß sich in jedem Falle nennenswerte Ausstrahlungen auf andere Bereiche ergaben. Manche Arme, besonders auf dem Lande, wurden durch die wirtschaftspolitischen Anreize nicht erreicht, oder sie litten unter den Maßnahmen,... Als Folge dieser verschiedenen Defizite hat sich nach jüngsten Untersuchungen der Weltbank, trotz der weiterlaufenden Förderungen der Landwirtschaft, in den meisten Fällen der Einkommensunterschied zwischen Stadt und Land in den Jahren eher noch erhöht.“¹⁹

Dadurch wurden in der Vergangenheit sicherlich Beschäftigungs- und Einkommenspotentiale, gerade für die besonders armen Bevölkerungsgruppen, verhindert.

IV.4: Außenwirtschaftliche Beziehungen Malawis

Betrachtet man die Zusammensetzung der malawischen Wirtschaft, so erscheint es zwangsläufig, daß der weitaus größte Posten malawischer Exportprodukte landwirtschaftlicher Natur ist, wobei Tabak (ca. 70%), Tee und Zucker (jeweils ca. 7%) gemeinsam ca. 85% der Exporterlöse ausmachen.²⁰

Die wichtigsten Abnehmerländer malawischer Produkte sind Großbritannien (16%), Japan (14%), die U.S.A. (12%), die Republik Südafrika (7%), die Niederlande (7%) und Deutschland (6%)²¹. Die wesentlichsten Importländer sind Großbritannien und die Republik Südafrika, mit denen Malawi seit 1967 ein gesondertes Handelsabkommen hat. Der Handel mit den anderen Ländern des südlichen Afrikas ist trotz Mitgliedschaft in regionalen Wirtschaftsgemeinschaften wie SADC (*Southern African Development Community*) und PTA (*Preferential Trade Area*) nur sehr gering entwickelt.

Wie bereits erläutert, geriet die Zahlungsbilanz Malawis gegen Ende der 70er Jahre aus den angeführten Gründen zum ersten Mal drastisch aus dem Gleichgewicht. Die umfangreichen

¹⁸ Vgl. Fischer Weltalmanach 1997, S. 417

¹⁹ Henning Andresen (1996), in EZ Mai/Juni 96, S. 132,

²⁰ Angaben für das Jahr 1992; vgl. Fischer Weltalmanach 1997 ,S. 417

²¹ Exportanteile beziehen sich auf das Jahr 1990; vgl Ebd.

Finanzhilfen führten zwar zu vorübergehenden Erholungsphasen, das Ziel einer langfristigen Stabilisierung wurde allerdings verfehlt. Malawi war 1994 mit 2.015 Mio. US-\$ bei ausländischen Gläubigern verschuldet, die Schuldendienstquote stieg von knapp 8% (1970) auf nahezu 30% (zu Ende der 80er Jahre); d.h. daß rund ein Drittel der Ausfuhrerlöse allein für Zinszahlungen und Amortisationen aufgewendet werden müssen.²²

„Malawi ist somit mittelfristig auf erneute umfangreiche externe Finanzhilfen sowie Umschuldungs- und Entschuldungsvereinbarungen angewiesen, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden.“²³

Einer der Hauptgründe (neben der Verschlechterung der Transportbedingungen und der *Terms of Trade*) für das Scheitern der angestrebten Verbesserung von Leistungs- und Zahlungsbilanz dürfte wohl darin zu sehen sein, daß die Produktions- und Exportstruktur des Landes wesentlich zu ausgeprägt auf den landwirtschaftlichen Sektor fokussiert ist und somit nur eine begrenzte Steigerung des Exportvolumens zuläßt; gleichzeitig das Ausmaß der Importe nicht deutlich verringert werden kann, da die malawische Volkswirtschaft im beträchtlichen Umfang von der Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten abhängig ist.

²² Der Schuldendienstquotient bezieht den gesamten Schuldendienst (also Tilgung und Zinsen) auf die Exporterlöse des Berechnungsjahres. Er zeigt an, wieviel Devisen nach der Bedienung der Schulden (ohne Rückgriffe auf Devisenreserven oder auf neue Kredite) übrig bleiben. Nach Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik 4. Aufl., Bonn 1996

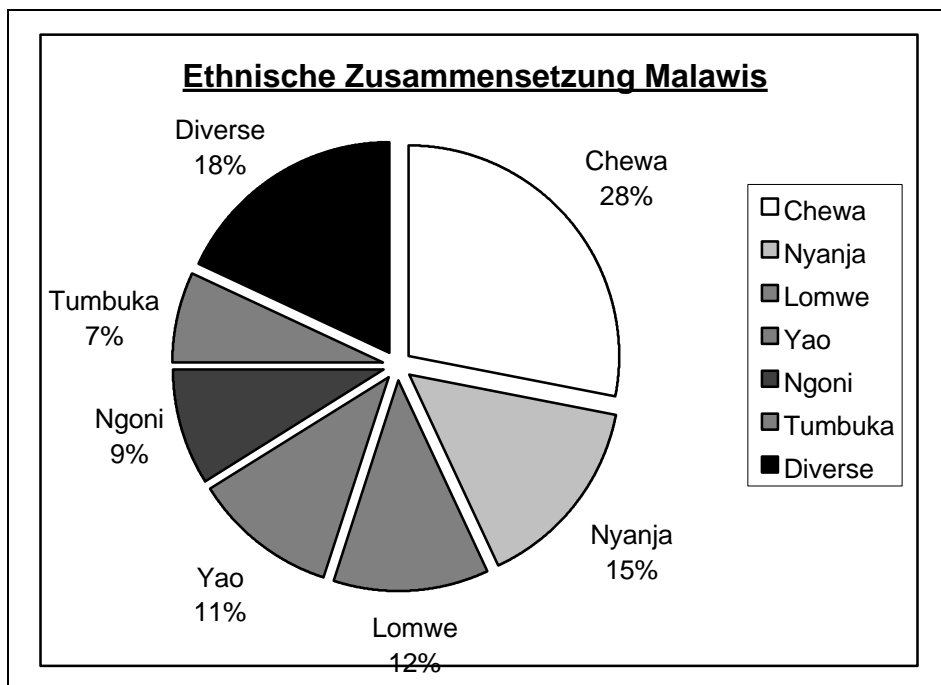
²³ Günther Taube, 1993

IV.5: Sozialstruktur und soziale Entwicklung

Wie bei (fast) allen ehemaligen Kolonien, deren Grenzen willkürlich mit dem Lineal auf dem Zeichenbrett festgelegt wurden, findet sich auch in Malawi kein homogenes, aus einer gemeinsamen Tradition gewachsenes Kultur- und Sprachgefüge.

„Lage, Ausdehnung und Grenzen Malawis lassen bereits viele Probleme deutlich werden und weisen das Land als eines der vielen Entwicklungsländer aus, deren Größe und Zuschnitt Zufallsprodukt kolonialer Penetration ist und in Abhängigkeit von der damaligen Situation und historischen Zufälligkeiten zustande kam.“²⁴

Vielmehr werden in Malawi 13 Kultur- und Sprachgruppen unterschieden. Die beiden größten und auch bedeutendsten Gruppen stellen mit 28% die Chewa und mit 15% die Nyanja; weitere größere Gruppen sind die Lomwe (12%), Yao (11%), Ngoni (9%) und die Tumbuka (7%).



Quelle: nach Angaben von G.Taube (1993), S. 378

Schaubild IV.3: Ethnische Zusammensetzung Malawis

Seit 1968 ist neben Englisch Chichewa die zweite Amtssprache. Nach dem Regierungswechsel im Mai 1994 wird die Sprache „Chitumbuka“, die eigentlich verbreitetste ‘Mundart’ des Landes, offiziell wieder zugelassen.

Bei der Zusammensetzung der Religionsgruppen stellen mit ca. 3/4 die Christen (58% Protestanten, 17% Katholiken) die überwiegende Mehrheit.²⁵, ca 15% der Bevölkerung sind beken-

²⁴ Cay Lienau, 1981

²⁵ Vgl. Fischer-Weltalmanach 1997 sowie Fischer-Weltalmanach laufende Jahrgänge. →

nende Moslems, die verbleibenden etwa 10% verteilen sich auf noch vorhandene Naturreligionen. Es darf hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß die den christlichen Missionsstationen angegliederten Krankenhäusern, anderen Gesundheitseinrichtungen und Schulen neben den staatlichen Einrichtungen eine wesentliche Bedeutung zukommt.

Der am 21.05.1994 vereidigte neue Präsident Malawis, Bakili Muluzi, kündigte als erste Amtsmaßnahme die Bekämpfung der Korruption an. Alle Vorstände der staatlichen Betriebe (somit auch der beschriebenen *Estates*), durchweg Gefolgsleute des Vorgängers Banda, wurden ihrer Ämter enthoben. Ob die geplanten und durchgeführten Maßnahmen zu einer tatsächlichen Strukturverbesserung führten, bleibt aber vorerst im Bereich der Unwissenheit, da bislang keine gesicherten Angaben und Daten vorliegen.

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1964 hatte sich eine Staatsoligarchie gebildet, die sich aus Beamten, Politikern und privaten Unternehmern mit der Gemeinsamkeit absoluter Loyalität gegenüber Staats- und Regierungschef Banda zusammensetzte. Der Lohn für diese Loyalität war, wie bereits angesprochen, der günstige Erwerb von *Estates* sowie andere diverse Vergünstigungen.

Jüngere Untersuchungen haben ergeben, daß etwa 60% der Bevölkerung als absolut arm gerechnet werden müssen²⁶. Der Anteil der Frauen an allen Armutsgruppen ist überdurchschnittlich hoch; durch die nach wie vor hohe Migration der Männer (Wanderarbeit) wird im Durchschnitt jeder dritte Haushalt von einer Frau geführt. Das Ausmaß der Armut drückt sich auch in den sozialen Indikatoren aus:

- - eine Säuglingssterblichkeit von 14%,
- - eine Kindersterblichkeit von 22,1%,
- - eine durchschnittliche Lebenserwartung von 46 Jahren
- - und eine Analphabetenquote von 44% sprechen eine deutliche Sprache.²⁷

Zusammenfassend kann man mit den Worten von Günther Taube resumieren,

„daß die malawische Gesellschaft sich seit ihrer Unabhängigkeit zunehmend in wenige Gewinner und viele Verlierer aufgespalten hat und in der Wirtschaftspolitik soziale Kriterien bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.“²⁸

Ungeklärt blieb bislang die deutliche Divergenz zu Angaben der religiösen Zusammensetzung: In den Jahrgängen 1996 und 1995 des Fischer Weltalmanach war der Anteil der Christen mit ca. 65% (35% Protestanten, 30% Katholiken) beziffert; bei den Jahrgängen '94, '93 und '92 wurden 42% Christenanteil (ohne weitere Angaben zur Zusammensetzung). In den davorliegenden Jahren war stets von >60% die Rede (bei etwa 1/3 Katholiken).

Im Handbuch der Dritten Welt nennt Günther Taube einen Anteilswert von 57% bei relativ paritätischer Zusammensetzung von Protestanten und Katholiken.

²⁶ Dieser Wert setzt sich zusammen aus der Zahl aller städtischen Haushalte mit niedrigem Einkommen, der Zahl aller Kleinbauern, die weniger als 1 ha. Land zur Verfügung haben, die Hälfte der Bauern mit weniger als 1,5 ha Land sowie 2/3 aller Haushalte im Estate-Sektor, die auf sehr niedrige als auch unregelmäßige Lohneinkommen angewiesen sind. (Die Weltbank beziffert die durchschnittliche absolute Armut von 1980-90 sogar auf 82%).

²⁷ Vgl. Fischer Weltalmanach 1997, S. 417 f; alle Angaben beziehen sich (mit Ausnahme der Analphabetenquote (1995)) auf das Jahr 1994.

²⁸ Günther Taube (1993), S.380

IV.6: Politische Struktur und politische Entwicklung

Malawi war vom Zeitpunkt der Unabhängigkeit im Juni 1964 bis zur Verfassungsänderung vom 16.05.1994 ein Einparteienstaat.

Es galt die Devise „*The party is supreme and none is above the party*“ und der Präsident der Partei ist Dr. Hastings Banda. Alle leitenden Positionen wurden von Banda persönlich besetzt. Er führte „sein“ Land seit der Unabhängigkeit zunehmend autokratisch und mit polizei-staatähnlichen Methoden.

Prinzipien des demokratischen Handelns und der Rechtsstaatlichkeit wurden zu Lippenbekenntnissen, wohingegen sich die Fälle von Menschenrechtsverletzungen häuften. 1971 ließ sich Banda als Präsident auf Lebenszeit wählen, von 1977 an kontrollierte Banda durch „Ausübung aller Vollzugsgewalt“²⁹ als jeweils zuständiger Minister gleichzeitig Exekutive, Legislative und Judikative und setzte damit den demokratischen Grundsatz der Gewaltenteilung außer Kraft.

Anfang 1992 steigert sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung (insbesondere nach der Verhaftung eines regimekritischen SADCC - Gewerkschaftsfunktionärs sowie einer Lohn- und Gehaltserhöhung für höhere Beamte von 80%), so daß es an mehreren Orten zu Streiks, Demonstrationen und Plünderungen kommt; hierbei werden zahlreiche Personen von Sicherheitskräften erschossen.

Im Mai 1992 wächst auch der Druck der internationalen Gebergemeinschaft, als auf dem *Consultative Group Meeting* in Paris beschlossen wird, einen Teil der Zahlungen vorläufig einzustellen, verbunden mit der Drohung, nach einer Frist von sechs Monaten die Zahlungen endgültig zu stoppen, sollten binnen dieser Frist keine deutlichen Reformen erkennbar sein.

Die malawische Regierung hat daraufhin ein Referendum (17.04.1993) angesetzt, in dem die Bevölkerung darüber abstimmen sollte, ob sie das Einparteiensystem beibehalten oder aber zu einer Mehrparteiendemokratie übergehen wolle; fast 2/3 der Wähler haben sich für letzere ausgesprochen.³⁰

Im November 1993 verzichtet der inzwischen erkrankte Banda auf seinen Status als Präsident auf Lebenszeit. Die Amtsgeschäfte werden vorübergehend von einem kommissarisch eingesetzten Präsidentsrat übernommen.

Am 16.05.1994 (einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen) beschließt das Parlament (ohne Gegenstimme) mit einer Interimsverfassung das Ende des Einparteiensystems, sowie die erhebliche Einschränkung der Befugnisse des Staatspräsidenten.

Die ersten freien Direktwahlen am 17.5 1994 enden mit einer Wahlbeteiligung von 78,5% zugunsten der United Democratic Front (47,3% der gültigen Stimmen)³¹ mit ihrem Kandidaten Bakili Muluzi³², der am 21.05. als neuer Staatspräsident vereidigt wird.

²⁹ Vgl. Baumann/Fochler-Hauke (1985), S. 64 f

³⁰ Vgl. BMZ (1996), S. 4

³¹ Ebd.

³² Bakili Muluzi, geb. 17.03.1943 im Süden Malawis; 1973 erstmals Abgeordneter der von Banda geführten MCP; 1976 Bildungsminister; 1976 bis 1982 MCP-Generalsekretär; 1992 Mitbegründer und Vorsitzender der United Democratic Front (UDF).

Die internationale Gebergemeinschaft hat daraufhin die Zahlung ihrer Hilfsleistungen wieder aufgenommen.

Daß die neue Regierung offenbar mit guten Vorsätzen zu sozialen und politischen Reformen und zum Abbau der gesellschaftlichen Disparitäten ihre Arbeit aufnimmt, zeigen die auf Seite 43 angeführten ersten (angekündigten) Aktivitäten.

Der ehemalige Staats- und Regierungschef Banda wurde am 05. Januar 1995 wegen des Mordes an vier Politikern im Mai 1983 unter Hausarrest gestellt. In dem, im April 1995 eröffneten Prozeß wurden Banda und seine Mitangeklagten aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Im Anschluß an den Prozeß erklärte Banda öffentlich, daß es „Härten“ während seiner Regierungszeit gab, für die er sich im Nachhinein entschuldige. Gleichzeitig rief er die Bevölkerung auf, die jetzige Regierung anzunehmen und zu unterstützen.³³

³³ Vgl. auch *Internationales Afrikaforum*, Ausgabe 1/96, Seite 50

Kapitel V: Die Untersuchungsländer - Teil 2: Namibia

V.1: Geographische Grundlagen Namibias

Namibia erstreckt sich über eine Fläche von 824.292 km², das entspricht etwa der zweieinhalbfachen Größe der Bundesrepublik Deutschland.

Im Inneren des Landes ist Namibia ein Hochland (1.400m - 1.800 m), das nach Osten hin zum Kalaharibecken abfällt; nach Westen bricht es durch eine steile Stufe (große Randstufe) zur Küstenzone ab.

Namibia grenzt im Norden an Angola und (durch den Caprivi-Zipfel) an Sambia, im Osten an Botswana, im Süden an die Republik Südafrika und im Westen an den Atlantischen Ozean.

In Nord-Süd-Richtung hat Namibia eine Ausdehnung von 1.280 km; die Ost-West-Ausdehnung beträgt durchschnittlich 560 km.

Im Inneren des gesamten Territoriums existieren keine ganzjährig wasserführenden Flüsse; lediglich die Flüsse an den Staatsgrenzen - Kunene, Okavango und Sambesi im Norden und der Oranje im Süden - führen ganzjährig Wasser.

Namibia kann von der Oberflächenbeschaffenheit grob in drei Zonen unterteilt werden:

1. Im Westen ein 80 - 130 km breiter, mit Ausnahme einiger Hafenstädte weitgehend unbesiedelter, Küstenstreifen mit der Namibwüste, der sich vom Kunene im Norden bis zum Oranje im Süden erstreckt.
2. Das Zentralplateau auf einer Hochebene von 1.000 bis 2.000m, welches etwa die Hälfte der Landesfläche einnimmt und auf dem auch die Hauptstadt Windhoek liegt.
3. Schließlich die östlichen Randgebiete mit geringer Vegetation, die bereits zur Kalahari-Wüste gehören.

Das Klima Namibias ist subtropisch kontinental mit starken Schwankungen im Tages- und Jahresverlauf. Der äußerste Norden ist tropisch, nach Süden und Südwesten nimmt die Trockenheit zu. Auf der Höhenlage des Zentralplateaus ist die Temperatur gemildert (Jahresmittel Windhoek: 19,2 °C). Hier fallen auch die meisten Niederschläge, von Süden nach Norden zunehmend, was in den südlicheren Regionen Rinderzucht und weiter im Norden den Anbau von Mais und Hirse erlaubt.

V.2: Politische Entstehung und Entwicklung eines eigenständigen Namibias.

Nach der Kapitulation deutscher Truppen am 09.Juli 1915 wurde das damalige Deutsch-Südwestafrika nach 31 Jahren formeller deutscher Kolonialherrschaft zunächst Protektorat der Union von Südafrika.

Im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, der auch die Neuverteilung des ehemals deutschen Kolonialbesitzes regelte, wurde Südwestafrika zum Mandatsgebiet des Völkerbundes unter südafrikanischer Verwaltung erklärt.

„Die C-Mandate sollten - gemäß Artikel 22 der Übereinkunft des Völkerbundes ... als integraler Bestandteil des Territoriums der Mandatsmacht unter Voraussetzung der Berücksichtigung der Interessen der einheimischen Bevölkerung, d.h. zu deren Wohle, verwaltet werden.“¹

Auch wenn Südafrika in der Folgezeit durch seine Einwanderungspolitik den Anteil der Deutschen unter den Weißen erheblich verringerte (1913: 83%, 1936: 31,5%, heute ca. 20%)², änderte sich an der sozialen, wie auch an der ökonomischen Struktur zunächst recht wenig. Die Farmen der deutschen Siedler blieben zu großen Teilen in deren Besitz³ und mit der Gründung der *Consolidated Diamond Mines of South West Africa* übernahm ein südafrikanischer Minenkonzern die Wahrung der deutschen Interessen im Diamantengeschäft.

Letztendlich wurde das deutsche System der kolonialen Herrschaft und der Ausbeutung unter der Flagge der Apartheid weitergeführt.

Eine spürbare Änderung der Wirtschaftsstruktur erfuhr Namibia dann durch den Ausbau kapitalistischer Strukturen in Südafrika und der zunehmenden Bedeutung südafrikanischer Rohstoffe für den Weltmarkt. Der kriegsbedingte Rohstoffmangel in den 40er Jahren ließ auch das internationale Interesse an der Ausbeutung namibischer Ressourcen anwachsen.

1946 lehnt die Republik Südafrika die Anerkennung der Vereinten Nationen als Nachfolgeeinrichtung des Völkerbundes und damit den Übergang Namibias in eine UN-Treuhandenschaft ab und verwaltet das Gebiet Namibias wie eine eigene Provinz weiter.

Das Zusammenspiel absatz- und maximierungsorientierter Ausbeutungspolitik auf ökonomischer Ebene und den „rassistischen Apartheid-Strukturen“ (Melber 1993) auf sozialstruktureller Ebene lieferte den Nährboden für die Formierung anticolonialen Widerstandes und wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der namibischen Bevölkerung.

Die im Jahr 1959 gegründete *South West African People's Organisation* (SWAPO) bildet alsbald den konzeptionellen und organisatorischen Rahmen für die nationale Befreiungsbewegung.

Am 27.10.1966 entzieht die UN-Vollversammlung der Republik Südafrika endgültig das Mandat über das Territorium Südwestafrika - ab 1968 unter der Bezeichnung Namibia - und stellt das Gebiet 'theoretisch' unter UN-Verwaltung.

Nachdem Südafrika sich davon allerdings recht unbeeindruckt zeigt und das Gebiet nicht verläßt, erklärt der internationale Gerichtshof in Den Haag 1971 die fortwährende Anwesenheit Südafrikas für ungesetzlich. Die SWAPO beginnt 1966 mit dem bewaffneten Kampf gegen die südafrikanische Besatzungsmacht.

Mitte der 70er Jahre wird die SWAPO von den Vereinten Nationen als alleinige Vertreterin der namibischen Bevölkerung anerkannt und ein Forum eingerichtet, in dem die sogenannte Westliche Kontaktgruppe (bestehend aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien

¹ Melber (1993), S.404

² Vgl BMZ (1996), Länderbericht Namibia

³ Das „Londoner Abkommen“ von 1923 garantiert das Heimatrecht der deutschen Siedler.

nien, Kanada und den USA) mit Vertretern aus Südafrika über die Unabhängigkeit Namibias beratschlagen.

Im September 1978 verabschieden die Vereinten Nationen mit der Resolution 435 eine definitive Vorgabe für die ersten freien Wahlen und die daraus resultierende Unabhängigkeit Namibias.

Erneute Differenzen zwischen Südafrika und der UNO über die Frage der Aufsicht über den Wahlvorgang veranlassen Südafrika Ende 1978 in Eigenregie erste Wahlen in Namibia durchzuführen. Diese Wahl wird von der SWAPO boykottiert und international nicht anerkannt, da ihr die nötige demokratische Legitimation abgesprochen wird. Als Ergebnis dieser Wahlen läßt Südafrika eine Interims-Regierung einsetzen. Diese tritt allerdings bereits 1983 wieder zurück, und der südafrikanische Generaladministratator übernimmt wieder sämtliche Regierungsfunktionen. Das internationale Interesse an einer Unabhängigkeit Namibias ist zu diesem Zeitpunkt bereits wieder weitgehend eingeschlafen.

Erst Ende der 80er Jahre, sicherlich auch im Zusammenhang mit der internationalen Großwetterlage und dem damit verbundenen Bröckeln des Ost-West-Gegensatzes, findet die unzufriedenstellende Situation Namibias wieder größere Aufmerksamkeit. Die Durchsetzung der UN-Resolution 435 sollte nunmehr aber von der UNTAG (United Nations Transition Group) überwacht werden

Im November 1989 wurden dann schließlich die Wahlen abgehalten, die von den internationalen Wahlbeobachtern durchweg als „fair und frei“ bezeichnet wurden. Als Sieger ging mit einer absoluten Mehrheit der Wählerstimmen die SWAPO unter ihrem Gründungsvater und Führer Sam Nujoma hervor⁴.

Am 24.11.1989 mußten die letzten südafrikanischen Truppen das Land verlassen.

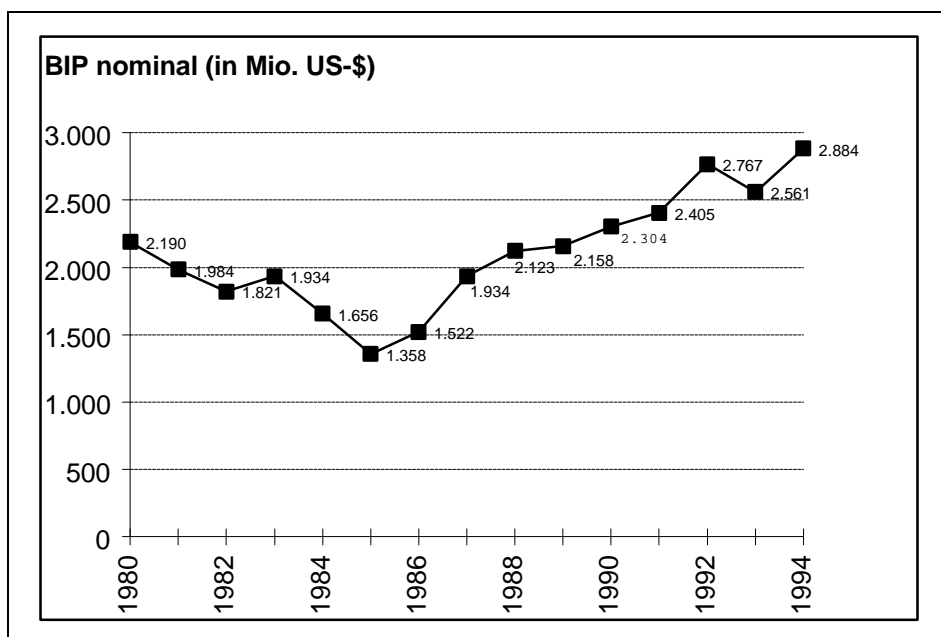
Am 21.03.1990 erhielt Namibia, als letzte ehemalige Kolonie, offiziell die nationale Souveränität. Sam Nujoma wird zum ersten Regierungspräsidenten gewählt.

⁴ Sam Nujoma, geb. 12.05.1929 in Ovamboland; bis 1957 bei der Eisenbahn, danach in einem Großhandelsgeschäft in Windhoek tätig; aktiver Gegner der Apartheidpolitik Südafrikas; gründete 1959 die South West African People's Organization (SWAPO) ab 1960 Exil in Dar es-Salam/Tansania und in Lusaka/Sambia; bewaffnete Aktionen im Norden Namibias; enge Kontakte zum Ostblock; bereits 1973 von der UNO als legitimer Sprecher der namibischen Bevölkerung anerkannt; Rückkehr nach Namibia im Nov. 1989; 1990 zum Staatspräsidenten gewählt; Wiederwahl im Dez. 1994

V.3: Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung

Bei einer Betrachtung des ökonomischen (Sub-) Systems Namibias spielt die mehr als 70 jährige Quasi-Zugehörigkeit zur Republik Südafrika (die wiederum durch ihre Apartheid-Politik von den schwarzafrikanischen Nachbarländern im wesentlichen isoliert war) und der daraus zwangsläufig entstandenen einseitigen Wirtschafts- und Handelsstruktur eine dominierende Rolle. Auch wenn 1990 formell die politische Unabhängigkeit Namibias erreicht wurde, so blieb die grundlegende wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika bestehen.⁵

Der 1993/1994 vollzogene Systemwechsel in Südafrika⁶ zugunsten einer Abschaffung der Apartheid - sprich der strikten Rassentrennung - und der Einführung eines multirassischen, nach demokratischen Leitlinien operierenden Parlaments, hat somit auch für Namibia eine elementare Bedeutung.

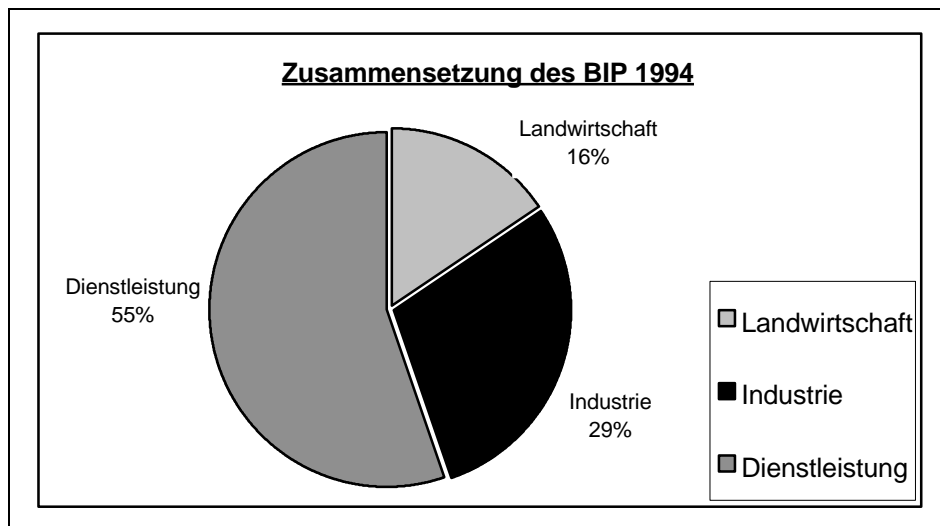


Quelle: gerundete Daten nach WORLD DATA 1995

Schaubild V, 1: Entwicklung des BIP

⁵ Namibia bezieht rund 90% der Importe, darunter auch den größten Teil der Nahrungsmittel, aus Südafrika; vgl. BMZ (1996), Länderbericht Namibia, S. 10 f

⁶ Die endgültige Verabschiedung der neuen Verfassung erfolgte am 08.05.1996, vgl. FISCHER WELT-ALMANACH 1997 S. 611-615



Quelle: gerundete Daten nach WORLD DATA 1995

Schaubild V, 2: Zusammensetzung des BIP

Bei der Darstellung solch quantitativen Zahlenmaterials wie beispielsweise Entstehung und Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts (Schaubilder V, 1 und V, 2) in Namibia muß allerdings dringend darauf hingewiesen werden, daß sie ein recht verzerrtes Bild liefern.⁷

Zum einen ist in Namibia von einer Arbeitslosenquote von schätzungsweise 50% auszugehen, hinzu kommt, daß nur etwa 15 - 20% der Gesamtbevölkerung überhaupt in der formellen Beschäftigungsstruktur erfasst sind⁸. Dem informellen Sektor der Wirtschaft kommt somit eine zentrale, aber statistisch schwer zu erfassende Bedeutung bei.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 2.884 Mio. US-\$ (2.030 US-\$ / Kopf) im Jahr 1994 gehört Namibia zwar zu den vergleichsweise reicheren Ländern im südlichen Afrika; jedoch sind die Diskrepanzen innerhalb der namibischen Bevölkerung, insbesondere der Einkommensunterschied zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerungsgruppe extrem hoch.

„Schließlich teilen sich etwa 5% der Bevölkerung ca. 70% des BSP, wohingegen sich die ärmsten 55% der Bevölkerung mit 3% des BSP bescheiden müssen.“⁹

Seit seiner Unabhängigkeit strebt Namibia eine wirtschaftspolitische Orientierung an eine freie Marktwirtschaft an. Besonders große Hoffnung wurde dabei in Investitionstätigkeiten internationaler Anleger gesteckt; diese sind bislang allerdings weitgehend ausgeblieben.

Der Hauptträger der ökonomischen Wertschöpfung Namibias ist mit Abstand der Bergbau; hier wird durchschnittlich rund die Hälfte der Exporterlöse erwirtschaftet. Die Bergbauindustrie Namibias gehört zu den fünf größten Afrikas. Von führender Bedeutung sind vor allem Diamanten, Uran und Gold, aber auch Zink, Blei sowie diverse Buntmetalle. Durch die geringen Verarbeitungskapazitäten der Industrie müssen die Produkte zu einem Großteil als Rohmaterial exportiert werden, was die Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen steigert.

⁷ Zur Varianz und Qualität von Datenmaterial siehe auch Seite 11

⁸ Vgl. Melber (1993), S.408

⁹ Melber (1993), S.411

Der Bergbausektor ist als 'postkoloniales Erbstück' organisatorisch und betriebswirtschaftlich weitgehend in der Hand transnationaler Unternehmen und wird entsprechend mit ausländischem Kapital gesteuert.

Spielt der landwirtschaftliche Sektor Namibias mit einem Anteil am BIP von durchschnittlich 13-16% (siehe auch Schaubild V, 2) nominell zwar nur eine untergeordnete Rolle, so ist die tatsächliche Bedeutung aber weitaus größer, berücksichtigt man, daß etwa 3/4 der Bevölkerung - die meisten subsistenzwirtschaftlich - von ihm abhängig sind.

Der Agrarsektor spiegelt durch einen ausgeprägten Dualismus zwischen moderner marktorientierter Produktion und traditioneller Subsistenzwirtschaft die bereits angesprochenen gesellschaftlichen Disparitäten recht maßstabgetreu wieder.

Während die wenigen kommerziell wirtschaftenden, meist von Weißen geleiteten Großfarmen etwa 3/4 der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche in Anspruch nehmen, teilt sich die übrigbleibende große Zahl der Kleinbauern das restliche Viertel.¹⁰

Ein weiterer Hoffnungsträger der namibischen Wirtschaft ist der Ausbau und die effizientere Nutzung (z.B. durch staatlich eingeführte Bestandsregulierungen zur Vermeidung von Überfischung) der Fischereiwirtschaft, insbesondere nach Rückgabe der Walvis Bay durch Südafrika am 01.03. 1994 und einer von Namibia eingerichteten 200-Meilen-Schutzzone.¹¹ Bereits 1993 betrug der Anteil von Fisch und Fischprodukten am Gesamtexportvolumen rund 23%.¹²

Der Tiefseehafen Walvis Bay gilt als der bedeutendste Hafen ganz Afrikas und rangiert auf der Liste der umschlagstärksten Häfen der Erde unter den ersten Zehn.

Von dort aus wurde ein komplett neues Transportsystem aufgebaut, das über den Norden Namibias bis zum Kupfergürtel in Sambia führt. 1993 wurden monatlich 800 bis 1.500 t Kupfer verschifft.¹³

Ein neuerdings hinzukommender potentiell ausbaufähiger Bereich tut sich im Tourismussektor auf, der sich seit der Unabhängigkeit recht dynamisch entwickelt hat. 1993 beherbergte Namibia 288.000 Auslandsgäste und konnte dadurch 371 Mio. US-\$ einnehmen.¹⁴

Die Wirtschaftslage Namibias entwickelte sich seit der Unabhängigkeit zwar relativ schleppend, stellt sich im großen und ganzen aber recht stabil dar.

Die Landeswährung Namibias, der Namibian Dollar wurde Ende 1993 im Verhältnis 1:1 zum bislang geltenden südafrikanischen Rand eingeführt; der Rand behält zunächst als Parallelwährung seine Gültigkeit als offizielles Zahlungsmittel.

Trotz eines dürrebedingten Einbruchs im Wirtschaftsjahr 1992/93 konnte ein durchschnittliches Wachstum von 2,5% verzeichnet werden, für 1994 sogar ein reales Wachstum von 5,8%.¹⁵

¹⁰ Vgl. Handbuch für Internationale Zusammenarbeit 1992, 02/01 S. 5-11

¹¹ Vgl. BMZ (1996), Länderbericht Namibia

¹² Vgl. Fischer Weltalmanach 1997, S.451

¹³ Vgl. Melber (1993), S. 410 f

¹⁴ Ebd.

Die Außenverschuldung Namibias ist sehr gering (verstärkt durch den 1994 erfolgten Schuldenerlaß in Höhe von 280 Mio DM durch Südafrika).

Negativ bemerkbar macht sich hingegen das hohe Ausmaß der Bürokratisierung mit rund 70.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst (1991/1992) bei gleichzeitig eingeschränkten Kapazitäten steuerlicher Einnahmen¹⁵.

Auch der von der Regierung angestrebte Abbau der gesellschaftlichen Disparitäten durch sozialstaatliche Maßnahmen belastet den Staatshaushalt zusätzlich.

Namibia zeigt sich sichtlich bemüht, durch eine offene, investitionsfreundliche Wirtschaftspolitik mit einer relativ stabilen Haushaltslage die Attraktivität des Standorts Namibia für ausländische Investoren zu steigern, nachdem die erhofften Kapitalflüsse ausländischer Anleger nach Erreichung der Unabhängigkeit weitgehend ausbleiben.

V.4: Soziale Struktur und soziale Entwicklung

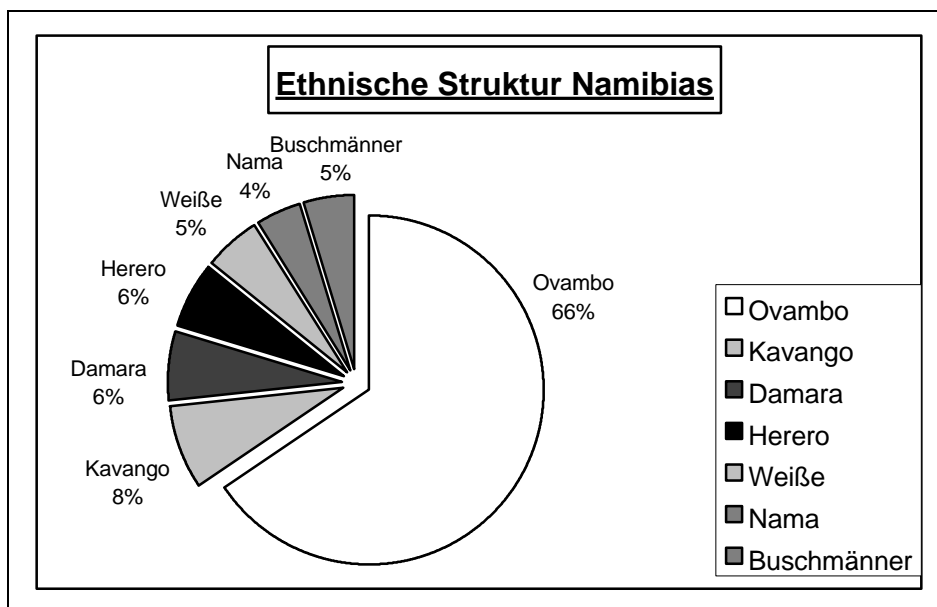
Wie bereits angesprochen, ist die Struktur der namibischen Gesellschaft noch deutlich von der kolonialen Vergangenheit bzw. von der späteren durch einen offenen Rassismus gekennzeichneten Apartheid-Politik Südafrikas geprägt.

Neben dem bestehendem Dualismus zwischen weißer und schwarzer Bevölkerung, teilt sich die ethnische Struktur Namibias in 11 Hauptbevölkerungsgruppen (vorwiegend Bantu-Stämme) mit jeweils eigenen Sprachen.

Den mit Abstand größten Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen mit ca 950.000 Einwohner die Ovambo (ca. 62%), gefolgt von den Kavango (ca 115.000 EW), den Damara (ca. 90.000 EW), den Herero (ca. 90.000 EW), den Nama (ca. 58.000 EW), Buschmännern (ca. 70.000 EW) sowie ca. 78.000 Weiße.

¹⁵ nach Angabe des BMZ (1996), Länderbericht Namibia, S. 10; siehe aber Kapitel „Die Untersuchungsländer im Vergleich“, S. 12

¹⁶ Vgl. Melber (1993), S. 409 f



Quelle: nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1996)

Schaubild V, 3: Ethnische Zusammensetzung Namibias

Innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit lassen sich aber auch deutliche ethnisch-regionale Unterschiede mit sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Ungleichverhältnissen feststellen. Unterschiedliche Arrangements mit den früheren Strukturen und damit auch ein unterschiedlich ausgeprägtes Engagement für ein unabhängiges Namibia während des fast drei Jahrzehnte dauernden Buschkrieges gegen Südafrika nähren auch heute noch ein stilles Spannungsverhältnis zwischen den Gruppierungen.

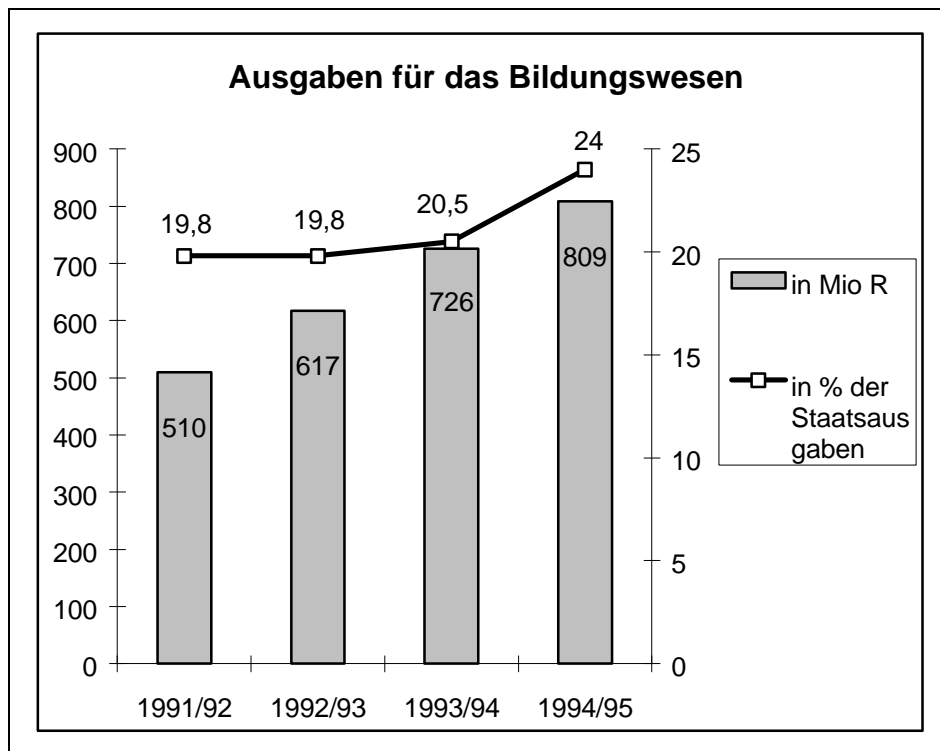
Der jetzigen SWAPO-Regierung (die Basis der SWAPO bilden die Ovambo) ist es aber gelungen, durch eine sensible Behandlungsweise z.B. durch eine überproportionale Einbeziehung in die Regierungsgeschäfte dieses Konfliktpotential erheblich zu reduzieren.

Eine noch sehr hohe Analphabetenquote von etwa 60-65%, damit einhergehend eine allgemein niedrige Schulbildung und auch niedriges Maß beruflicher Qualifikation sprechen für ein sehr gering ausgeprägtes Humankapital.¹⁷

Dieser formal relativ gering ausgeprägte Bildungsstand in weiten Teilen der Bevölkerung steht natürlich in engem Zusammenhang zu den ehemaligen Wirtschaftsstrukturen, in denen ein primärer Bedarf an billigen, unqualifizierten Arbeitskräften, sowohl in der Bergbauindustrie, als auch in der kommerziellen Landwirtschaft bestand; im Dienstleistungssektor wurden vor allem ('ungelernte') Hilfskräfte im Verwaltungsbereich und Dienst- und Haushaltspersonal für bessersituierte - meist weiße - Familien benötigt.

So lassen sich auch in den amtlichen Statistiken keine verwertbaren Daten- und Zahlenmaterialien über Bildungsstruktur und -ausgaben bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit finden.

¹⁷ Vgl. Melber (1993), S. 411 sowie FISCHER WELTALMANACH 1997, S. 450 f



Quelle: Angaben nach Odén (1994), S.59 f

Schaubild V, 4: Ausgaben für das Bildungswesen

Die Regierung Nujoma hat inzwischen erkannt, daß der niedrige Bildungsstand und die geringe Alphabetisierungsrate zur Barriere für einen ökonomischen und sozialen Aufschwung wird, aber auch dem Abbau der Schwarz-Weiß-Polarisierung im Wege steht. Ohne das erforderliche Humankapital bleiben Aufstiegschancen in höhere und administrative Positionen verschlossen, und die gesellschaftliche Arbeitsteilung verläuft weiterhin entlang der Rassenzugehörigkeit; die disparitären Strukturen bleiben weitgehend bestehen.

Schaubild V, 4 zeigt, daß die Regierung dieses Dilemma durch stetig zunehmende Budgetzuweisungen an den Bildungs- und Ausbildungssektor anzugehen versucht.

Extreme Unterschiede innerhalb der Gesellschaft finden sich dann letztendlich auch in der Einkommensverteilung. Rein nominal betrachtet gehört Namibia mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von über 2.000 \$ / Jahr deutlich

zu den wohlhabenderen Ländern Afrikas; somit ist Namibia auch nicht berechtigt, Kredite zu 'ermäßigten' IDA-Bedingungen¹⁸ zu erhalten.

Namibia zählt nach dem formellen Kategorisierungsschema zu den LDC-Ländern (Less Developed Countries). Betrachtet man die sozioökonomische Struktur des Landes aber etwas differenzierter, so wird unübersehbar, daß für die weitaus größten Teile der Bevölkerung die LLDC-Indikatoren (Least Developed Countries), also beispielsweise ein Pro-Kopf-Einkommen

¹⁸ IDA = International Development Association. Die IDA ist eine Tochtergesellschaft der Weltbank und vergibt nur Darlehen zu vergünstigten Konditionen an ärmere Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen bis zu 940 US-\$. 90% aller IDA-Mittel gehen an Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 480 US-\$.

< 675 US-\$¹⁹ zutreffen. Nach Berechnungen der Weltbank leben rund 2/3 der Gesamtbevölkerung Namibias (3/4 der schwarzen Bevölkerung) in absoluter Armut.²⁰

Die EU hat 1992 auf diesen Zustand reagiert und Namibia vorübergehend als Quasi-LLDC-Land eingestuft und gewährt die entsprechenden Konditionen²¹.

Geringere Ungleichheiten in der namibischen Gesellschaft gibt es in Hinblick auf die Religionszugehörigkeiten. Etwa 87% der Bevölkerung sind Christen (80% Protestanten - 20% Katholiken), die verbleibenden rund 13% verteilen sich auf Anhänger diverser Naturreligionen.²²

V.5: Politische Struktur und politische Entwicklung

Der von der SWAPO seit der Unabhängigkeit gestellten Regierung unter Sam Nujoma kann nach demokratischen Kriterien die nötige Legitimation voll zuerkannt werden.

Schien es zu Beginn der Republik aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung (besonders die mächtige Überzahl der Ovambo im Norden) und dem latenten Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Gruppen eventuell noch zweifelhaft, ob die mehrheitlich aus Ovambo bestehende SWAPO eine ausreichende Repräsentativität für die Gesamtbevölkerung Namibias hat, so gelang es ihr mittels einer sensiblen Versöhnungspolitik „*national reconciliation*“, das Wahlergebnis von 57% durch die Verfassungsgebende Versammlung im November 1989 auf über 75% bei der ersten Direktwahl im Dezember 1994 zu steigern.

Die angesprochene Versöhnungspolitik mittels überproportionaler Beteiligung anderer ethnischer Gruppen an den Regierungsgeschäften und in relevanten Positionen hatte zusätzlich den

¹⁹ Stand November 1996, nach telefonischer Auskunft durch das BMZ

²⁰ Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (1996), *Länderbericht Namibia*, S. 11

²¹ Ebd., S. 16

²² Ebd., S. 4

Nebeneffekt, der einzigen größeren Oppositionspartei, der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA), 'das Wasser abzugraben'.²³

Neben der DTA existieren lediglich einige regional- und ethnospezifisch organisierte Gruppierungen.

Für die Entwicklung einer parlamentarischen Demokratiestruktur mit entsprechender Streitkultur und Partizipationsmöglichkeiten wäre eine ausgeprägtere Oppositionsarbeit jedoch wünschenswert.

Insgesamt stellen sich die politischen Rahmenbedingungen der noch jungen Republik Namibia recht stabil und mit geringen Risiken behaftet dar.

²³ Die Demokratische Turnhallen-Allianz wurde bereits in den 70er Jahren gegründet und zeitweise von der Republik Südafrika als Werkzeug gegen die ungeliebte SWAPO finanziell unterstützt. Bei den von Südafrika initiierten Wahlen im Jahr 1978 ging die DTA als Sieger hervor und übernahm formell als von Südafrika eingesetzte Interims-Regierung vorübergehend die Amtsgeschäfte. Das gute Verhältnis zum damaligen Apartheid-Staat wird der DTA heute des öfteren zum Vorwurf gemacht.

Kapitel VI: Die Untersuchungsländer - Teil 3: Sambia

VI.1: Geographische Grundlagen Sambias

Sambia liegt auf einer Hochebene mit einer durchschnittlichen Höhe von 1.000 bis 1.500 m; in den nördlichen Provinzen kommen Erhebungen bis zu 2.300 m vor. Sambia erstreckt sich mit einer Gesamtfläche von 752.614 km² über ein Territorium, das der Gesamtgröße der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs, der Schweiz, Italiens und Belgiens entspricht.

Sambia grenzt im Norden an Zaire, im Nordosten an Tansania, im Osten an Malawi, im Südosten an Mozambique, im Süden an Simbabwe, Botswana und Namibia, sowie im Westen an Angola.

Natürliche Gewässer Sambias sind der Bangweolu-, der Mweru- und der Tanganjikasee; darüber hinaus der künstlich angelegte Karibasee im Süden an der Grenze zu Simbabwe. Als Binnenland ist Sambia (besonders im Hinblick auf den Handel) auf Verkehrswege durch seine Nachbarländer angewiesen.

Dichte Wälder an den Flußläufen wechseln mit leichten Savannen- und Buschländern auf den Hochebenen. Die ursprüngliche Vegetation des Hochlandes ist der laubabwerfende Trockenwald (Miomba). In den niederen Regionen trifft man auf von Dornsträuchern durchsetzte Trockenwälder (Mopane); reines Grasland findet sich nur an den Flußläufen, besonders am Oberlauf des Sambesi.

Klimatisch ist Sambia dem Tropengürtel zuzuordnen; in den Höhenlagen ist das Klima gemäßigt. Die durchschnittlichen Niederschläge schwanken von 600 mm im Süden bis 1.500 mm im Norden und im Nordosten. Auch wenn der Norden von den Niederschlägen etwas begünstigt ist, findet sich in allen Landesteilen ein Potential für eine Agrikulturation.

Von Mai bis August herrscht Trockenzeit mit relativer Kühle; die darauffolgende Zeit von September bis November ist dagegen heiß und trocken. Die restlichen Monate sind überwiegend heiß und feucht (die Gebiete in den Flußniederungen und an den Seen sind das ganze Jahr über feucht und heiß).

Die durchschnittlichen Temperaturen liegen auf dem Hochplateau zwischen 20 und 22° C, die mittleren täglichen Höchsttemperaturen liegen zwischen 26 und 30° C.

VI.2: Politische Entstehung und Entwicklung eines eigenständigen Sambias

Die territorialen Grenzen des heutigen Sambias sind, wie die aller vom Kolonialismus beeinträchtigten Länder, nicht das Produkt einer aus Traditionen gewachsenen Struktur mit der ihr typischen Kultur, sondern vielmehr das auf dem Papier entstandene ignorante (Verteilungs-) Ergebnis der Kolonialmächte.

„Sambia ist ... das Ergebnis einer kolonialen Balkanisierungspolitik im afrikanischen Raum, die heute die besonders schädlichen Nachwirkungen des Separatismus und des Chauvinismus zeigt. Eine Analyse

der Stammesgesellschaften in Sambia zeigt deutlich, wie willkürlich die Stämme durch diese Balkanisierungsstrategie geteilt wurden.“¹

Entstanden waren die Grenzen erst Ende des 19. Jahrhunderts.

Nachdem der britische Kolonialpolitiker und Diamatminenbesitzer, *Cecil Rhodes* (1853-1902) mit seiner *British South Africa Company* (BSAC) 1889 einen Schutzvertrag mit dem Lozi - Häuptling *Lewanika* im Westen Sambias (der Name entstammt dem Fluß Sambesi im Norden des Landes) abgeschlossen hatte, erteilte die britische Königin *Victoria* der BSAC eine Konzession über ein Gebiet, das dann Nordrhodesien (bis 1911 Nordwestrhodesien) genannt wurde, das heutige Sambia.²

Im Jahre 1924 wurden die Hoheitsrechte über das ‘gecharterte’ Gebiet von der BSAC an die britische Krone übergeben. Es kam zur Einsetzung eines Gouverneurs und Nord-Rhodesien wurde britische Kronkolonie.

Nach intensiven Bestrebungen weißer Siedler (besonders aus Süd-Rhodesien, - dem heutigen Simbabwe), wurden Nord-Rhodesien, Süd-Rhodesien und Nyasaland (das heutige Malawi) 1953 zur *Zentralafrikanischen Föderation* (ZAF) zusammengeschlossen.

Die weißen Siedler aus Süd-Rhodesien hatten in dieser Föderation erwartungsgemäß eine Vormachtsstellung die dahingehend genutzt wurde, weite Teile der Exporterlöse Nord-Rhodesiens (überwiegend durch Kupfer) für die Sanierung und den Ausbau des eigenen Gebietes zu nutzen.

„Entscheidungen, welche sich grundsätzlich auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Europäern und Bantu beziehen würde - die Ausdehnung des Wahlrechtes auf Farbige, ihr Aufrücken in Ministerposten u.ä.- behielt sich die Britische Regierung vor.“³

So ist es nicht verwunderlich, daß die Schaffung des ZAF dem afrikanischen Widerstand gegen die Kolonialherrschaft zusätzlichen Auftrieb verschaffte.

„... so war der Förderationsplan bei den inzwischen aus der Masse der Bantu hervorgegangenen Führern, welche in ihm Hegemoniebestrebungen des mit Weißen verhältnismäßig dicht besiedelten Südrhodesien, aber kaum sichtbare Anknüpfungspunkte für das eigene Selbständigkeits-Streben erblickten, von Anfang an auf Ablehnung gestoßen.

Eine Bewegung mit dem Ziele, für die Niederreißung aller Rassenschranken zu kämpfen, war nördlich von Sambesi bereits 1948 in Erscheinung getreten und hatte zur steigenden Beteiligung an dem von Harry Nkumbula geleiteten, sich von 1951 an schlagartig ausbreitenden und die Selbstverwaltung und Unabhängigkeit fordernden *African National Congress* (ANC) geführt.“⁴

1958 spaltete sich der ANC, nachdem sich der militante Flügel gelöst und die *United National Independence Party* (UNIP)⁵ gegründet hatte. 1960 wurde Kenneth Kaunda⁶ Vorsitzender der UNIP.

¹ Karl Wohlmuth (1973)

² Die Festlegung der Grenzlinie zum westlichen Angola verfügte im Jahr 1905 der damalige italienische König Victor Emanuele III als Schiedsrichter, nachdem Portugal und Großbritannien sich nicht einigen konnten.

³ Werner Schmidt, 1965

⁴ Ebd.

⁵ zunächst bis 1960 *Zambia African National Congress* (ZANC)

Unter seinem Vorsitz wurden die Unabhängigkeitsbestrebungen massiv vorangetrieben, was dann 1962 zu ersten freien Wahlen, bei denen sich Weiße und Schwarze gleichberechtigt gegenüberstanden, führte. UNIP und ANC gingen als deutliche Sieger aus diesen Wahlen hervor. Das Ende der Föderation war damit besiegelt, sie wurde 1963 aufgelöst. Einem Antrag auf vollständige Unabhängigkeit Sambias an die Britische Krone wurde 1964 stattgegeben.

Nach einem erneuten Wahlsieg der UNIP im Januar 1964 wurde Kenneth Kaunda am 24. Oktober, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung, der erste Staatspräsident eines eigenständigen Sambias.

VI.3: Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung

Vorwegnehmend sei gesagt, daß Sambia seit seiner Unabhängigkeit 1964 von einem der wohlhabendsten zu einem der ärmeren Länder Afrikas generierte.

„Selbst im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf dem Kontinent ist sein (Sambias' (Anmerkung des Verfassers)) Niedergang dramatisch, vor allem deshalb, weil der Ausgangspunkt und die ersten Jahre seiner nachkolonialen Entwicklung zu so hohen Erwartungen Anlaß gaben.“⁷

Wesentlich für diese Entwicklung ist die Abhängigkeit Sambias (besonders) vom Kupfer. Von elementarer Bedeutung ist hierbei nicht nur der Verfall des Kupferpreises auf dem Weltmarkt, sondern auch das starre Festhalten an Entwicklungsvorstellungen seitens der verantwortlichen Politiker, das dazu führte, daß Sambia auch noch Jahre nach dem Kupferboom weit über seine Verhältnisse gelebt hat.⁸

⁶ Kenneth D. Kaunda; geb. 28. April 1924 in Lubwa (Nordprovinz); Dr.; zunächst Lehrer bzw. Schuldirektor (bis 1949); 1950 Mitbegründer des ANC; 1954 erstmals inhaftiert; gründete 1958 den *Zambia African National Congress* (ZANC); von Mai 1959 bis Januar 1960 erneut inhaftiert; seit 1960 Präsident der *United National Independence Party* (Nachfolgerin des ZANC); ab 24. Okt. 1964 erster Staatspräsident; in den folgenden Jahren in Personunion u.a. Minister für Verteidigung, Äußeres, Handel und Industrie; änderte Sambia im Dez. 1972 in einen Einparteiensstaat um; Amtsniederlegung im Jan. 1992; Rücktritt als UNIP-Vorsitzender im Sept. 1992; Rückkehr in die Politik und Wiederwahl zum UNIP-Vorsitzenden im Juni 1995.

⁷ Peter Meyns (1993), S. 481

⁸ Dazu auch Mbikusita-Lewanika, der in seinem Buch „Milk in a Basket“ über die Leichtfertigkeit und Unverantwortlichkeit des ökonomischen Handelns in Sambia berichtet.

Tabelle VI, 1: Produktion und Export von Kupfer, 1965-1990

Jahr	Produktion (in Tsd. t)	Export (in Tsd. t)	Exporterlöse (in % aller Exporte)	
			Kupfer	Kupfer und Kobalt
1965	692,0	639,0	90,2	93
1972	718,0	623,0	90,6	93
1975	495,0	616,0	90,4	93
1976	709,0	712,0	91,4	94
1980	609,8	681,3	88,5	94
1982	584,5	606,6	90,2	93
1984	521,7	530,8	83,8	88
1986	460,4	436,3	83,5	92
1988	422,2	398,2	85,2	92
1990	...	441,2	86,2	93

Quelle: Monthly Digest of Statistics; Zambia Mining Yearbook, laufende Jahrgänge

Die reichen Bodenschätze Sambias (besonders Kupfer, aber auch Zink, Blei, Kobalt, Cadmium, Kohle, Gold, Silber und Edelsteine) waren bereits zur Kolonialzeit die Gründe, die die damalige Kolonie Nordrhodesien so ungemein attraktiv und zu einem „der lukrativsten britischen Besitzungen“⁹ machten.

Sambia erwirkte somit als relativ wohlhabendes Land die Unabhängigkeit, und aufgrund der positiven Nachfragesituation für Kupfer sahen auch die Entwicklungsperspektiven zunächst recht günstig aus.

Die überragende Bedeutung der Minenindustrie hat jegliches sozioökonomische Handeln in Sambia nachhaltig geprägt. Investitionsmaßnahmen konzentrierten sich auf den s.g. Kupfergürtel; auch die landwirtschaftlichen Farmen siedelten sich dort an, um die Minenarbeiter und die städtische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Diese Entwicklung, die sich bereits während der Kolonialzeit manifestierte, wurde nach der Unabhängigkeit weitergeführt.

„In der kolonialen Phase Sambias wurde ein relativ kleiner kapitalistischer Sektor geschaffen, der mit den übrigen Teilen des Landes und der Wirtschaft weitgehend nicht verbunden ist. Der Kolonialismus hat eine Konzentration der ökonomischen Aktivität entlang der Eisenbahnlinie (Line of Rail) und im

⁹ Meyns (1993)

Copperbelt (Kupfergürtel) herbeigeführt, hat aber andererseits die kapitalistische Transformation der Landwirtschaft nicht leisten können.“¹⁰

Die UNIP-Regierung setzte diese Politik fort, mit dem Ziel, mit den Deviseneinnahmen aus dem Kupferexport die allgemeine Entwicklung des Landes zu finanzieren. In den ersten Jahren schien diese Strategie auch recht erfolgversprechend. Von 1965 bis 1969 stieg der Kupferexport von 639000 t auf 729000 t und damit die Deviseneinnahmen (begünstigt durch eine positive Preisentwicklung auf dem Weltmarkt) von 464 Mio. US-\$ auf 1128 Mio. US-\$.

Durch diese Entwicklung ermutigt, beschloß die Regierung (*Mulungushi Reforms* von 1968)¹¹ eine Politik staatlicher Mehrheitsbeteiligungen an Industriebetrieben, die in ausländischem Besitz waren (besonders die südafrikanische *Anglo American Corporation* (AAC) sowie die amerikanische *American Metal Climax* (AMAX)). 1969 übernahm Sambia 51% der Kapitalanteile.

Das Ziel all dieser Übernahmebemühungen war die Schaffung einer einzigen großen staatlichen Kupfergesellschaft, der *Zambia Consolidated Copper Mines*.

Doch bereits Mitte der 70er Jahre fällt die Kupferindustrie in die Krise; die Gründe hierfür sind sowohl der rapide gefallene Weltmarktpreis (von 1326 (K)wacha/t 1974 auf 794(K)wacha/t 1975)¹² und der gleichzeitig weltweit gestiegene Ölpreis.

Es kristallisierte sich eine Situation verminderter Exporterlöse bei gleichzeitig steigenden Importausgaben heraus, so daß sich die *terms of trade*¹³ nachhaltig und dauerhaft verschlechterten. Die Erlöse aus den frühen 70er Jahren konnten nie wieder erreicht werden (siehe Tabelle VI, 1), was hinzukommend auch an der geringeren Kupferhaltigkeit der Erze, als auch an fehlendem Devisenkapital für Ersatzteile und Investitionen lag.

Der (zwangsläufig) veränderte Posten der Kupferindustrie in der gesamten sambischen Wirtschaft kommt auch deutlich in seinem Beitrag zum BIP zum Ausdruck (siehe Tabelle VI, 2).

¹⁰ Karl Wohlmuth, 1973

¹¹ Mulungushi liegt etwa 100 Meilen nördlich von Lusaka; die UNIP hält dort traditionell ihre großen Parteitreffen ab (Anmerkung des Verfassers).

¹² Karl Wohlmuth, 1973

¹³ **Terms of Trade:** Sie bezeichnen das Verhältnis zwischen Exportpreis- und Importpreisindex, im Fall der Entwicklungsländer also das Verhältnis zwischen den Preisen für exportierte Rohstoffe und importierte Fertigprodukte. Die Terms of Trade geben somit an, in welchem Maß die Menge von Importgütern, die gegen eine bestimmte Menge von Exportgütern ausgetauscht wird, in einem bestimmten Zeitraum zu- oder abgenommen hat. (Vgl. auch Nuscheler (1996), S. 271)

Tabelle VI, 2: Zusammensetzung des BIP (in % zu laufenden Preisen)¹⁴

	1965	1975	1985	1988	1990
Land- u. Forstwirtschaft / Fischerei	14	13	13,1	16,8	18,2
Minenindustrie	41	14	15,6	10,5	9,0
Verarb. Industrie	7	16	22,9	31,6	31,9
Bauwirtschaft, Energie- und Wasserversorgung	6	12	3,6	3,1	4,4
Dienstleistungen	32	45	44,8	38	36,5

Zeitgleich mit der Verstaatlichung der Kupferindustrie betrieb die Regierung in den 60er Jahren einen rapiden Ausbau und auch Verstaatlichung der übrigen industriellen Infrastruktur. Der Grund lag vor allem in dem Bestreben, möglichst große Unabhängigkeit und Importsubstitution zu erreichen. Zu Beginn der 70er Jahre kontrollierte die staatliche INDECO-Holding ca. 90% der verarbeitenden Industrie.

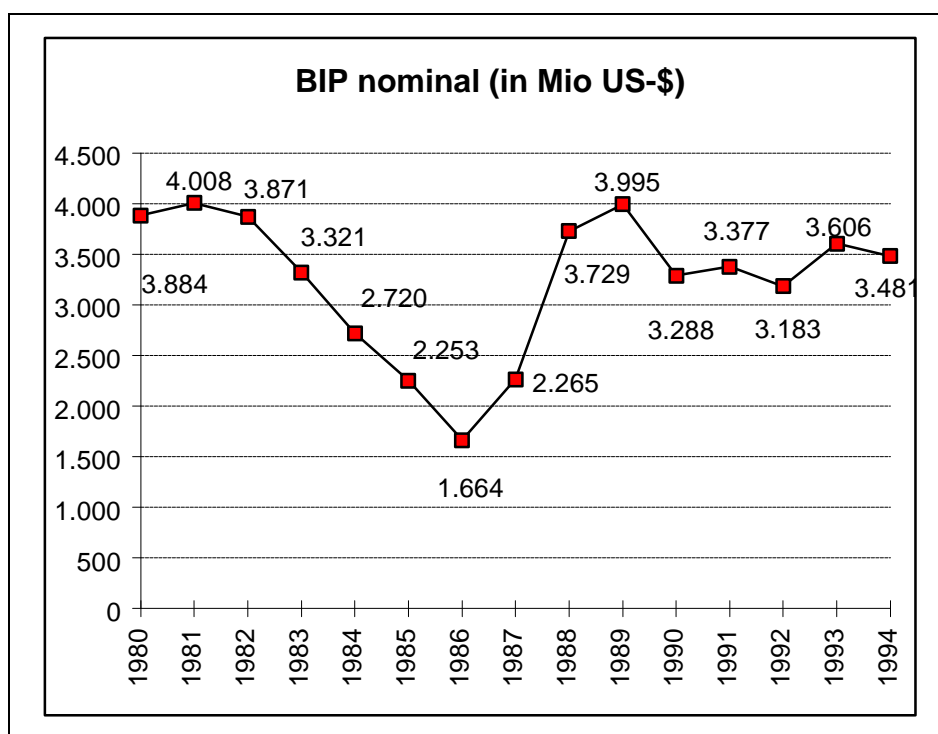
Unter Berücksichtigung des späteren Kupferpreisverfalls ergab sich letztlich jedoch keine Importsubstitution, sondern eine Verlagerung von importierten Konsumgütern hin zu importierten Investitionsgütern.

Die negative Entwicklung der sambischen Wirtschaft ist letztlich auf drei wesentliche Faktoren zurückzuführen, nämlich:

- 1. Das Scheitern des *sambischen Humanismus*, eine Wirtschaftspolitik, die sich am Modell einer zentralen Planwirtschaft orientiert. Eine Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftszweige, die dann die finanzielle Grundlage für die kostenlose Versorgung der Bevölkerung mit essentiellen Dienstleistungen (besonders für die städtische Bevölkerung) liefert.
- 2. Die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der drastische Fall des Kupferpreises und die weltweite Steigerung des Ölpreises. Durch die Fixierung auf die Kupferexporteinnahmen (siehe Tabelle 1) geriet Sambia in eine extreme Abhängigkeitssituation von den Weltmarktpreisen.
- 3. Ansätze, die schlechter werdende wirtschaftliche Situation seit Mitte der 70er Jahre durch vermehrte Kreditaufnahmen überwinden zu wollen, führten zu einer immensen Auslandsverschuldung (1993: 6.788 Mio.\$)¹⁵.

¹⁴ Quelle: Bank of Zambia: Monthly Digest of Statistics

¹⁵ Quelle: Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1995



Quelle: gerundete Daten nach World Data 1995

Schaubild VI, 1: Entwicklung des BIP

Die Strategie einer einseitigen Ausrichtung der sambischen Wirtschaft in Form einer enormen Kapitalintensivierung in der Industrieproduktion (einschließlich Minenindustrie) und einer gleichzeitigen Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Bereiches führte zu einem eklatanten Ungleichgewicht zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung und somit im Schlepptau zu einer verstärkten Migration in den städtischen Bereich¹⁶.

„So äußerte sich der *urban bias* ihrer Politik auch darin, daß die Landwirtschaft sträflich vernachlässigt wurde, während die Lebenshaltungskosten der städtischen Bevölkerung über den Preis von Maismehl und zahlreiche staatliche Dienstleistungen stark subventioniert wurden. Daraus ergab sich ein Auseinanderklaffen der internen *terms of trade* zu Lasten der ländlichen Bevölkerung.“¹⁷

Bereits 1970 geriet Sambia in die Situation, Mais importieren zu müssen; seitdem gehört Sambia zu den nahrungsmittelimportierenden Ländern.

Von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes (ca. 40 Mio. ha.)¹⁸ werden nur etwa 15 %¹⁹ genutzt, hinzukommend fehlen heute Arbeitskräfte im landwirtschaftlichen Sektor²⁰.

¹⁶ Der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung stieg von 30% (1970) auf 42% (1993), nach Angaben des Weltentwicklungsberichtes der Weltbank 1995

¹⁷ Peter Meyns, 1993

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Bei einer Darstellung des landwirtschaftlichen Sektors in Sambia darf nicht vergessen werden, auf die Unterscheidung der wenigen, gut organisierten Großfarmen entlang der line of rail und der Mehrheit der vorwiegend subsistent wirtschaftenden Kleinbauern hinzuweisen.

Dabei scheint die brisante Situation der Regierung bereits relativ frühzeitig bewußt gewesen zu sein, denn zu Beginn der 80er Jahre verkündete Staatschef Kaunda die Operation *Food Production*, die den Aufbau von 18 staatlichen Großfarmen von je 20.000 ha Land vorsah. Doch durch mangelnde Erfahrung im Agrarbereich scheiterte dieses Vorhaben.

Erst die neue Regierung Chiluba unternimmt verstärkte Anstrengungen, sich aus der einseitigen Abhängigkeit vom Kupfer zu lösen und auch den Posten neuer exportfähiger Güter, besonders Tabak und Baumwolle, zu steigern.

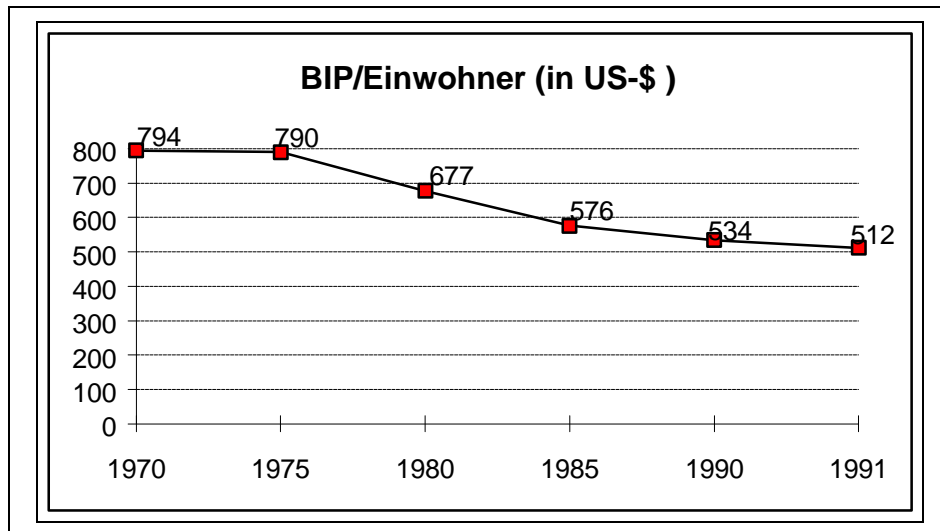
Grundsätzlich für die 'neue' Wirtschaftspolitik Sambias ist aber die Umstrukturierung von einer zentral-planwirtschaftlich geprägten Wirtschaft, hin zu einem marktwirtschaftlich orientierten Struktur. Es herrscht das Ziel, mit einer (mit IWF und Weltbank abgestimmten) Politik der Deregulation und Strukturanpassung den Staat aus möglichst all den Bereichen herauszuziehen, die von privaten Trägern besser und effizienter durchgeführt werden könnten. Auf diesem Weg soll die Inflationsrate (1991 über 100%) gesenkt und über das Erreichen einer Geldwertstabilität der Abwärtstrend der Wirtschaft aufgehalten werden.

Tabelle VI, 3: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner (in US-\$)²¹

Jahr	BIP/Einwohner (in US-\$)
1970	794
1975	790
1980	677
1985	576
1990	534
1991	512

Quelle: Statistisches Bundesamt 1993

²¹ Quelle: Länderbericht SADC-Staaten, 1993, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden



Quelle: Länderbericht SADC-Staaten, 1993, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schaubild VI, 2: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner (in US-\$)²²

1991 wurde Sambia als LLDC (Least developed country)²³ eingestuft, was Sambia in die Lage versetzt, Kredite zu besonders günstigen IDA-Bedingungen²⁴ eingeräumt zu bekommen.

Und tatsächlich ist es der Regierung Mitte der 90er Jahre gelungen, mit dieser Stabilisierungspolitik einige Erfolge zu erreichen; die Inflationsrate erreichte zwar erst 1993 mit 189% ihren Höchststand²⁵, konnte aber bereits 1994 auf 37% reduziert werden. Der Zinssatz konnte von 400% (1994) auf ca 25% (1995) gesenkt werden.²⁶

Aus dem Bereich dieser Strukturreformen sind hervorzuheben²⁷:

- *-Deregulierung und Liberalisierung*: Nahezu sämtliche Kontrollen der Preise und Zinssätze wurden abgeschafft.
- *-Privatisierung*: Etwa 160 staatliche oder semistaatliche Unternehmen wurden bis Juli 1996 privatisiert. Im Mai 1996 wurde in Zusammenarbeit mit der Weltbank ein Aktionsplan für die Privatisierung der *Zambian Consolidated Copper Mines (ZCCM)* verabschiedet; der bis 1998 erfolgreich abgeschlossen sein soll. Auch die anderen großen Dienstleistungsbetriebe wie Eisenbahn, Post und Stromversorgung sollen langfristig entstaatlicht werden.
- *-Anpassung des gesetzlichen Rahmens*: Das gesamte Wirtschaftsrecht wird reformiert oder neu geschaffen (Wettbewerbs-, Unternehmens- und Investitionsgesetzgebung).

²² Quelle: Länderbericht SADC-Staaten, 1993, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

²³ Einige Organisationen kürzen Least Developed Countries mit LDC ab. Im entwicklungspolitischen Sprachgebrauch wird aber noch an der Unterscheidung zwischen Less Developed Countries (LDC) und Least Developed Countries (LLDC) festgehalten.

²⁴ IDA = International Development Association, siehe auch S. 58, (Fußnote 18)

²⁵ Inflation Ø 1985-94: 92% (Fischer Weltalmanach 1997), siehe auch Seite 12

²⁶ Nach Angaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Länderbericht Sambia (Stand Juli 1996)

²⁷ Ebd.

- *-Abbau der Subventionen:* Der Abbau der Subventionen (vorwiegend an die städtische Bevölkerung) für Maismehl hat den Staatshaushalt erheblich entlastet.
- *-Öffnung des sambischen Marktes für ausländische Investoren:* Es herrscht das Bestreben, im Gegensatz zur Verdrängungspolitik der 60er und 70er Jahre, den Wirtschaftsstandort Sambia für ausländische Investoren attraktiv zu machen. Die erhofften Investitionen sind bislang zwar weitestgehend ausgeblieben, doch könnte Sambia für bestimmte Industriezweige (z.B. Metallverarbeitung) von wachsendem Interesse sein.

VI.4: Außenwirtschaftliche Beziehungen Sambias

Auch 1992 machte Kupfer noch 65% der sambischen Exporte aus, der Rest verteilt sich überwiegend auf die Ausfuhr von Kobalt, Zink und Tabak.

Die wichtigsten Abnehmerländer sambischer Produkte sind Japan (31%), Frankreich (14%), Thailand (7%), Indien (6%) und Belgien/Luxemburg (6%).

Darüber hinaus kommt dem Tourismus eine verstärkte Bedeutung zu. 1994 beherbergte Sambia 174.570 Auslandsgäste und konnte Einnahmen von 51 Mio.\$ verbuchen.²⁸

Die importierten Güter verteilen sich auf Industriegüter (37%), Maschinen- und Transportausrüstungen (35%), Brennstoffe (18%) und Nahrungsmittel (8%).

Die relevantesten Importländer sind dabei Südafrika (27%), Großbritannien (12%), die U.S.A. (9%), Simbabwe (7%), Japan (5%), die Bundesrepublik (4%) und Indien (4%).²⁹

Da sowohl Angola als auch Simbabwe, Mozambique und Südafrika zu verschiedenen Zeiten Kriegs- oder Krisenregionen waren und die Verkehrswege aufgrund dessen für kürzere oder auch längere Zeit unterbrochen waren, hatte Sambia mehrmals mit Im- und Exportengpässen zu kämpfen.

VI.5: Sozialstruktur und soziale Entwicklung

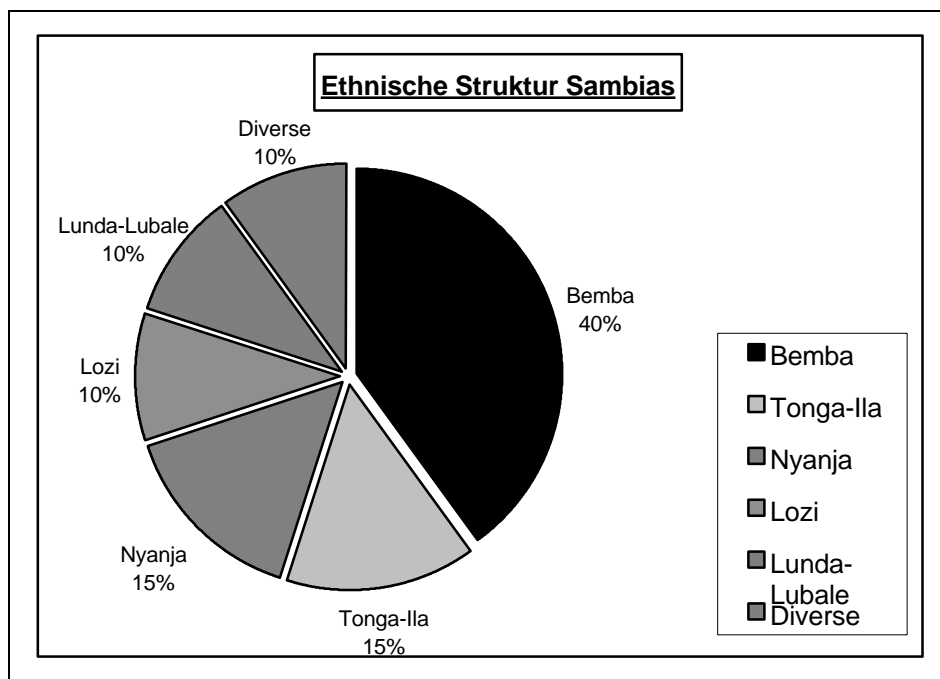
Die Grenzen Sambias sind, wie bereits erläutert, von 'außen' diktiert worden. Entsprechend groß ist auch die Anzahl ethnischer Gruppen, die in Sambia leben.

Im ganzen werden etwa 70 Ethnien genannt, davon sind fünf ethnische Gruppen für den nationalen Kontext am relevantesten. Die größten Gruppen stellen mit ca. 40% die Bemba im Norden (die besonders zahlreich unter den Minenarbeitern vertreten sind), die Tonga-Ila im Süden (15%), die Nyanja im Osten (15%), die Lozi im Westen (10%) und schließlich die Lunda-Lubale im Nordwesten (10%).

²⁸ Quelle: Fischer Weltalmanach 1997

Die Angaben der Abnehmerländer beziehen sich auf das Jahr 1990; die Einnahmen aus dem Tourismus auf das Jahr 1992; die Angaben zu den Importländern beziehen sich ebenfalls auf das Jahr 1992

²⁹ Ebd.



Quelle: nach Angaben von Peter Meyns, 1993

Schaubild VI, 3: Ethnische Zusammensetzung Sambias

Bedingt durch die ausgeprägten Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes ist es inzwischen zu relativ starken Vermischungen, insbesondere in den städtischen Bereichen gekommen.

Markant an der sambischen Bevölkerungsstruktur ist der hohe Anteil der städtischen Bevölkerung mit 42% sowie die bereits erwähnte hohe Bevölkerungskonzentration entlang der Eisenbahnlinie (*line of rail*).

Amtssprache in Sambia ist Englisch, daneben existieren mehrere Bantusprachen.

Bei der Zusammensetzung der Religionsgruppen stellen die christlichen Kirchen mit etwa 72% den größten Posten; hinzu kommen Anhänger von Naturreligionen mit ca. 27% sowie einige Minderheiten von Muslimen und Hindus³⁰.

Wesentlicher Bestandteil des *sambischen Humanismus* war eine Art Fürsorgepolitik, die die weitgehend kostenlose Bereitstellung von Dienstleistungen, wie etwa Bildung, Gesundheit, Trinkwasser, als auch subventionierte Nahrungsmittel vorsah. Auch wenn diese politische Strategie letztendlich in ihrer Gesamtheit gescheitert ist, so lassen sich - wenn auch eingeschränkt - positive Seiten, wie etwa die für das südliche Afrika relativ geringe Analphabetenquote von 22%³¹ als auch die verhältnismäßig guten Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsdiensten oder die Trinkwasserversorgung anführen.³² Die große Einschränkung liegt hier allerdings in der erheblichen Unterschiedlichkeit der Fürsorgepolitik für die städtische und die ländliche Bevölkerung (*urban bias*).

³⁰ Vgl. Fischer Weltalmanach 1997, S. 550

³¹ Ebd., Angabe für das Jahr 1995

³² siehe auch 2.4/2.5 in der Datenübersicht

Daß der *sambische Humanismus* letztendlich kläglich gescheitert ist, belegen auch die sozialen Indikatoren. Das Ausmaß der absoluten Armut (die Weltbank nennt einen Durchschnittswert von 64% für die Jahre von 1980 bis 1990) konnte nicht entscheidend eingedämmt werden; die Kindersterblichkeit liegt immer noch bei 20,3% (1994), die Säuglingssterblichkeit bei 11,4%. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten Jahren sogar wieder deutlich auf 47 Jahre (im Jahr 1994) gesunken (1984: 52 Jahre).³³

Der Abbau der Fürsorgepolitik im Rahmen der Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik hat somit zunächst natürlich auch negative Begleiterscheinungen.

„Infolge der rapiden Abwertung des Kwacha, ..., und des Subventionsabbaus beim Maismehlp reis, ist der urban bias in bezug auf die Lebenshaltungskosten aufgehoben (Sano 1988). Das Leben in den Städten ist für Lohnabhängige, geschweige denn für Menschen im informellen Sektor, nach jahrelangen realen Kaufkraftverlusten kaum mehr erschwinglich. Dennoch ist kaum anzunehmen, daß sich daraus eine Migration zurück aufs Land ergeben wird.“³⁴

Auch wenn der *urban bias*, also das Ungleichverhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, sich im Zuge der angesprochenen wirtschaftspolitischen Veränderungen etwas abschwächen wird, so verstärkt sich hingegen das gesamtgesellschaftliche Ungleichverhältnis, indem ehemals kostenlose Leistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildungsmaßnahmen mit Gebühren belegt werden - zu Lasten der einkommensschwachen Gruppen.

Nach der anfänglichen Schwerpunktlegung auf die wirtschaftspolitischen Anpassungsaspekte hat die Regierung Chiluba jedoch inzwischen erkannt, daß eine solche Strategie nicht dergestalt auf Kosten sozialpolitischer Aspekte durchgeführt werden kann.

Ein zu starkes Mißverhältnis von wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen würde die Legitimation gegenüber der Bevölkerung und damit den gesamten Anpassungs- und auch Demokratisierungsprozeß in Sambia gefährden. Geplant sind die Stärkung des „*Social Safety Net*“ und Abfederungsmaßnahmen für die sozialen Folgen der Strukturanpassung.

„Dazu gehört u.a. die weitere Unterstützung von direkt auf die ärmeren Bevölkerungsgruppen gerichteten Programmen („Programme to prevent Malnutrition“; „Project Urban Self Help“). Bei der Durchführung sollen NROs stärker eingebunden werden.“³⁵

Die Wanderungsbewegungen in die Städte und das damit verbundene Anwachsen primitiver, notdürftiger Unterkünfte in den sogenannten Townships führte mit dem gleichzeitigen Abbau der staatlichen Fürsorge zu erheblichen Gesundheitsproblemen infolge mangelnder Wasserversorgung und einer Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse. In den Jahren 1990 und 1991 kam es vereinzelt zu schweren Choleraepidemien.

Ein weiteres, lange Zeit nicht ernst genommenes Gesundheitsproblem stellt die Infektionsgefahr an AIDS dar. Sambia gehört zu den am stärksten von AIDS betroffenen Ländern Afrikas.

Schätzungen (der Regierung) aus dem Jahr 1992 gingen davon aus, daß in den Ballungsgebieten (also Kupfergürtel und die Hauptstadt Lusaka) etwa 20% der Bevölkerung HIV-positiv

³³ siehe Seite 11 f sowie Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1986

³⁴ Peter Meyns (1993), S. 486

³⁵ BMZ (1996), Länderbericht Sambia, S. 10 f

sind³⁶. Die weitere Entwicklung der Krankheit als auch die daraus entstehenden (Langzeit-) Folgen sind derzeit noch nicht absehbar.

VI.6: Politische Struktur und politische Entwicklung

Am 24. Oktober 1964 wurde die 1. Republik Sambias ausgerufen. An ihrer Spitze stand Kenneth Kaunda als erster demokratisch gewählter Staatspräsident³⁷. Die erste Verfassung sah ein demokratisches Mehrparteiensystem vor.

Die dominante politische Partei in Sambia war von Anfang an die UNIP, als einzige Opposition verblieb mit 10 von 65 Stimmen der ANC³⁸. Seit seiner Unabhängigkeit war Sambia somit de facto ein Einparteienstaat, der dann im Jahr 1972 von Staatspräsident Kaunda auch verfassungsmäßig festgeschrieben wurde. Er deklarierte die 2. *Republik* als „teilhabende Demokratie auf Einparteienbasis“.

Kaundas Ideologie vom sambischen Humanismus konnte nun uneingeschränkt umgesetzt werden. Tatsächliche Partizipation fand allerdings so gut wie nicht statt; alle Staatsgewalt lag beim Zentralkomitee der UNIP und damit bei Kaunda höchstselbst, der durch seine anerkannte Autorität die tragende Stütze war.

Große internationale Anerkennung fand Kaunda als führender Politiker für die Befreiungsprozesse im südlichen Afrika und als ausgesprochener Gegner des südafrikanischen Apartheid-Regimes.

Mit der Verschlechterung der sambischen Wirtschaftslage sank auch allmählich die Legitimation Kaundas und des Einparteiensystems. Ein gescheiterter Umsturzversuch 1980 sowie die blutigen „Brotunruhen“ von 1986 und 1990 waren die zeichensetzenden Etappen für das Ende der Alleinherrschaft Kaundas.

Interner und externer Demokratisierungsdruck führten 1990 zu einem Referendum, in dem sich die große Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems aussprachen, welches dann in der neuen Verfassung vom 02.08.1991 endgültig legalisiert wurde. Bei den darauffolgenden Parlaments- und Regentschaftswahlen im Oktober 1991 erreichte Kaunda für die UNIP nur noch 24,21% der Stimmen.

Mit 75,79% der abgegebenen Stimmen wurde der ehemalige Gewerkschaftsführer Frederick Chiluba³⁹, für eine Legislaturperiode von fünf Jahren, der erste Staatspräsident der 3. Republik Sambias.⁴⁰

³⁶ Peter Meyns (1993), S 491

³⁷ siehe dazu auch Seite 64

³⁸ Interne Unstimmigkeiten, teilweise durch ethnischen Populismus hervorgerufen, verursachten das Wegbröckeln der Opposition, siehe auch Meyns (1993), S. 492 f

³⁹ Frederick Chiluba, geb. 30. April 1943 in der Nordprovinz Luapula; als Gewerkschafter weiterführende Bildung; 1988 Diplom in Politikwissenschaft; 1974 Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes; zeitweise Inhaftierung aus politischen Gründen; UN-Delegierter und Präsident der Konföderation der Gewerkschaftsverbände im südlichen Afrika; im Juli 1990 Mitbegründer und Vorsitzender des damals oppositionellen Movement for Multi-Party-Democracy (MMD).

„*For we know what works - freedom works. We know what is right - democracy is right. We know to secure a more just and prosperous life for men on earth - through the freedom to work, the freedom to toil, through free speech, free elections and the exercise of free will unhampered by the state.*“

Mit diesen Worten beschrieb Chiluba die Grundzüge der neuen Republik in seiner Antrittsrede.⁴¹

Der weitestgehend friedliche Übergang des Kaunda-Regimes in ein demokratisches Mehrparteiensystem wurde von internationalen Wahlbeobachtern als vorbildlich beschrieben.

Seit der Amtsübernahme wird Chiluba jedoch zunehmend kritisiert wegen Menschenrechtsverletzungen, Korruptionsaffären und eines autoritären Führungsstils.

Auf umfassende Kritik, auch auf internationaler Ebene, ist das Bestreben Chilubas gestoßen, den in die Politik zurückgekehrten Alt-Präsidenten Kaunda durch eine Verfassungsänderung an einer Kandidatur an den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1996 zu hindern. Die darauf folgende Reaktion Kaundas, die Möglichkeit eines Bürgerkrieges in Betracht zu ziehen, hat offenbar den amerikanischen Geheimdienst CIA veranlaßt, Sambia auf die Liste der instabilsten Staaten zu setzen.⁴²

Ob der Prozeß der Liberalisierung, also der stattgefundenen Wechsel von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem mit dem gleichzeitigem Wechsel der Regierungspartei, nun ein tatsächlicher Akt von Demokratisierung war, oder ob lediglich ein formal-demokratischer Machtwechsel vollzogen wurde, muß im Rahmen einer intensiven Systemwechselforschung geklärt werden.

⁴⁰ Quelle: Munzinger-Archiv/IH-Länder aktuell

⁴¹ Vgl. BMZ, 1996

⁴² siehe dazu auch *Internationales Afrikaforum* Ausgabe 1/96

Datenübersicht

1 Bevölkerungstatistik

- 1.1 Fläche, Bevölkerung, Bevölkerungsdichte
- 1.2 Bevölkerungsentwicklung (nach Angaben der Vereinten Nationen)
- 1.3 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Bevölkerung
- 1.4 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Bevölkerung (nach Vorausschätzung der Vereinten Nationen)
- 1.5 Geburten- und Sterbeziffern 1985/90
- 1.6 Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt
- 1.7 Nettofortpflanzungsrate
- 1.8 Bevölkerung nach Altersgruppen
- 1.9 Bevölkerung nach Stadt und Land

2 Gesundheitswesen / Bildungswesen

- 2.1 Ausgaben für das Gesundheitswesen
- 2.2 Anzahl der Ärzte und anderes medizinisches Personal
- 2.3 Krankenhäuser und Betten
- 2.4 Bevölkerung mit Zugang zu Gesundheitsdiensten
- 2.5 Trinkwasserversorgung und Hygiene
- 2.6 Registrierte AIDS-Erkrankungen
- 2.7 Ausgaben für das Bildungswesen
- 2.8 Analphabetenquote
- 2.9 Bruttoeinschulungsraten
- 2.10 Daten des Bildungswesens

3 Erwerbstätigkeit

- 3.1 Erwerbspersonen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung
- 3.2 Erwerbspersonen und Erwerbsquoten 1990 nach Altersgruppen
- 3.3 Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen
- 3.4 Lohn- und Gehaltsempfänger nach Wirtschaftsbereichen

4 Preise

- 4.1 Gesamtpreisindex für die Lebenshaltung
- 4.2 Preisindex für die Lebenshaltung

5 Geld und Kredit

- 5.1 Amtliche Wechselkurse
- 5.2 Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)
- 5.3 Bargeldumlauf

6 Öffentliche Finanzen

- 6.1 Staatshaushalt 1992/93
- 6.2 Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- 6.3 Auslandsverschuldung

7 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- 7.1 Entwicklung und Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen von 1980
- 7.2 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen in Preisen von 1980

8 Zahlungsbilanz

- 8.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

1.1 Fläche, Bevölkerung, Bevölkerungsdichte

Land	Hauptstadt	Gesamtfläche (in 1000 km ²)	Bevölkerung in 1000	Bevölkerung männl./weibl. in %		Einwohner je km ²
Malawi	Lilongwe	94,3 ^a	10 581	49,3	50,7	112,2
Namibia	Windhuk	823,1	1 584	50,2	49,8	1,9
Sambia	Lusaka	752,6	8 863	49,4	50,6	11,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993), nach Angaben der Vereinten Nationen

1.2 Bevölkerungsentwicklung

(in 1000)

Land	1975	1980	1985	1990	1993
Malawi	5 244	6 183	7 335	9 582	10 581
Namibia	926	1 066	1 235	1 439	1 584
Sambia	4 841	5 738	6 864	8 138	8 863

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993), nach Angaben der Vereinten Nationen

1.3 Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Bevölkerung

(in %)

Land	1975 - 1980	1980 - 1985	1985 - 1990	1990 - 1993
Malawi	3,35	3,48	5,49	3,36
Namibia	2,86	2,99	3,10	3,25
Sambia	3,46	3,65	3,46	2,89

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993), nach Angaben der Vereinten Nationen

^a zzgl. 24.208 km² Binnengewässer

1.4 Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung*

*(nach Vorausschätzung der Vereinten Nationen)

(in %)

Land	1995 - 2000	2000 - 2010	2010 - 2020	2020 - 2025
Malawi	2,21	2,70	2,90	2,62
Namibia	3,08	2,88	2,57	2,21
Sambia	2,61	2,67	2,86	2,65

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

1.5 Geburten- und Sterbeziffern 1985/1990

Land	Lebendgeborene je 1000 Einwohner	<u>Gestorbene (ohne Totgeborene)</u>		Geburtenüberschuß
		insgesamt je 1000 Einwohner	/ im 1.Lebensjahr je 1.000 Lebendgeborene	
Malawi	56	21	149	35
Namibia	43	12	80	31
Sambia	49	16	86	33

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

1.6 Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt

Land	1970 /75		1985 / 90	1994
	männlich	weiblich	insgesamt	
Malawi	40,3	41,7	45,0	46 (m 45/w 46)
Namibia	47,5	50,0	56,0	59 (m 58/w 61)
Sambia	45,7	49,0	49,0	47 (m 47/w 49)

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht SADC-Staaten, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993), sowie (für die Angaben für 1994): Fischer Weltalmanach 1997

1.7 Fertilitätsrate / Nettoreproduktionsrate

Land	Nettoreproduktionsziffer ^b	Gesamtindex der Fruchtbarkeit ^c	
	1970/75	1970/75	1985/1990
Malawi	2,3	7,4	7,6
Namibia	2,0	6,1	6,0
Sambia	2,4	6,9	6,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderbericht SADC-Staaten, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

^b **Nettoreproduktionsziffer:** Anzahl der Töchter, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären wird und die selbst bis zum reproduktionsfähigem Alter überleben. (Bei einer Nettoreproduktionsziffer von 1 bringen Frauen nur so viele Töchter zur Welt, wie zu ihrer eigenen Bestandserhaltung innerhalb der Gesamtbevölkerung notwendig ist.)

^c **Gesamtindex der Fruchtbarkeit:** Gesamtzahl der Kinder, die von einer Frau zur Welt gebracht werden, unter der Annahme, daß sie bis zum Ende des gebärfähigen Alters lebt und das sie in jeder Altersstufe so viele Kinder bekommt, wie es der jeweiligen altersspezifischen Fruchtbarkeitsrate entspricht.

1.8 Bevölkerung nach Altersgruppen

Malawi

Altersgruppe von ... bis unter ... Jah- ren	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in 1.000			in % der Gesamtbevölkerung		
Insgesamt	10 581	5 214	5 367	100	49,3	50,7
unter 15	5 173	2 611	2 526	48,9	24,7	24,2
15 - 65	5 133	2 483	2 652	48,5	23,5	25,1
65 und mehr	274	120	154	2,6	1,1	1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

Namibia

Altersgruppe von ... bis unter ... Jah- ren	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in 1.000			in % der Gesamtbevölkerung		
Insgesamt	1 584	795	789	100	50,2	49,8
unter 15	710	362	349	44,8	22,9	22,0
15 - 65	820	408	410	51,8	25,8	25,9
65 und mehr	54	24	30	3,4	1,5	1,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

Sambia

Altersgruppe von ... bis unter ... Jah- ren	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in 1.000			in % der Gesamtbevölkerung		
Insgesamt	8 863	4 379	4 484	100	49,4	50,6
unter 15	4 293	2 168	2 126	48,4	24,5	24,0
15 - 65	4 366	2 107	2 260	49,3	23,8	25,5
65 und mehr	203	104	99	2,3	1,2	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

1.9 Bevölkerung nach Stadt und Land

Land	1980	1985	1990	1980	1985	1990
	in 1.000			in % der Gesamtbevölkerung		
Stadtbevölkerung						
Malawi	563	763	1 150	9,1	10,4	12,0
Namibia	243	310	403	22,8	25,1	28,0
Sambia	2 278	3 082	3 418	39,7	44,9	42,0
Landbevölkerung						
Malawi	5 620	6 572	8 432	90,9	89,6	88,0
Namibia	823	925	1 036	77,2	74,9	72,0
Sambia	3 460	3 782	4 720	60,3	55,1	58,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.1 Ausgaben für das Gesundheitswesen

(in % der Staatsausgaben)

Land	1980	1983	1985	1987	1988
Malawi	4,9	6,8	6,7	5,8	---
Namibia	---	---	---	---	---
Sambia	5,1	6,4	5,4	6,4	7,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.2 Anzahl der Ärzte und anderes medizinisches Personal

Land	Jahr	Ärzte		Jahr	Zahnärzte	
		Anzahl	je 100 000 Einwohner		Anzahl	je 100 000 Einwohner
Malawi	1984	262	3,7	1984	15	0,2
Namibia	1989	227	16,3	1989	31	2,2
Sambia	1984	798	12,1	1982	48	0,8
Land	Jahr	Apotheker		Jahr	Krankenpflegepersonal	
		Anzahl			Anzahl	
Malawi	1984	15		1984	388	
Namibia	---	---		1989	718	
Sambia	1982	49		1982	1 555	

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.3 Krankenhäuser und Betten

Land	Jahr	Krankenhäuser	Jahr	Betten	Krankenhausbetten
		Anzahl		Anzahl	Einwohner je Krankenhausbett *
Malawi	1989	51	1987	7 450	1 095,6
Namibia	1989	68	1989	6 826	204,5
Sambia	1987	82	1987	15 846	463,7

* Bezogen auf die Jahresmitte-Bevölkerung nach Angaben der Vereinten Nationen

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.4 Bevölkerung mit Zugang zu Gesundheitsdiensten 1987-90 *)

in % der Bevölkerung

Land	Insgesamt	Städtische Bevölkerung	Ländliche Bevölkerung
Malawi	80	---	---
Namibia	---	---	---
Sambia	75	100	50

*) Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, die nicht weiter als eine Stunde Fahrzeit entfernt liegen

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.5 Trinkwasserversorgung und Hygiene 1988-90

in % der Bevölkerung

Land	Insgesamt	Städtische Bevölkerung	Ländliche Bevölkerung
	Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Trinkwasser ^d		
Malawi	53	82	50
Namibia	---	---	---
Sambia	59	76	43
	Anteil der Bevölkerung mit zur Verfügung stehenden sanitären Einrichtungen ^e		
Malawi	---	---	---
Namibia	---	---	---
Sambia	55	77	34

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

^d Mit Zugang zu Trinkwasser in Städten bezeichnet die World Health Organization (WHO) entweder das Leitungswasser oder eine öffentliche Steigleitung im Umkreis von 200 Metern. In Landgemeinden gilt, daß eine Familie nicht unangemessen viel Zeit aufwendet, um Wasser zu besorgen. Als Trinkwasser wird hier geklärtes Oberflächenwasser sowie ungeklärtes Wasser aus geschützten Quellen, Bohrlöchern und sauberen Brunnen bezeichnet.

^e Bevölkerung in Städten mit Anschluß an die öffentliche Kanalisation, an private Vorrichtungen wie Ab- ortgruben, Latrinen mit Spül- oder Gießvorrichtungen, Klärbehälter, Gemeinschaftstoiletten o.ä. In Land- gemeinden müssen in dieser Kategorie angemessene Vorrichtungen (Gruben, Latrinen usw.) vorhanden sein.

2.6 Registrierte AIDS-Erkrankungen *

* Fälle, die der WHO bis zum entsprechenden Datum gemeldet wurden.

Land	31.12.1990	30.6.1991	31.12.1991	30.6.1992	31.12.1992	30.6.1993
	Anzahl					
Malawi	12 074	---	---	---	22 300	26 955
Namibia	311	---	---	311	---	311
Sambia	4 036	4 690	5 803	---	6 556	7 124
	je 100 000 Einwohner					
Malawi	123,9	---	---	---	214,2	254,7
Namibia	21,3	---	---	20,3	---	19,6
Sambia	48,9	56,0	68,3	---	75,0	80,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.7 Ausgaben für das Bildungswesen

in % der Staatsausgaben

Land	1980	1983	1985	1987	1988
Malawi	7,9	13,5	10,8	9,9	---
Namibia	---	---	---	---	---
Sambia	9,5	14,0	11,4	10,9	9,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

2.8 Analphabetenquote *)

* im Alter von 15 Jahren und mehr

Land	1980	1985	1990	1980	1985	1990
	in 1 000			in % der Altersgruppe		
Malawi	1 755 ^a	2 219	---	77,9 ^a	58,8	---
männlich	681 ^a	880	---	66,3 ^a	47,8	---
weiblich	1 075 ^a	1 339	---	87,7 ^a	69,2	---
Namibia	---	---	---	---	---	---
männlich	---	---	---	---	---	---
weiblich	---	---	---	---	---	---
Sambia	917	868	1 170	31,4	24,3	27,2
männlich	290	278	398	20,7	15,8	19,2
weiblich	627	591	772	41,7	32,6	34,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

^a 1966

2.9 Bruttoeinschulungsraten

in % der Altersgruppe

Land	1985/86			1989/90		
	Primar-	Sekundar-	Tertiär-	Primar-	Sekundar-	Tertiär
	stufe					
Malawi	59	4	0,6	71	4	---
Namibia	102* ¹	31* ¹	---	94* ²	34* ²	---
Sambia	99	18	1,4	93	---	2,0

*¹ 1986/87; *² 1990/91

2.10 Daten des Bildungswesens

Bildungsstufe / Land	Jahr	Schulen	Schüler	Lehrer	Schüler - Lehrer- Rate ^a
Primarstufe					
Malawi	1989	2 693	1 325 453	20 580	64,4
Namibia	1989	1 134	307 407	---	---
Sambia	1988	3 392	1 426 135	32 348	44,1
Sekundarstufe					
Malawi * ¹	1989	---	29 326	1 096	26,8
Namibia	1990	---	62 976	---	---
Sambia * ¹	1988	---	161 349	5 768	28,0

^a Anzahl der Schüler auf einen Lehrer

Tertiärstufe					
Malawi *2	1989	1	2 685	235	11,4
Namibia	1991	---	2 507	213	11,8
Sambia	1989	28	14 465	1 166	12,4

*1 Allgemeine Schulen

*2 Universitäten

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

3.1 Erwerbspersonen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung

Land	1980		1985		1990	
	Insgesamt	Männlich	Insgesamt	Männlich	Insgesamt	Männlich
Erwerbspersonen * in 1.000						
Malawi	2 703	1 517	3 074	1 763	3 495	2 054
Namibia	425	323	477	363	537	410
Sambia	1 912	1 390	2 242	1 611	2 644	1 877
Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)						
Malawi	45,45	52,50	44,25	51,90	42,65	50,90
Namibia	31,55	48,35	30,80	47,30	29,95	46,10
Sambia	33,85	49,55	33,65	48,65	33,40	47,70

* Personen im Alter von 10 und mehr Jahren

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

3.2 Erwerbspersonen und Erwerbsquoten 1990 nach Altersgruppen *

* Projektionen der ILO, Genf. Stand: Jahresmitte

Land	Erwerbspersonen ²			
	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	10 - 25	25 - 45	45 - 65	65 und mehr
in 1 000				
Malawi	1 290	1 422	650	133
Namibia	178	243	102	14
Sambia	970	1 076	508	89
Anteil an der entsprechenden Altersgruppe der Gesamtbevölkerung in %				
Malawi	50,7	78,6	79,2	61,1
Namibia	32,1	60,1	52,8	24,0
Sambia	38,8	64,1	67,7	42,0

²⁾ Personen im Alter von 10 und mehr Jahren

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

3.3 Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen ²	
	1965	1985/88 D	1965	1985/88 D	1965	1985/88 D
Malawi	92	82	3	3	5	15
Namibia	---	---	---	---	---	---
Sambia	79	38	8	8	13	55

²) Einschließlich nicht näher bezeichneter Bereiche

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

3.4 Lohn- und Gehaltsempfänger nach Wirtschaftsbereichen

Land	Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen ²	
			in 1.000	in 1.000	%	in 1.000	%	in 1.000
Malawi	1989	202	17	8,4	146	72,6	39	19,0
Namibia	---	---		---	---	---	---	---
Sambia	1989	360	37	10,3	135	37,4	188	52,2

²) Einschließlich nicht näher bezeichneter Bereiche

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

4.1 Gesamtpreisindex für die Lebenshaltung *)

* Jahresdurchschnitt

1985 = 100

Land	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Malawi	142,8	191,1	215,0	240,3	270,7	282,5 ²
Namibia	128,0	144,0	166,0	186,0	---	---
Sambia	224,3	346,9	973,5	1 674,4	3 224,9	---
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis in %						
Malawi	25,3	13,4	12,5	11,8	12,7	---
Namibia	---	12,5	15,3	12,1	---	---
Sambia	45,7	54,7	128,7	111,0	92,6	---

² Durchschnittswert des ersten Quartals

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

4.2 Preisindex für die Lebenshaltung *

*) Jahresdurchschnitt

Indexgruppe	Einheit	1987	1988	1989	1990	1991
Malawi ²						
<i>Insgesamt ³</i> darunter:	1980 = 100	264,0	353,5	397,5	444,4	492,2
<i>Nahrungsmittel</i>	1980 = 100	245,2	323,7	374,7	422,5	477,8
<i>Bekleidung</i>	1980 = 100	293,8	400,8	451,4	501,8	536,3
Namibia						
---	---	---	---	---	---	---
Sambia						
<i>Insgesamt</i> darunter:	1980 = 100	567,8	878,2	2 008,9	4 239,0	8 164,3
<i>Nahrungsmittel</i>	1980 = 100	554,2	877,0	2 027,1	4 261,6	8 138,9
<i>Bekleidung</i>	1980 = 100	520,9	889,1	1 805,3	3 921,1	6 564,6
<i>Wohnungsmiete, Heizung und Beleuchtung</i>	1980 = 100	301,8	428,2	786,1	1 720,2	5 704,5

²⁾ Niedrige Einkommensgruppe

³⁾ Ohne Wohnungsmiete

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

5.1 Amtliche Wechselkurse *

*) Offizielle Kurse; Stand Jahresende

Vorbemerkung: Die amtlichen Wechselkurse sind Werte der Deutschen Bundesbank, die Quellen des jeweiligen Landes entnommen sind (z.B. Kursveröffentlichungen der Devisenbörsen, Kursmitteilungen der Zentral- oder Geschäftsbanken).

Die Bezeichnung der Währungseinheiten wurden von der "International Organization for Standardization" als ISO-Norm 4217 entwickelt.

Land	Währung	
Malawi	Malawi-Kwacha (MK)	= 100 Tambala (t)
Namibia	Rand (R)	= 100 Cents (c)
Sambia	Kwacha (K)	= 100 Ngwee (N)

Land	Währungseinheit 1993 ²	Mittelwert		Ankauf	Verkauf
		1980	1985		
Währungseinheiten für 1 DM					
Malawi	MK	0,4234	0,6830	2,6921	2,7191
Namibia	R	0,3801	1,0448	1,9543	1,9790
Sambia	K	0,4105	2,3271	306,1187	315,3950
Währungseinheiten für 1 US-\$					
Malawi	MK	0,8269	1,6814	4,3872	4,4312
Namibia	R	0,7454	2,5641	3,1712	3,1927
Sambia	K	0,8041	5,7285	498,3300	513,4309

²⁾ Stand. März

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

5.2 Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU) *

* Jährlicher Durchschnitt der Tageskurse

Vorbemerkung: Auch wenn nach Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion die Gesamtwährung nicht mehr ECU sondern EURO heißen soll, so orientiert sich der kommende EURO am ECU.

Wechselkurse für 1 ECU

Land	Währungs- einheit	1980	1985	1990	1991	1992	1993 ²
zum Vergleich							
Malawi	MK	1,1283	1,3009	3,4646	3,466	4,58371	5,24163
Namibia	R ³	1,083	1,701	3,26853	3,38378	3,70790	3,76415
Sambia	K	1,0962	2,3761	38,4564	79,9207	200,365	560,258
Deutsch- land	DM	2,52421	2,22632	2,05209	2,05076	2,02031	1,94852
Groß- britannien	£	0,598488	0,588977	0,713851	0,701012	0,737650	0,692900
Vereinigte Staaten	US-\$	1,39233	0,76309	1,27343	1,23916	1,29810	1,19845

²⁾ Januar / August

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

5.3 Bargeldumlauf *

Land	Währungs- einheit (WE)	Jahr	Bargeldumlauf	Bargeldumlauf je Einwohner	
				WE	US-\$ ²
			Mill. WE		
Malawi	MK	1980	35,34	5,62	6,80
		März 1993	261,58	25,13 ³	5,70 ³
Namibia	R	1990	300	205,13	80,05
Sambia	K	1980	151	25,85	32,17
		März 1992	8 787	1 034,56 ³	7,76 ³

*) Stand: Jahresende

2) Errechnete Vergleichswerte

3) Bezogen auf die Jahresanfang-Bevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

6.1 Staatshaushalt 1992/93*

*(Haushalt der Zentralregierung)

Land	Währungs- einheit (WE)	Einnahmen	Ausgaben	Haushaltsdefizit	
				Mill. WE	% der Ausgaben
Malawi ^{1) 2)}	MK	1 613,1	2 171,1	- 558,0	25,7
Namibia ^{1) 3)}	R	2 976,9	3 544,7	- 567,8	16,0
Sambia ²⁾	K	102 500	110 100	- 7 600	6,9

¹ April/März

² Revidierter Voranschlag

³ Voranschlag

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

6.2 Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Gegenstand der Nachweisung	1987	1988	1989	1990	1991
Malawi					
Laufende Ausgaben	21,4	18,7	16,6	18,5	19,0
Kapitalausgaben	9,1	6,4	7,3	7,2	7,9
Namibia	-----				
Sambia					
Laufende Ausgaben	29,6	26,0	24,8	24,3	23,2
Kapitalausgaben	2,8	4,7	2,6	1,0	4,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

6.3 Auslandsverschuldung*

*Stand Jahresende

Land	1985			1991		
	Insgesamt	Langfristig	je Einwohner	insgesamt	Langfristig	je Einwohner
	Mill. US-\$		US-\$	Mill. US-\$		US-\$
Malawi	1 018	792	139	1 676	1 530	169
Namibia	353,4	---	286	256,0	---	172
Sambia	4 617	3 141	673	7 279	4 985	869
	Auslandsschulden in %			Schuldendienst in %		
	des Bruttoinlandsprodukts		der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen		
	1985	1991	1985	1991	1985	1991
Malawi	94,4	79,0	359,4	337,1	38,7	23,0
Namibia	32,7	13,7	49,4	28,9	7,7	17,3
Sambia	228,3	262,6	532,1	503,4	16,1	13,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

7.1 Entwicklung und Entstehung des Bruttoinlandsprodukts*

* in konstanten Preisen von 1980

Mill US-\$

Jahr	Bruttoinlandsprodukt zu					
	Marktpreisen		Faktorkosten			
	Insgesamt	je Einwohner (US-\$)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	darunter Verarbeitendes Gewerbe	Übrige Bereiche
Malawi						
1970	677	150	290	118	0	216
1975	973	186	358	183	0	358
1980	1 238	200	442	213	152	455
1985	1 402	191	479	208	163	562
1990	1 622	169	497	277	229	690
1991	1 698	171	546	290	230	693
Namibia						
1980	2 005	1 881	214	980	73	1 187
1985	1 964	1 590	174	792	101	811
1990	2 189	1 521	297	744	124	928
1991	2 253	1 516	315	736	130	956
Sambia						
1970	3 326	794	473	1 343	524	1 510
1975	3 823	790	547	1 654	687	1 623
1980	3 884	677	552	1 604	718	1 728
1985	3 954	576	624	1 604	789	1 726
1990	4 348	534	737	1 778	1 013	1 833
1991	4 283	512	693	1 742	1 013	1 847

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

7.2 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoinvestitionen	Letzte inländische Verwendung	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen
Malawi (Mill. MK) ¹⁾							
1980	2 323,7	1 796,3	327,9	740,7	2 864,9	640,3	1 181,5
1985	2 584,0	1 932,9	386,8	596,0	2 915,7	681,9	1 013,6
1989	2 829,0	2 197,8	509,4	607,7	3 314,9	577,1	1 062,5
1990	2 954,8	2 227,9	515,9	587,7	3 331,5	717,3	1 093,9
1991	3 151,1	2 450,4	525,1	694,6	3 670,1	758,4	1 277,5
Namibia (Mill. R) ¹⁾							
1980	3 426	2 303	730	1 317	4 350	2 675	3 600
1985	3 235	2 206	1 110	517	3 833	2 245	2 843
1989	3 698	2 771	1 149	624	4 544	2 071	2 917
1990	3 919	2 459	1 156	738	4 353	2 032	2 466
1991	4 114	2 548	1 150	517	4 215	2 273	2 374
Sambia (Mill. K) ¹⁾							
1980	18 180 ^a	8 708	6 190	5 147	20 044	10 646	10 097
1985	19 147 ^a	9 756	5 360	3 062	18 178	8 881	6 612
1989	20 693 ^a	11 875	5 111	2 675	19 660	7 902	6 434
1990	20 798 ^a	9 677	4 984	3 979	18 640	9 162	6 022
1991	20 258 ^a	9 277	4 984	6 896	21 156	7 644	5 485

¹⁾ In Preisen von 1987

^{a)} Einschließlich einer statistischen Differenz

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

8.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

(in Mill. US-\$)

Land	Jahr	Leistungsbilanz (Salden)				Kapitalbilanz (Salden)			Unge- kärte Beträge
		Waren- verkehr	Dienst- leistungs- verkehr	Über- tragungen	ins- gesamt	Direkt-/ Portfolio- investitionen	Sonstiger Kapital- verkehr	ins- gesamt	
Malawi	1985	+ 68,8	- 229,1	+ 35,6	- 124,7	- 0,9	- 21,0	- 21,9	- 102,8
	1988	+ 43,9	- 192,5	+ 95,5	- 53,1	- 0,8	- 70,4	- 71,2	+ 18,0
	1989	+ 17,6	- 216,3	+ 60,4	- 138,3	---	---	---	---
	1990	+ 107,4	- 254,4	+ 61,2	- 85,8	---	---	---	---
	1991	+ 94,2	- 317,5	+ 39,1	- 184,2	---	---	---	---
Namibia	1985	- 7,1	- 208,5	+ 268,7	+ 53,1	---	---	---	---
	1988	- 195,1	- 296,6	+ 270,6	- 224,1	---	---	---	---
	1989	- 134,9	- 236,1	+ 248,9	- 122,1	---	---	---	---
	1990	- 153,2	- 223,1	+ 146,5	- 229,8	---	---	---	---
	1991	- 53,4	- 203,1	+ 338,9	+ 82,4	---	---	---	---
Sambia	1985	+ 225,8	- 596,7	- 27,5	- 399,0	- 52,0	- 492,0	- 544,0	+ 145,0
	1988	+ 502,3	- 831,8	+ 34,2	- 295,3	- 93,0	- 219,0	- 312,0	+ 17,0
	1989	+ 566,3	- 828,3	+ 78,4	- 183,0		- 142,0	- 142,0	- 41,0
	1990	+ 374,0	- 732,8	+ 253,0	- 105,8				
	1991	+ 410,0	- 857,0	+ 448,0	+ 1,0				

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Länderbericht SADC-Staaten*, Wiesbaden 1993 (Stand Mitte 1993)

Literaturverzeichnis:

- ALEMANN, U. von, 1985: „Politikbegriffe“, in: DIETER NOHLEN/RAINER-OLAF SCHULZE (Hrsg.), Politikwissenschaft. München: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1.
- BARSH, R.L., 1992: Democratization and Development, in Human Rights Quarterly 1992, Vol. 14.
- BERG-SCHLOSSER, D., 1985: „Participant culture“, in: DIETER NOHLEN/RAINER-OLAF SCHULZE (Hrsg.), Politikwissenschaft. München: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1.
- BOECKH, A., 1995: Entwicklungstheorien, in: DIETER NOHLEN (Hrsg.), Lexikon der Politik, Verlag C. H. Beck, München
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, - Referat 120 - , 1996: Länderkurzbericht Malawi, Bonn
- _____, 1996: Länderbericht Namibia, Bonn
- _____, 1996: Länderbericht Sambia, Bonn
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, 1991: Kleines Lexikon Wirtschaft, Betriebswirtschaftlicher Verlag Th. Gabler GmbH, Wiesbaden
- DIESCHO, J., 1996: Government and Opposition in Post-Independence Namibia: Perceptions and Performance, Namibia Institute for Democracy, Verlag Typoprint, Windhoek
- ERDMANN, G., 1996: Demokratie und Demokratieförderung in der Dritten Welt, Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn
- FISCHER-WELTALMAMNACH '97, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt/Main 1996, (sowie die Jahrgänge 1987-1996)
- FRIEDMANN, J., 1992: Empowerment, Oxford, Cambridge, Massachusetts
- FUES, Th., 1996: Humankapital und Naturvermögen, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 37. Jg. 1996, Nr. 11, November
- GALTUNG, J., 1991: Die globalen Entwicklungsperspektiven - 25 Thesen, in: Bochumer Schriften für Entwicklungsforschung, Bd. 26
- HAMMEL, W., 1997: Entwicklungsarbeit ist politischer geworden, in Entwicklung und Zusammenarbeit, 38. Jg. 1997, Nr. 1, Januar
- INTERNATIONALES AFRIKAFORUM, 32. Jg., laufende Ausgaben, Weltforum Verlag mbH, Köln
- KAISER, M./WAGNER, N., 1988: Entwicklungspolitik - Grundlagen-Probleme-Aufgaben, in Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn
- KAUL, I., 1996: Der Index der menschlichen Entwicklung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 37. Jg. 1996, Nr. 11, November

- KLIMA, R., 1973: Demokratie (mit O. Rammstedt), in W. FUCHS/R. KLIMA/R. LAUTMANN/O. RAMMSTEDT/H. WIENOLD (Hrsg.), Lexikon zur Soziologie, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen.
- KROMREY, H., 1991: Empirische Sozialforschung - Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung, 5. Aufl., Leske Verlag und Budrich GmbH, Opladen
- LIENAU, C., 1981: Malawi - Geographie eines unterentwickelten Landes, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
- LÖWENTHAL, R., 1986: Staatsfunktionen und Staatsform in den Entwicklungsländern, in NUSCHELER F. (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung, Darmstadt, S. 241-275.
- MARTIN, M., 1984: Malawi - ein entwicklungspolitisches Musterland?, Bonn
- MBIKUSITA-LEWANIKA, A., 1990: Milk in a basket! The political-economic malaise in Zambia, Lusaka
- MELBER, H., 1993: Namibia, in: D. NOHLEN/F. NUSCHELER (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, 3. Aufl., J.H.W. Dietz-Verlag, Bonn
- MEYNS, P., 1993: Zambia, in: D. NOHLEN/F. NUSCHELER (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, 3. Aufl., J.H.W. Dietz-Verlag, Bonn
- MUNZINGER-ARCHIV/IH-Länder aktuell: *Infobase Malawi*, herausgegeben über Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 1996
- _____ *Infobase Namibia*, herausgegeben über Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 1996
- _____ *Infobase Sambia*, herausgegeben über Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 1996
- NOHLEN, D./NUSCHELER F. (Hrsg.), 1982: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Hamburg
- NUSCHELER, F., 1996: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, J.H.W. Dietz-Verlag, Bonn
- ODÉN, B., 1994, Namibia and External Resources, in: Nordiska Afrikainstitutet - The Scandinavian Institute of African Studies, Research Report No. 96, Uppsala
- PFEFFERMANN, G., 1996: Reflexions on the Quality of the State, in: Internationales Afrikaforum, Ausgabe 4/96, S. 363 ff
- RAMMSTEDT, O., 1973: Demokratie (mit R. KLIMA), in W. FUCHS/R. KLIMA/R. LAUTMANN/O. RAMMSTEDT/H. WIENOLD (Hrsg.), Lexikon zur Soziologie, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen.
- SACHS, J., 1996: Growth in Africa - It can be done, in: *The Economist*, 29.06.1996, S. 25 ff
- SCULLY, G., 1992: Constitutional environments and economic growth, Princeton University Press, New Jersey
- SCHUBERT, K., 1991: Politikfeldanalyse - Eine Einführung, in: ULRICH VON ALEMANN/LEO KIBLER (Hrsg.), Grundwissen Politik Bd. 6, Leske Verlag und Budrich GmbH, Opladen 1991

- SERAGELDIN, I., 1996: Sustainability and the Wealth of Nations, World Bank, Washington
- STATISTISCHES BUNDESAMT, 1993: Länderbericht SADC-Staaten, Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart
- _____, 1992: Länderbericht Malawi, Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart
- _____, 1993: Länderbericht Namibia, Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart
- _____, 1995: Länderbericht Sambia, Metzler-Poeschel Verlag, Stuttgart
- SUMMERS, R./HESTON, A., 1996: Reales Bruttosozialprodukt - Zur Geschichte des International Comparison Program, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 37. Jg. 1996, Nr. 11, November
- TAUBE, G., 1993: Malawi, in: D. NOHLEN/F. NUSCHELER (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5, 3. Aufl., J.H.W. Dietz-Verlag, Bonn
- TETZLAFF, R., 1993: Demokratie in der Dritten Welt, in: Jahrbuch Dritte Welt 1994, München
- _____, 1996: Demokratisierung in Afrika, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 37. Jg. 1996, Nr. 12, Dezember
- THESING, J., 1997: Die Demokratie stabilisiert sich, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 38. Jg. 1997, Nr. 3, März
- THIEL, R., 1996: China: nach den USA, vor Japan? Über Ranglisten und Entwicklungskriterien, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 37. Jahrgang 1996, Nr. 11, November
- VOSS, W., 1991: Beseitigen Entwicklungsfortschritte die Armut? Statistische Antworten auf eine wichtige Frage, in: Bochumer Schriften für Entwicklungsforschung, Bd. 26
- WAGNER, N./KAISER, M/BEIMDIEK, F., 1983: Ökonomie der Entwicklungsländer, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart
- WELTBANK, Weltentwicklungsberichte der Weltbank, verschiedene Jahrgänge, UNO-Verlag, Bonn
- WENDORFF, E., 1984: Dritte Welt und westliche Zivilisation, Wiesbaden
- WOHLMUTH, K., 1973: Sambia - Modell einer gescheiterten Dekolonisierung, in GROHS/TIBI (Hrsg.), Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika, Frankfurt/Main
- WOLFF, J., 1995: Entwicklungspolitik - Entwicklungsländer: Fakten - Erfahrungen - Lehren, Günter Olzog Verlag GmbH, München; Landsberg am Lech